

PROTOKOLL

Begrüßung

von Weizsäcker

Im Grunde ist die Idee, die zur Gründung von Genshagen geführt hat, die beste mir bekannte Antwort auf das Thema, das sich unsere Tagung stellt. Es begann französisch/deutsch - was auch der Grundpfeiler bleibt. Zugleich hat man aber schon frühzeitig erkannt, dass das französisch-deutsche Verhältnis seinen Aufgaben nur gerecht wird, wenn es um die polnischen Aspekte erweitert wird.

Die trilaterale Zusammenarbeit beantwortet noch nicht die Frage nach der Finalität Europas - und um dieses Europa im Ganzen wird es in unserem Gespräch ja gehen. Aber wenn man in Genshagen zusammen ist, darf man doch daran erinnern, dass diese drei großen Länder, die sich quer durch Europa ziehen, besonders gefragt sind, damit wir europäische Antworten in einem zukunftssträchtigen Sinne finden.

Damit, lieber Herr von Thadden, lege ich die Leitung dieses Gesprächs vertrauensvoll in Ihre Hände.

von Thadden

Ich möchte Sie zugleich im Namen meiner Mitdirektorin Brigitte Sauzay herzlich begrüßen, die heute wegen dringender Verpflichtungen in Paris leider nicht dabei sein kann.

Zunächst ein paar kurze Worte zu diesem Ort und dem Berlin-Brandenburgischen Institut für Deutsch-Französische Zusammenarbeit, das wirklich ein deutsch-französisches Institut und nicht ein deutsches Frankreich-Institut ist, wo Deutsche über Frankreich rasonieren. Hier arbeiten Deutsche und Franzosen auf allen Ebenen von Anfang an zusammen.

Aber, wie Herr von Weizsäcker zu Recht hervorgehoben hat, sind dann sehr schnell polnische Freunde dazugestoßen. Alle, die Sinn für Geografie haben, wissen, daß Genshagen keine hundert Kilometer von der polnischen Grenze entfernt liegt. Dabei möchte ich Adam Krzemiński besonders erwähnen, weil er sich bereit erklärt hat, in unseren Beirat einzutreten, sodass wir uns hier mit Fug und Recht als "Weimarer Dreieck" fühlen können.

Des Weiteren ist es mir wichtig, daraufhinzuweisen, dass das BBi in einem vorpolitischen Raum agiert. Als Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit, der dem Auswärtigen Amt angehört, ist mir einmal mehr bewusst geworden, welcher Unterschied zwischen operativer Politik und dem vorpolitischen Raum besteht. Dabei ist sicher richtig, dass operative Politik sich leichter tut, wenn sie auf Gedanken zurückgreifen kann, die in einem vorpolitischen Raum erkundet und erprobt worden sind. Der Vorteil, den wir genießen, ist nicht zuletzt, dass wir uns um Protokollfragen nicht allzu sehr kümmern müssen wie meine Kollegen im Auswärtigen Amt. Vielleicht ist das auch ein Grund, warum sich gelegentlich Bundeskanzler, Staatspräsidenten und Premierminister in Genshagen einfinden.

Schließlich erwähne ich, dass wir im BBi bestrebt sind, Menschen aus verschiedenen Bereichen - der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und natürlich der Publizistik zusammenzuführen, so wie es ja auch der Bergedorfer Gesprächskreis mit Erfolg praktiziert.

Nun zu unserem Thema. Dass die Diskussion über die zukünftige politische Gestaltung Europas nötiger ist denn je, brauche ich an sich nicht zu unterstreichen. Die Abstimmung in Dänemark über den Euro vor zwei Tagen hat uns einmal mehr eindringlich vor Augen geführt, dass Europa mehr sein muss als ein Wirtschaftsraum. Entscheidend ist der politische Gestaltungswille, und das gilt insbesondere angesichts der bevorstehenden Osterweiterung, die voraussetzt, dass wir uns zuvor über die neue Struktur der Union geeinigt haben. Im Unterschied zu Brüssel, wo die Handlungsspielräume enger sind, müssen wir die neu Hinzutretenden bereits im Vorfeld an den Entscheidungen in Brüssel beteiligen. Einige meinen ja: Zunächst müsse in Brüssel alles entschieden sein, bevor die Neuen dazukommen. Wir in Genshagen sind dagegen der Ansicht: Wir müssen die Beitrittskandidaten von vornherein an allen Überlegungen voll beteiligen, damit sie sich im "Haus Europa" wohl fühlen können.

Den Begriff Föderalismus haben wir für die heutige Tagung bewusst als Leitthema gewählt. Er wird in unseren Ländern unterschiedlich verstanden. Ich erinnere nur an die Debatte im Sommer dieses Jahres, als wir durch die Äußerungen des französischen Innenministers Jean Pierre Chevènement mit Nachdruck darauf verwiesen wurden, dass die Diskussion über Föderalismus in Frankreich völlig anders läuft als in der Bundesrepublik.

Was bedeutet also fédéralisme im Unterschied zu Föderalismus? Fédéralisme ist in der französischen Geschichte seit der Französischen Revolution kein neutraler Begriff; er war der Kampfbegriff der Girondisten gegen die Jakobiner. Da sich Chevènement als Jakobiner fühlt, hat er sich deren Argumente zu Eigen gemacht. Warum reagieren die Jakobiner heute noch so allergisch auf fédéralisme? Für sie war das der Inbegriff für Lockerung, ja für Auflösung der staatlichen Einheit Frankreichs. Die Girondisten wollten die Macht der absolutistischen Monarchie brechen, und zwar durch Dezentralisierung, und die Jakobiner sahen darin nicht nur décentralisation, sondern décomposition.

Diese jakobinische Angst reicht im Übrigen heute weit über die Linken hinaus bis in die Reihen der Rechten hinein; auch ein Mann wie Pasqua auf der rechten Seite ist davon bestimmt. Die Jakobiner fürchten, dass zu viel Föderalismus - noch dazu, wenn er mit deutschen Gemütswerten besetzt wird - zu einer Gefährdung der Werte von 1789 führt, die durch die Republik garantiert sind. Wenn man das als Deutscher nicht weiß, verkennt man die Brisanz der Diskussion in Frankreich.

Für die meisten Deutschen dagegen ist der Begriff Föderalismus positiv besetzt; denn der Bund hat uns beim Zerfall des alten Reiches vor noch mehr Auflösung bewahrt. Wir werden uns also darüber

Gedanken machen müssen, wie wir bei einer so unterschiedlichen Vorgeschichte mit diesem Tatbestand umgehen.

Mein Vorschlag für unser Gespräch ist, nicht akademisch danach zu fragen, ob Föderalismus als Gestaltungsprinzip wünschenswert ist, sondern politisch: Wie viel Föderalismus erscheint uns jeweils zumutbar? Wenn es einem so wichtigen Partner wie Frankreich derart schwer fällt, sich dem Gedanken des Föderalismus anzunähern, dann müssen wir politisch nach den Grenzen der Zumutbarkeit für die Franzosen fragen.

Für die Deutschen dagegen wird die entsprechende Frage wohl eher lauten: Wie viel Nationalstaat kann man den Deutschen zumuten? Nach dem Zweiten Weltkrieg ist der Nationalstaat bei uns sehr viel stärker in Verruf geraten als in den Nachbarstaaten. Europa war für viele Deutsche der Versuch, das Scheitern des Nationalstaates zu bewältigen. Also: Wie viel Nationalstaat kann man den Deutschen noch zumuten? Denn es kann nicht nur um ein Europa der Regionen gehen, wie das in Deutschland mitunter anklingt.

Und um welche Zumutung würde es sich bei den Polen handeln? Eine vergleichbare Frage könnte lauten: Wie viel Integration können wir den Polen zumuten? Wir vergessen leicht, dass die Polen noch vor zehn Jahren gegen zu viel Integration gekämpft haben, so wie sie damals in den Ostblock integriert waren. Ich höre in Gesprächen mit polnischen Freunden immer wieder: Ihr im Westen solltet verstehen, dass wir uns gerade von zu viel Integration emanzipiert haben, sodass es uns nicht eben leicht fällt, einer neuen Integration zuzustimmen, auch wenn die politisch etwas ganz anderes ist. Mit anderen Worten: Lasst uns ein wenig Luft, um unsere polnische Identität in einer Weise zu bewahren, dass sie sich nicht völlig in Europa auflöst.

Mein Vorschlag ist, dass wir zunächst mit den Einführungsstatements aus den alten Mitgliedsländern der Europäischen Union beginnen, nämlich Deutschland und Frankreich, wozu sich dankenswerterweise Herr Hänsch und Frau Goulard bereit erklärt haben. Zu einem späteren Zeitpunkt wird dann Unterstaatssekretär Kranz aus dem polnischen Außenministerium den polnischen Standpunkt mit in die Diskussion einbringen.

Hänsch

Zwanzig Minuten Einführungsstatement zu einem so komplexen Thema - das ist zu lang, um nur Fragen zu stellen, und zu kurz, um begründete Antworten zu geben. Ich werde mir dadurch helfen, dass ich einige zugespitzte Thesen formuliere - mit allen Gefahren, Missverständnisse zu produzieren;-), die dann die Grundlage für die Diskussion sein können. Ich werde mich in meinen Ausführungen jedoch nicht auf Deutschland, Frankreich und Polen beschränken und auch nicht vornehmlich die deutsche Position beschreiben - wenn es eine solche denn überhaupt gibt.

Meine erste These lautet indes klar und unmissverständlich: Die Beitritte Polens und anderer Länder zur Europäischen Union ist nicht eine Frage des Ob, sondern nur noch des Wie und des Wann - und in Bezug auf einige Länder auch des Wer. Wenn ich also in den anderen Thesen stärker auf die eine oder andere Schwierigkeit abhebe, die mit den Beitritten verbunden sind, dann heißt dies nicht, dass ich Zweifel an der Erweiterung der Europäischen Union hege. Die EU wird bis zum Ende des Jahres 2002 erweiterungsfähig sein, und danach wird es sehr schnell zu den ersten Beitritten kommen.

Eine wichtige Erkenntnis aus der Geschichte der europäischen Vereinigung halte ich fest: Alle bisherigen Erweiterungen zunächst der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und später der EU standen vor dem Problem, dass die institutionellen Strukturen nie für die jeweilige Erweiterung gepasst hat; aber es ist stets gelungen, sie nach einer gewissen Zeit den Erfordernissen anzupassen. Wird dieser Grundsatz auch künftig gelten? Zweifel sind erlaubt, dass es dieses Mal so einfach gehen wird. Zwar haben alle bisherigen Erweiterungen - von Großbritannien, Dänemark, Irland bis hin zu Finnland, Österreich und Schweden - die Union verändert, aber noch nie stand sie vor der Herausforderung, dass ihr eine neue Qualität in solcher Quantität hinzugefügt wurde.

Zweite These. Herr von Thadden hat auf das unterschiedliche Verständnis von Föderalismus hingewiesen. Dazu will ich hier nur sagen: Die Europäische Union ist in den vergangenen Jahren auf dem Weg zum Föderalismus, und zwar im deutschen Sinne, sehr viel weiter gekommen, als viele es offensichtlich gemerkt haben. Auch weiter, als es manche der Föderalisten sich vor zehn oder fünfzehn Jahren hätten vorstellen oder erträumen können. In den vergangenen fünf Jahren hat die Europäische Union Zugang zu den letzten drei der klassischen Hoheitsbereiche der europäischen Nationalstaaten gefunden: die Regulierung des Marktes und die Verfügung über das Geld, die Freiheitsrechte der Bürger und die Verteidigung - ungeachtet aller Verklausulierungen und Vorbehalte ist der Schritt in diese Bereiche getan worden.

Das gilt für den Euro, der 1998 bestätigt wurde, auch wenn die Dänen vor zwei Tagen Nein gesagt haben. Das gilt für die Aufstellung einer europäischen Eingreiftruppe, und das gilt für die Charta der Grundrechte und das Gesetzgebungsprogramm, das die Freiheit, die Sicherheit und das Recht betrifft. Damit rücken die Bürgerrechte in den Mittelpunkt der Einigung. Seit dem Vertrag von Amsterdam - das wird häufig übersehen - werden zwei Drittel bis drei Viertel der europäischen Sekundärgesetzgebung auf der europäischen Ebene mit Mehrheit beschlossen. Und was ist eigentlich föderalistischer als Gesetze, die in jedem der Mitgliedsstaaten gelten, auch in denen, die im Ministerrat oder deren Abgeordnete im Europäischen Parlament ihnen nicht zugestimmt haben?

Nicht erst die jetzt anstehende Erweiterung erfordert eine Änderung der institutionellen Strukturen und Entscheidungsprozeduren - das stünde auch auf der Tagesordnung, wenn kein neuer Staat beitreten würde;- , sondern dieser Prozess der faktischen Föderalisierung.

Dritte These. Die Regierungskonferenz in Nizza im Dezember dieses Jahres wird mit einer Reform oder Ergänzung des Amsterdam-Vertrages die Erweiterungsfähigkeit der EU abschließen. Dabei wissen wir alle, dass Nizza die an sich notwendigen Veränderungen der Entscheidungsstrukturen und Kompetenzen nicht zustande bringen wird, wie gut der Gipfel auch immer ausgehen mag. Lassen Sie es mich so formulieren: Selbst das Maximum des Erreichbaren in Nizza ist immer noch weniger als das Minimum des Notwendigen. Aber in Nizza werden Weichen gestellt, die erkennen lassen werden, in welche Richtung die Entwicklung der Union künftig gehen wird.

Die weitere Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat ist eine Frage nach mehr oder weniger Föderalismus. Die künftige Stellung und Struktur der Europäischen Kommission wird - je nachdem was in Nizza beschlossen wird - Hinweise dafür geben, ob sich die Kommission in die Richtung einer wirklichen europäischen Exekutive beziehungsweise Regierung bewegt, oder ob sie auf den Status einer Behörde zurückgeführt wird. Die Neugewichtung der Stimmen im Ministerrat wird zudem anzeigen, ob es möglich ist, im erweiterten Europa eine neue Balance zwischen dem Anspruch der Mitgliedsstaaten einerseits und den Bevölkerungsmehrheiten andererseits, zwischen großen und kleinen Ländern, zwischen Nord und Süd, Arm und Reich herzustellen. Wenn manche meinen, da müssten nur noch einige Überbleibsel, die Krümel von Amsterdam beseitigt werden, sage ich: Das sind ganz schöne Brocken, weil sie die Machtbalance in der Europäischen Union betreffen.

Was also in Nizza beschlossen wird, reicht weder für eine Föderation noch für die Erweiterung aus, aber es ist der unerlässliche Schritt in Richtung auf das eine wie auf das andere.

Vierte These. Nach Nizza muss es eine weitere Reform geben - ob nun in Form einer Regierungskonferenz oder durch eine andere Prozedur, lasse ich einmal offen. Aber für diese weiter gehende Reform ist die Einigkeit zwischen Deutschland und Frankreich unerlässlich. Und ich füge hinzu: So wie ich die Zeitpläne und Szenarien in den nächsten Jahren einschätze, kann diese Reform erst nach den ersten Beitritten stattfinden. Die Beitritte der mittel-osteuropäischen Staaten weiter hinauszuschieben und nach Nizza sozusagen noch eine weitere Schwelle einzuführen, würde zum einen Wortbruch bedeuten und zum anderen zu einem ungeheuren Vertrauensverlust mit unabsehbaren Konsequenzen in den betreffenden Ländern, aber auch in der Union selber führen. Mit anderen Worten: Die Struktur der erweiterten Union wird erst in und durch die erweiterte Union gefunden werden.

Die neue Union wird also in einem anderen Szenario als das heutige gefunden werden und wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Beitritte von Ländern und Völkern wie Polen, Ungarn und anderen nicht lediglich eine Hinzufügung zur jetzigen Europäischen Union bedeuten, sondern die gesamte innere Struktur und das Bewusstsein in der EU verändern werden. Was hier hinzukommt, sind andere historische Erfahrungen und Bedingtheiten. Ich sage das ohne jede Wertung. Wer glaubt, man könne die Geschichte der EU einfach so weiterschreiben, irrt sich gewaltig.

Fünfte These. Die Europäische Union ist eine Union von Mitgliedsstaaten, und das wird sie auch bleiben. Wenn ich in Deutschland und gelegentlich auch anderswo höre, es sei zu begrüßen, dass man endlich gemerkt habe, die Nationen werden weiter eine Rolle spielen, dann kann ich darauf nur antworten: Denjenigen, die auf der europäischen Ebene in den letzten Jahrzehnten Politik gemacht haben, ist seit langem bewusst, dass wir es mit einer Union von Mitgliedsstaaten zu tun haben. Spätestens seit dem Beitritt von Großbritannien war klar, dass etwas anderes nicht mehr zu realisieren war. Wenn wir von einer europäischen Föderation sprechen, dann wird diese sicher nicht nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland, der Vereinigten Staaten von Amerika oder anderer föderalistisch organisierter Staaten gestaltet werden. Das heißt, die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden immer mehr sein als nur Bundesländer in einer Bundesrepublik Europa.

Herr von Thadden hat zu Recht die Zumutbarkeit der Integration für Polen angesprochen. Sie sagten, man müsse den Polen Luft lassen für ihre Identität. Das ist aber nicht das eigentliche Problem. Viel schwieriger ist, dass Polen aus einsehbaren Gründen einerseits Luft gelassen haben, aber andererseits voll mitmachen will. Auch die Dänen haben jetzt, könnte man sagen, sich Luft gelassen, was den Euro anlangt. Das heißt aber zugleich, dass sie bei den währungspolitischen Entscheidungen nicht mitwirken können. Und eben das gilt für alles andere "Luftlassen" künftig auch. Das muss jedes beitretende Land selber entscheiden. Die Europäische Union muss jedenfalls ein Mindestmaß an Solidarität, Kohärenz und an gemeinsamen Zielen bewahren. Sie muss, wie immer sie strukturiert ist, mehr sein als nur die Summe ihrer Teile. Dieses Minimum muss erhalten bleiben - Erweiterung hin, Erweiterung her.

Sechste These. Auf welchem Wege wollen wir "das politische Gesicht Europas im Zuge der Erweiterung", wie es im Titel heißt, erreichen? Dazu nenne ich zunächst das Konkreteste und Aktuellste, nämlich die Verstärkte Zusammenarbeit, die einer Avantgarde die Möglichkeit verschaffen würde, aus der Burg aufzubrechen, ohne die Burg zu verlassen. Das soll sich alles im Rahmen der bestehenden Verträge abspielen. Verstärkte Zusammenarbeit, das fordern das Europäische Parlament, die Kommission, Deutschland und Frankreich unisono, und die anderen Mitgliedsstaaten scheinen das zunehmend zu akzeptieren.

Aber ganz so einfach liegen die Dinge hier nicht. Zum einen entbindet Verstärkte Zusammenarbeit uns nicht von der Notwendigkeit, im Ministerrat zu Mehrheitsentscheidungen zu kommen - also nicht nur 75 Prozent wie heute, sondern hundert Prozent. Verstärkte Zusammenarbeit beim Euro zum Beispiel ist ohne weiteres möglich. Der gegenwärtige Vertrag lässt durchaus zu, das auch institutionell noch stärker zu nutzen.

Jacques Delors hat vorgeschlagen, dass der Kommissionspräsident künftig nicht als Gegengewicht, aber als Partner der Europäischen Zentralbank nach außen für die Euro-Gruppe sprechen müsste. Ich halte das für einen guten Vorschlag. Das wäre ein weiterer Schritt auf Verstärkte Zusammenarbeit hin. Im Verteidigungsbereich ist das ebenfalls möglich und wird ja auch so gehandhabt. Das heißt, überall dort, wo der Entscheidungsprozess in der Europäischen Union intergouvernemental abläuft, kann man, wenn auch begrenzt, Verstärkte Zusammenarbeit anwenden.

Schwierig wird es, wenn es um die Rechtssetzung innerhalb der EU geht. Verstärkte Zusammenarbeit als Ausnahme ja, aber als Strukturprinzip ist sie ungeeignet, weil sie die Einheit des Rechts zerstört, die Bürokratien in den Mitgliedsstaaten und in Brüssel stärkt und die Bürger verwirrt. Denn die werden zwischen Verstärkter Zusammenarbeit einiger Mitgliedsstaaten und dem, was die gesamte Union entscheidet, nicht trennen können. Wer mehr Transparenz will und damit auch mehr Akzeptanz beim Bürger - ich sage nicht Beteiligung; -, der muss dafür Sorge tragen, dass Verstärkte Zusammenarbeit nicht zum Strukturprinzip der Europäischen Union wird.

Die Verstärkte Zusammenarbeit eignet sich zweifellos zur partiellen Verdichtung der Politik, aber nicht zur Vertiefung der Integration; denn sie bedeutet ausdrücklich nicht "institutionelle Avantgarde". Wenn man die schaffen will, würde das dazu führen, einen Vertrag im Vertrag zu machen. Verstärkte Zusammenarbeit kann und darf sich nur innerhalb der bestehenden Verträge abspielen, aber nicht den Vertrag selbst ändern. Wer mit der "Avantgarde" mehr machen will, spaltet die Union und erhöht die Konfusion in Europa.

Siebte These. Der andere mögliche Weg wäre eine Intergouvernementalisierung der Entscheidungsstrukturen in der EU durch Schwächung der EU-Organe. Das ist eine alte französische Tradition. Manche französischen Äußerungen in dieser Hinsicht bis hin zum Staatspräsidenten kann man - zugespitzt formuliert - gewissermaßen als Renaissance von Fouché interpretieren. Wenn Chirac ein Sekretariat für die sich bildenden Avantgarden fordert, dann bedeutet das eine bewusste Schwächung der Kommission und ist auch ein Schritt in Richtung Intergouvernementalisierung der EU. Die kleinen Mitgliedsstaaten werden eben dies nicht mitmachen, weil sie genau wissen, dass sie besser in den Strukturen von Brüssel verankert sind - trotz aller Meckerei. Auch die Dänen wissen das.

Wenn Außenminister Fischer den Ministerrat zur Exekutive machen will, ist das auch nichts anderes als die Zurückstufung der Kommission auf ein reines Sekretariat - und im Übrigen eine Schwächung des Europäischen Parlaments, zum Beispiel durch die Schaffung einer dritten Kammer, wie sie Fischer vorschlägt. Das sind keine geeigneten Konzeptionen, sondern sie bedeuten Konfusion. Das führt zu einer Vermischung der Institutionen und einer Legitimationsverschleierung durch Rückkehr zum Doppelmandat, und nicht zur Föderation, sondern zu einem Direktorium.

Achte These. Der dritte Weg wäre vielleicht der kühnste. Wenn die Zahl der Mitgliedsstaaten in der EU zunimmt, muss die EU an Aufgaben, die sie sich vornimmt, abnehmen. Wenn eine erweiterte Union handlungsfähig bleiben soll, muss sie alle ihre Organe straffen, verschlanken und begrenzen. Straffung bedeutet, bei zwei Legislativkammern zu bleiben. Das heißt, jede Entscheidung wird doppelt legitimiert, zum einen von einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten, vertreten durch die Regierungen im Ministerrat, zum anderen von einer Mehrheit im Europäischen Parlament. Straffung bedeutet aber auch, dafür zu sorgen, dass die Kommission zum Kopf einer Regierung wird und nicht bloß der Hut auf der Brüsseler Behörde ist.

Verschlinkung heißt nicht nur Subsidiarität - das wird häufig missverstanden;- , sondern je größer die Union wird, desto mehr muss sie sich auf das konzentrieren, was Großorganisationen leisten können, nämlich die Regelungen für den Markt, die Sicherung des Geldes, die Garantie der Freiheitsrechte der Bürger und die Vertretung von gemeinsamen Interessen nach außen. Das meiste andere führt zu Verengungen und Pressungen, die auf die Dauer die Europäische Union sprengen können.

Und Begrenzung schließlich heißt: nicht ständig neue Beitrittsversprechen abgeben. Manche von denjenigen, die jetzt von einer europäischen Verfassung reden, haben noch vor wenigen Monaten beschlossen, die Türkei zum Beitrittskandidaten zu machen. Das ist ein Widerspruch in sich. Und wer jetzt von Föderation spricht, meint bei anderer Gelegenheit daraufhinweisen zu müssen, dass es auch noch Moldawien und die Ukraine und andere Länder als mögliche Beitrittskandidaten gibt. Auch das passt nicht zusammen. Deshalb müssen wir uns darauf verständigen, dass die Erweiterung der Europäischen Union Grenzen haben muss, wenn wir wollen, dass sie ein zusammenhängendes, handlungsfähiges Gebilde bleibt, das für die Menschen erfahrbar ist.

von Thadden

Nach diesem erfahrungsgesättigten Anstoß für die Diskussion darf ich Frau Goulard bitten, uns die französische Perspektive darzulegen.

Goulard

Es ist in der Tat wünschenswert, dass wir gemeinsam überlegen, wie wir uns die Zukunft Europas vorstellen. Ich hatte keine Gelegenheit, mein Referat vorher mit Herrn Hänsch abzustimmen, hatte aber die Absicht genau wie er, gleich zu Beginn unseren polnischen Freunden zu sagen: Die gegenwärtige Debatte in Europa bedeutet nicht, dass wir die Erweiterung grundsätzlich infrage stellen oder verschieben wollen. Es ist keine Frage des Ob - die ist wirklich entschieden. Wenn heute so intensiv Fragen gestellt werden, dann deshalb, weil die neuen Beitritte die EU verändern werden. Das werfen wir aber den neuen Mitgliedsstaaten in keiner Weise vor.

Sie sollten jedoch verstehen, dass die europäische Vereinigung ein Kind der Nachkriegszeit gewesen ist. Die EWG wurde gegründet, um einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ein für alle Mal unmöglich zu machen. Das war für uns das entscheidende Ziel. In Polen gewinne ich mitunter den Eindruck, dass man uns vorwirft, nur unser Kind verteidigen zu wollen und man weist daraufhin, dass dies nicht dem Stand der Dinge nach dem Ende des Kalten Krieges entspricht. Das trifft zu - aber dafür wurde die Gemeinschaft nicht gegründet. Wir sind absolut bereit, neue Mitglieder aufzunehmen. Aber wir müssen über das Wie und das Wann miteinander reden können, ohne dass man uns sofort verdächtigt - den Franzosen wird das oft vorgeworfen;- , im Grunde wollten wir gar nicht.

Herr von Thadden hat mich gebeten, die schwierige Frage zu beantworten: Wie viel Föderalismus kann man den Franzosen zumuten? Ich will es versuchen und hier meine ganz persönliche Meinung sagen. Dabei werde ich drei Hauptpunkten nachgehen. Erstens: Von welchen Franzosen reden wir? Zweitens: Welche Art von Föderalismus ist gemeint? Und drittens: In welcher Perspektive denken wir?

Erstens also: Welche Franzosen sind gemeint? Zunächst möchte ich ein etwas altmodisches Bild meines Landes zurechtrücken. In seiner Einleitung hat Herr von Thadden den Eindruck erweckt, als sei Innenminister Chevènement der normale Gesprächspartner von Außenminister Fischer gewesen. Das ist aber keineswegs der Fall. Warum sollten wir immer die "guten" deutschen Föderalisten mit den "bösen" französischen Souveränisten vergleichen? Es gab in Frankreich außerordentlich viele positive Reaktionen auf die Rede Fischers. Viele Menschen bei uns haben gesagt: Endlich geschieht etwas! Schön, wir sind nicht mit allem, was er gesagt hat, einverstanden; das ist doch ganz normal. Doch insgesamt war das ein erfrischender und positiver Anstoß. Deshalb habe ich mich geärgert, dass man die französische Haltung zu der Fischer-Rede in Deutschland darauf reduziert hat, was der französische Innenminister dazu meinte.

Eine zweite Überlegung betrifft die demografische Entwicklung. Wir hatten 1999 eine Volkszählung, die deutlich machte, dass die Entwicklung in Frankreich ganz andere Perspektiven aufweist. Die Dynamik geht inzwischen von vielen Großstädten aus, während Paris und die Ile-de-France seit 1975 an Bevölkerung verloren hat. Es wird immer deutlicher, dass in Frankreich neue Zentren und Großstädte entstanden sind, die auch der Debatte über Föderalismus in unserem Land eine ganz neue Richtung geben können. Das geschieht gewissermaßen von unten her und ist nicht oben entschieden worden.

Vor allem im Süden Frankreichs blüht die New Economy und entfaltet eine ungeheure Dynamik in vielen Städten wie Montpellier, Toulouse oder Marseille. Marseille zum Beispiel, wo ich herkomme, ist eine Stadt, die sich innerhalb von drei, vier Jahren total verändert hat. Außerdem hat sich mit unseren Schnellzügen die Geografie Frankreichs insgesamt geändert; von Lyon, Nantes oder Poitiers sind es heute zwei Stunden, von Marseille sind es bald drei Stunden bis Paris. Der Gegensatz zwischen Paris und der Provinz ist kaum noch existent. Immer mehr Menschen verbringen einen Teil der Woche in der Provinz und andere Tage in Paris, wo sie vielleicht auch zwei, drei Jahre studieren, um dann wieder in die Provinz zurückzukehren. Das heißt, wir müssen uns von den alten Vorurteilen verabschieden.

Das hat auch die Debatte über Korsika gezeigt. Abgesehen von Gewalt und Terrorismus war die Reaktion vieler französischer Politiker, Alain Madelin zum Beispiel, dass sie nicht nur eine Ausnahme für Korsika wollen, sondern eine Dezentralisierung für alle unserer Regionen befürworten. Das ist noch keine Realität, und die Macht ist nach wie vor in Paris konzentriert. Aber sowohl im Bereich der Wirtschaft als auch im Bereich der Kultur - ich denke etwa an die Interceltic Festivals in der Bretagne - ist etwas in Gang gekommen, das für die langfristige Perspektive sehr wichtig ist.

Was Europa angeht, gibt es auch in der französischen Bevölkerung bestimmte Erwartungen. Dabei ist eine eigenartige Diskrepanz zwischen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und denjenigen, die an der Macht sind, festzustellen. Ich bin davon überzeugt, dass die meisten Franzosen mit einer gemeinsamen europäischen Verteidigung und einer gemeinsamen Außenpolitik leben könnten, weil sie sich davon wenig betroffen fühlen. Sie haben eher Schwierigkeiten, wenn Europa sich um das alltägliche Leben kümmert. In den politischen Kreisen ist das anders. So hat Védrine bei der deutschen Botschafterkonferenz gesagt, dass wir immer nationale Diplomaten haben werden. Ich glaube nicht, dass das für die Franzosen insgesamt ein Thema ist. Viele Franzosen sind klug genug, um zu begreifen, dass wir gegenüber China oder den USA tatsächlich europäische Gemeinsamkeiten brauchen. Auf der anderen Seite wollen wir unseren Käse nach unseren Vorstellungen zubereiten und Ähnliches. Hier besteht eine Diskrepanz. Das heißt, viele Abgeordnete sind sehr dafür, die Dinge des Alltags auf nationaler Ebene zu regeln. Darum muss sich nicht die große Diplomatie kümmern.

Ähnlich wie in Deutschland gibt es auch in Frankreich jenen Pougéadismus, le pougéadisme, und es ist viel die Rede davon, wir müssten die Bürger stärker einbeziehen. Mitunter frage ich mich: Interessiert sich der Bürger wirklich für sehr viel mehr als sein Auto und den Benzinpreis? Dass viele Leute weniger Steuern zahlen wollen, richtet sich nicht allein gegen Europa, sondern genauso gegen nationale Regelungen. Die Politiker entdecken Europa häufig erst a posteriori, wenn ein Problem akut geworden ist. Warum haben wir keine gemeinsame Energiepolitik? Warum haben wir zumindest nicht darüber nachgedacht, wie wir das Wirtschaftswachstum mit weniger Öl, das uns vom Ausland abhängig macht, zustande bringen? Wenn die Probleme auf der Tagesordnung sind, dann entdeckt man Europa und versucht, sehr schnell einen Ministerrat zu organisieren, auch wenn die Entscheidungen schon gefallen sind.

Mein zweiter Hauptpunkt: Was meinen wir, wenn wir von Föderalismus reden? Herr von Thadden hat eine Erklärung versucht und auch Herr Hänsch hat dazu einiges Interessante gesagt. Ich habe einmal die Definitionen des Duden und des Petit Robert miteinander verglichen. Zu Föderalismus heißt es im Duden: "aus dem Französischen: fédéralisme" - das hat mich etwas erstaunt. Gemeint sei damit "das Streben nach Errichtung oder Erhaltung eines Bundesstaates mit weitgehender Eigenständigkeit der Einzelstaaten". Typisch deutsch. Nach dem Robert meint fédéralisme: "système politique dans lequel le gouvernement central, l'Etat, gouvernement fédéral partage le gouvernement des collectivités qui forment cet Etat, les diverses compétences constitutionnelles." Das heißt, ein politisches System, in welchem die zentrale Regierung mit den verschiedenen Kollektivitäten - collectivité bedeutet so etwas wie Gemeinschaften, nicht nur Länder - ihre Befugnisse verfassungsgemäß teilt.

Häufig ist die Diskussion über Föderalismus mit der Frage nach Souveränität verbunden. Viele Deutsche meinen, die Franzosen würden nie auf ihre Souveränität verzichten. Für mich ist die Souveränität nicht entscheidend. Ich halte drei andere Begriffe für wichtiger: nämlich Identität, Solidarität und Subsidiarität. Jeder, der über Europa spricht, betont, dass wir auf keinen Fall die

Nationen kaputtmachen wollen. Es hat den Anschein, dass unsere nationalen Vorurteile und Prägungen nach wie vor erheblich sind. Heißt Föderalismus also, möglichst viel auf der unteren Ebene zu tun und so wenig wie möglich nach Brüssel abzugeben?

Ich will Ihnen dazu eine kleine Geschichte erzählen. In der Provence gibt es das wunderschöne Kloster Salagon, le prioré de Salagon, in dem sich ein mittelalterlicher Garten befindet, der jene Pflanzen enthält, die im Mittelalter in der Provence zu finden waren. Da gab es weder Tomaten noch Zucchini, weder Auberginen noch Orangen oder Zitronen. Das haben wir alles aus Amerika, nach der Entdeckung der "Neuen Welt", bekommen. Was ist also unsere provenzalische Identität? Wann sagen wir: Das ist typisch provenzalisch?

Die Überbetonung der Identität stört mich gelegentlich am Föderalismus. Kein Föderalismus ohne eine gewisse fraternité, wie wir in Frankreich sagen. Das heißt, ohne dass wir die anderen akzeptieren. Mitunter habe ich den Eindruck, niemand verteidigt das, was in Europa wirklich schön ist; dass Menschen aus verschiedenen Nationen versuchen, sich zu verstehen und sich füreinander zu öffnen. Und wenn sie sich dadurch ein klein wenig ändern, ist das vielleicht auch so schlecht nicht.

Dann Solidarität, ein Begriff, der im Zusammenhang mit der Erweiterung besonders wichtig ist. Ich denke, wir überschätzen die Fähigkeit der EU, Stabilität zu exportieren, wenn das nicht mit entsprechender Solidarität verbunden ist. Ich weiß, es ist in Deutschland nicht besonders populär, wenn man darauf hinweist: Wir sprechen von Föderalismus, aber wir wollen nicht mehr dafür bezahlen. 1,27 Prozent unseres Reichtums für Frieden und Wohlstand, das ist nicht gerade sehr viel. Wenn wir wirklich Stabilität exportieren wollen, dann sollten wir auch bereit sein, dafür einen Preis zu zahlen. In Deutschland wird viel über Wettbewerbsföderalismus diskutiert. Frankreich ist sicher kein Land, in dem die égalité eine Realität ist - leider. Aber den Franzosen ist schon sehr wichtig, dass wir innerhalb der Gemeinschaft der Menschen, die in Frankreich und in Europa zusammenleben, eine gewisse Égalité anstreben. Also: Wie viel Solidarität wollen wir unter uns?

Schließlich Subsidiarität. Das ist auch so eine Zauberformel in den heutigen Diskussionen in Europa. In jeder Rede wird dieses Thema angesprochen. Wer soll was auf welcher Ebene tun? Was wir in Europa haben, ist eine Art geteilter Souveränität auszuüben. Das setzt voraus, dass die Zuständigkeiten auf viele Bereiche verteilt sind. Das heißt nicht, dass keine Änderungen oder Verbesserungen möglich sind. Was ich fürchte, ist eine Vereinfachung der Debatte. Was werden wir dem Bürger letztendlich vermitteln können? Werden wir Blöcke oder Listen haben? Das glaube ich nicht. Es gibt eine gewisse Dynamik in den Beziehungen zwischen EU, Nationalstaaten, Ländern, und die muss fortbestehen.

In Deutschland scheint man gelegentlich die Vorteile der Nähe ein wenig überzubewerten. Nicht die lokalen Behörden entscheiden über das Recht. Um es etwas provokativ zu formulieren: Wenn ich eine deutsche Frau wäre, würde ich mich darüber freuen, dass es einen europäischen Gerichtshof gibt, der es den Frauen ermöglicht, in die Bundeswehr einzutreten - nicht, dass ich dies persönlich unbedingt für ein erstrebenswertes Ziel hielte. Aber der Europäische Gerichtshof hat so entschieden, während das deutsche Bundesverfassungsgericht normalerweise eher konservative Urteile fällt. Man sollte also nicht immer Europa gegen die Bürger ausspielen und meinen, die nationalen Behörden seien grundsätzlich für die Bürger. Ich könnte ähnliche Beispiele auch aus Frankreich nennen. Es wird häufig übersehen, dass die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs viel für die Bürger getan hat. Die Nähe ist also nicht immer ein Vorteil.

Ich nenne als Beispiel einen ganz anderen Bereich: die Erziehung. Erziehung wird fast immer - und auch von Leuten wie Jacques Delors - als rein nationale oder "internationale" Zuständigkeit betrachtet. Ich halte das für völlig verkehrt. Wie wollen wir in einer Union leben, in der die Bürger nicht nur leben, sondern sich auch verständigen und verstehen müssen, wenn wir nicht ein klein wenig gemeinsam über die Erziehung nachdenken und die unterschiedlichen Erfahrungen, die wir in unseren Ländern damit machen? Wie will man anders gegen Rechtsextremismus und andere bedrohliche Tendenzen in unseren Gesellschaften ankämpfen? Das ist Teil der Erziehung im umfassenden Sinn, was aber leider oft nicht in Betracht gezogen wird. Wir müssen es erreichen, in gewissem Sinn multikulturell zu denken.

Ich habe an der gemeinsamen Arbeit mit dem Planungsstab des Auswärtigen Amtes teilgenommen. Wenn wir nicht Deutsch und Französisch gesprochen und geschrieben hätten, wäre diese Arbeit nicht erfolgreich gewesen. Das kann man auf Englisch nicht machen. Wer verstehen will nicht nur, was Föderalismus heißt, sondern was der andere denkt, wenn er dieses Wort benutzt, muss eine Kenntnis des Partners haben, die man nicht auf Englisch vermitteln kann.

Wenn wir nicht gemeinsam eine Debatte über die Erziehung beginnen - in diesem Falle Franzosen und Deutsche;- , dann werden unsere Kinder nur auf Englisch erzogen. Es ist in Frankreich zurzeit schwierig, Deutsch zu lernen. In vielen Gymnasien gibt es Deutsch als Fremdsprache nicht mehr. Deutsche Diplomaten legen viel Wert darauf, mit ihren französischen Kollegen Deutsch zu sprechen. Für mich ist das kein Problem. Aber ich sage auch: Seien Sie nicht kurzsichtig, indem Sie beispielsweise das Goethe-Institut in Marseille schließen. Geben Sie uns die Möglichkeit, unsere Kinder in beiden Sprachen zu erziehen! Und wir sollten unseren Kindern auch zeigen, dass es Spaß macht, sich in verschiedenen Identitäten zu bewegen. Multikulturalität kann nicht heißen: Nur meine Sprache und Englisch.

Dritter Hauptpunkt: In welcher Perspektive reden wir? Was wird die neue Gestaltung Europas sein? Ich denke, es gibt eine weitgehende Übereinstimmung über den langfristigen Bedarf an Reformen. Das Hauptproblem sehe ich nicht in der Subsidiarität. Das heißt, der verschiedenen Niveaus - Bund oder Verbund, EU oder Nationalstaaten. Worauf es ankommt, sind Checks and Balances zwischen Legislative und Exekutive. Aus diesem Grunde halte ich den Konvent der Grundrechtscharta für besonders interessant, weil dort die Methode eine andere war. Sie haben gesagt, Herr Hansen, es ist nicht sehr wichtig, wie man nach Nizza weiter vorgeht. Meiner Meinung nach ist jedoch die Methodik von zentraler Bedeutung. Denn ich glaube nicht, dass man den Bürgern eine weitere Regierungskonferenz zumuten kann. Dass Diplomaten und die Exekutiven allein über die Zukunft Europas reden, scheint mir völlig undenkbar. Den Gedanken einer weiteren Regierungskonferenz sollten Deutsche und Franzosen grundsätzlich fallen lassen, weil ich das für sehr gefährlich halte.

Außenminister Fischer hat von einem Verfassungsvertrag gesprochen. Ich denke, wir sollten nicht den Fehler machen, den wir schon in Maastricht begangen haben, und mit schönen Begriffen hantieren, das heißt, von Verfassung reden, während es sich tatsächlich nur um einen Vertrag handelt. Ratione materiae haben wir bereits eine Verfassung und brauchen keine weitere.

Wie empfinden die Bevölkerungen in den verschiedenen Ländern inklusive die künftigen Mitglieder eine solche Debatte? Ich würde sehr dafür sein, dass wir endlich eine Diskussion über die Zukunft Europas in den nationalen Parlamenten und im Europäischen Parlament gleichzeitig führen. Vielleicht wäre auch eine gemeinsame Sitzung der Assemblée Nationale und des Bundestages sinnvoll. In der neuen Phase, die wir jetzt erreicht haben, sollten wir Wert auf größtmögliche Transparenz legen. So könnten die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen mit den Bürgern sprechen und sie unmittelbar informieren. Die Bürger müssen an der Diskussion beteiligt werden. Auch das Fernsehen kann hier einen Beitrag leisten, das viel zu wenig über Europa berichtet. Das Fernsehen ist heute das Fenster zur Welt.

In diese Kommunikation sind auch die künftigen Kandidaten einzubeziehen. Herr von Thadden sprach von Luftlassen oder Mitmachen. Das ist in der Tat ein Dilemma für die Kandidaten, die sicher etwas Zeit brauchen, aber mitmachen wollen. Ich denke, dieses Dilemma lässt sich durchaus lösen, dass man die neuen Länder an der Diskussion beteiligt. Václav Havel zum Beispiel hat in Frankreich im vergangenen Jahr Vorschläge zu einer Verfassung gemacht. Wenn man diese Länder an der Diskussion beteiligt, heißt das nicht, dass sie sofort alles unterschreiben müssen - schließlich sind es souverän entscheidende Völker. Das ist aber etwas anderes, als sie von vornherein aus der Diskussion auszuschließen.

Ich habe Ihren Artikel in der FAZ gelesen, Herr Hänsch, in dem Sie vor der Tabula rasa warnen. Das ist in der Tat eine Gefahr dieser Verfassungsdebatte. Es gibt Bestrebungen, auf diese Weise die EU wieder stärker intergouvernemental zu gestalten. Wir sollten nicht vergessen, was wir schon erreicht haben, auch wenn das verbesserungsfähig ist. Das EU-Recht beispielsweise muss überall seine Geltung behalten, und die nationalen Parlamente dürfen nicht hinterher entscheiden, was sie annehmen wollen und was nicht. Wir brauchen in jedem Falle eine supranationale Instanz, an der nicht nur die so genannten kleinen Länder nachhaltig interessiert sind, sondern auch für die Großen ist es mitunter von hohem Nutzen, dass es die Kommission gibt. Man vergisst leicht, dass der deutsch-französische Motor immer gut gelaufen ist, wenn die Kommission beteiligt war. Das war schon eher ein Dreieck.

Verschlingung der Zuständigkeiten und auch Politisierung. Das heißt, die Kommission muss mehr politische Verantwortung haben. Wichtig ist aber, dass sie intakt bleibt als supranationale Instanz. Ich war auch etwas besorgt, als ich die Rede von Herrn Bundesminister Joschka Fischer gelesen habe, bei der man den Eindruck gewinnen konnte, das Europäische Parlament sei weitgehend überflüssig. Das halte ich für sehr bedenklich. Die Identifizierung der Bürger mit den europäischen Abgeordneten ist sicher nicht perfekt; da lassen sich viele Verbesserungen vorstellen. Aber Bikamerismus im Sinne

von einer Kammer der Nationen und Abschaffung des Europäischen Parlaments, das ist für mich ein wenig zu viel.

Besteht die Gefahr einer Spaltung der EU? Ich denke, wir sollten keine Angst haben vor einer gewissen Differenzierung, die es sowieso gibt. Solange die Tür offen bleibt und ein Land nicht dabei sein will, ist das eine souveräne Entscheidung, die wir respektieren müssen. Auf der anderen Seite darf man uns nicht daran hindern voranzugehen. Dänemark zum Beispiel hat schon 1992 gegen Maastricht gestimmt und der Vertrag ist in Dänemark nicht in Kraft getreten. Wenn einige Länder nicht mitmachen wollen, dann ist das ihre Entscheidung. Aber es muss klar sein, dass die anderen weitermachen können. Wenn die Dänen den Euro ablehnen - auch wenn die Krone weiter an den Euro gebunden bleibt;- , dann ist das eine dänische Entscheidung. Aber wir müssen unseren Euro verteidigen.

Ich sehe durchaus, wie Herr Hänsch, die Gefahr der Intergouvernementalisierung, die zu einer Spaltung führen kann. Insofern sehe ich die Vorschläge von Fischer und Delors positiv, auch wenn sie kompliziert sind - weil wir dann zwei Gruppen von Institutionen bekommen werden. Aber es ist besser, in diese Richtung zu gehen, als ein neues Sekretariat einzurichten und rein intergouvernemental zu denken.

von Thadden

Nachdem Frau Goulard uns die französische Denkweise zum Thema Föderalismus und Europa vor Augen geführt hat, gebe ich die Diskussion ohne weitere Vorrede frei.

Pflüger

Wir haben die Regierungskonferenz in Nizza im Dezember dieses Jahres vor uns, und ich bin zuversichtlich, dass wir dort zu einem Ergebnis kommen werden, das die Voraussetzungen für die Erweiterung der Europäischen Union im Wesentlichen schaffen wird. Es bleibt aber, wie Herr Hänsch sagte, abzuwarten, ob das Ergebnis das beinhaltet, was eigentlich notwendig oder sogar wünschenswert wäre. Dennoch werden wir ein Stück vorankommen. Es wird Fortschritte bei der Stimmengewichtung geben, was hoffentlich die Möglichkeit eröffnet, dass Mehrheitsentscheidungen zur Regel und Einstimmigkeit zur Ausnahme werden wird. Was die Kommission betrifft, wird es in die Richtung gehen: jedes Land ein Kommissar, aber mit einer gewissen Hierarchisierung, damit die Kommission arbeitsfähig bleibt. Gegenüber dem Amsterdamer Vertrag dürfte auch die Verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der Verträge erleichtert werden.

Schließlich wird es in Nizza ein Mandat geben für eine weitere Konferenz, wobei ich Frau Goulard zustimme, dass ein neuer Konvent mit stärkerer Beteiligung der Parlamente besser wäre als eine Regierungskonferenz. Am Ende könnte eine Art Verfassungsvertrag stehen, nämlich die Überführung der Grundrechtscharta in den EU-Vertrag, eine Reform des Ministerrates, eine klare Gewaltenteilung zwischen der Exekutive, also der Kommission, und der Legislative, getrennt in Ministerrat und Europäisches Parlament, und nicht zuletzt eine Kompetenzabgrenzung zwischen den Ländern, den Nationalstaaten und Europa. Nimmt man das alles zusammen: Was ist das anderes als ein Verfassungsvertrag? Wenn wir das so bis 2005 hinbekommen, hätten wir in Nizza eine wesentliche Weichenstellung vorgenommen.

Das alles ist aber nur die Vorbereitung für die eigentlich große Aufgabe, die vor uns liegt, nämlich die Osterweiterung der EU, und damit die Stabilisierung Mittel- und Osteuropas, die Wiedervereinigung Europas nach Ende des Ost-West-Konfliktes. Der Funktionsfähigkeit der EU-Institutionen kommt dabei eine hohe Bedeutung zu. Denn eine starke EU ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um das eigentliche Ziel, Frieden, Freiheit und Stabilität in Europa, zu gewährleisten. Diesem großen Ziel müssen wir fast alles andere unterordnen - auch wenn es in Nizza nicht ganz so klappt mit der Mehrheitsentscheidung, wie wir uns das wünschen würden, oder wenn der anschließende Konvent länger dauert, als es der Osterweiterung gut täte.

In der Tat wird sich die Europäische Union durch die Osterweiterung verändern, wie Herr Mansch sagte. Die Intergouvernementalisierung wird sich verstärken und die Methode Monnet zurückgehen. Ich bedaure das zwar und meine, Außenminister Fischer ist gegenüber der Methode Monnet viel zu pessimistisch und denkt zu sehr in intergouvernementale Richtung. Aber die Erweiterung wird uns in absehbarer Zeit letztlich keine andere Möglichkeit lassen.

Ich stimme Herrn Hansen auch zu, dass wir klar sagen sollten, wo wir die Grenzen der EU sehen. Die Türkei als Beitrittskandidat schürt nur Ängste in unserer Bevölkerung. Bulgarien und Rumänien sind bis 2007/8 ohnehin nicht beitragsfähig, was diese Länder selber wissen. Aber bei den übrigen zehn

wird es sehr schwer sein zu differenzieren. Ich sehe nicht, wie wir zwischen Zypern, Malta, Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Slowenien oder den drei baltischen Staaten zeitlich unterscheiden können. Ich denke, es wird darauf hinauslaufen - ohne dass wir die wichtige Einzelprüfung aufgeben;- , dass spätestens Anfang 2005 zehn neue Staaten in die EU aufgenommen werden. Das ist zweifellos eine gewaltige Kraftanstrengung. Aber was wäre die Alternative?

Es gibt Stimmen, die meinen, Polen sei noch nicht so weit. Deswegen sollten wir zunächst Slowenien, Malta und Estland mit in eine erste Runde nehmen. Darauf sage ich ganz deutlich: Das ist keine Stabilisierung von Mittel- und Osteuropa, sondern es würde in Polen zu gewaltigen Verwerfungen führen, wenn das Land in der ersten Runde nicht dabei ist. Aber auch Tschechien ist kaum ohne die Slowakei denkbar, die in den letzten Jahren seit dem Abgang von Meciar eine beeindruckende Aufholjagd unternommen hat. Und wie wollen Sie zwischen den drei baltischen Ländern trennen?

Mit anderen Worten: Wir müssen uns darauf vorbereiten - Nizza ist im Grunde abgehakt;- , die eigentliche Aufgabe, die vor uns liegt, ist, Akzeptanz für eine große Osterweiterung zu schaffen. Und die wird die Union in der Tat gewaltig verändern. Aber eine Alternative dazu gibt es nicht, es sei denn um den Preis der Gefahr einer Balkanisierung von zumindest Teilen Mittel- und Osteuropas mit gigantischen Folgekosten.

Reiter

Herr Pflüger kennt Polen inzwischen so gut, dass er im Grunde unser Land mit vertreten könnte. Wo immer ich in Deutschland über die Osterweiterung spreche, treffe ich auf Menschen, die mir sagen, die Osterweiterung müsse unbedingt kommen, und zwar möglichst schnell - wenngleich Meinungsumfragen ein ganz anderes Bild ergeben. Selbst in Bayern bei der CSU habe ich niemanden angetroffen, der gegen die Aufnahme Polens in die EU gewesen wäre.

Vor kurzem war in meinem Institut in Warschau ein japanischer Professor zu Gast, der einen Vortrag über Sicherheitspolitik in Asien gehalten hat. Bei seinen Ausführungen habe ich so gedacht: Mein Gott, wie glücklich können wir in Europa sein! Wie stolz können wir auf das sein, was wir in Europa erreicht haben - auch im polnisch-deutschen Verhältnis. Das ist mir dabei einmal mehr bewusst geworden. So selbstverständlich ist es nicht, was wir in Europa erleben; es geht auch anders in der Welt. Ich spreche nicht von der furchtbaren Situation in Afrika; auch das relativ reiche Asien erlebt ganz andere Gefährdungen.

Wir sollten uns aber davor hüten zu meinen, der gegenwärtige Zustand in Europa sei gewissermaßen gottgewollt oder naturgegeben. Wir brauchen ja nur an das Geschehen auf dem Balkan zu denken, aber auch in den Ländern östlich von Polen ist die Zukunft sehr ungewiss. Das heißt, es gibt keinerlei Garantie, dass Stabilität und Harmonie in Europa uns immer erhalten bleiben. Deshalb ist, wie Herr Pflüger sagt, die Erweiterung gegenwärtig der wichtigste und absolut notwendige Beitrag, um das zu bewahren und zu festigen, was wir in Europa erreicht haben. Das ist die eigentliche Investition in die Zukunft Europas. Das wird mitunter zu wenig bedacht, und darauf nachdrücklich hinzuweisen, bedeutet nicht, von den konkreten Problemen abzulenken, die mit der Erweiterung auch verbunden sind.

Inwieweit sollen die Beitrittskandidaten in die Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union schon jetzt einbezogen werden? Dazu gibt es mitunter kritische Untertöne, und es wird eine Tendenz sichtbar, zunächst vollendete Tatsachen schaffen zu wollen, mit denen sich dann die neuen Mitglieder abfinden müssen - so nach dem Motto: take it or leave it. Ich halte das nicht eben für klug. In manchen Ländern macht sich auch eine Art kleineuropäischer Tendenz breit. Offenbar würden viele ein Europa im Sinne eines geografisch und historisch definierten Kerneuropas bevorzugen. Einige scheinen in den neuen Mitgliedern gewissermaßen Barbaren zu sehen, vor denen man Angst haben muss. Daneben gibt es auch die Euroegoisten, die nicht historisch denken, sondern denen es nur darum geht, ihre Besitzstände zu wahren. Kleineuropäer und Euroegoisten, das ist durchaus eine unheilige Allianz.

Was hat die Europäische Union von den neuen Mitgliedern zu erwarten? Das ist eine legitime Frage, und wir tun viel zu wenig, um darauf zu antworten. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir natürlich zugeben, dass wir das so genau nicht sagen können. Wir sollten aber ein Verständnis für die Psychologie unserer Völker entwickeln. Die polnischen Erfahrungen sind zweifellos andere als die deutschen oder die französischen. Deshalb haben einige Begriffe und Symbole in Polen einen anderen Stellenwert als etwa in Deutschland.

Wenn Sie in Polen eine Umfrage machen und danach fragen, ob wir unsere Souveränität teilen oder gar aufgeben sollten, dann dürfte eine Mehrheit dagegen sein. Aber wenn Sie die gleichen Menschen

fragen, was sie davon halten, dass ein polnischer Staatsbürger seinen Staat in Straßburg vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen kann, dann werden die meisten zustimmen. Und die Polen machen auch mehr als andere Nationen in Europa Gebrauch von dieser Möglichkeit. Wie passt das zusammen? Wenn man die polnische Geschichte kennt, kann man das schon erklären.

Auch in der Diskussion über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union spielen unterschiedliche Traditionen eine wichtige Rolle. Polen ist erst seit einem Jahr Mitglied in der NATO und nicht wie andere über viele Jahrzehnte. Da fehlt uns noch ein wenig die Routine. Auf der anderen Seite ist die NATO die einzige westliche Organisation, in der wir vollberechtigtes Mitglied sind - wenn ich vom Europarat einmal absehe. Das heißt, Polen definiert sich stärker durch die NATO-Mitgliedschaft als zum Beispiel Deutschland. Für die Deutschen ist die Europäische Union heute weit wichtiger. Solange wir kein Mitglied der EU sind, wird sich das in Polen auch nicht ändern.

Deutschland ist heute geografisch gesehen ein Binnenland der NATO, demnächst auch der Europäischen Union. Polen ist Grenzland, um nicht zu sagen Frontstaat der NATO. Das hat aber Einfluss auf unsere Perzeption von Sicherheit in der Region. Wir haben als Nachbarn nicht wie Sie Holland oder Dänemark, sondern die Ukraine, Belarus und Russland mit Königsberg, dem Heerlager im Norden, sowie Litauen. Das schafft eine ganz andere Sicherheitsperzeption. Ein Krisenszenario etwa in den baltischen Ländern hat für Polen einen anderen Stellenwert als für Deutschland.

Das erklärt auch einige sachliche Differenzen in der Diskussion über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, ohne dass wir daran interessiert sind, derartige Bemühungen zu bremsen. Im Gegenteil, wir haben ein vitales Interesse an der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Aber Sie können uns helfen, indem Sie ein Gefühl für unsere andere geografische und sonstige Lage entwickeln.

Wie viel an Integration, hat Herr von Thadden gefragt, kann man Polen und auch den anderen Kandidaten zumuten? Das ist aus meiner Sicht in erster Linie eine Frage des Selbstvertrauens dieser Völker. Im Übrigen betrifft das nicht nur die neuen Länder. Offenbar haben die Dänen auch ein solches Problem, nur auf einer anderen Ebene.

Nyberg

Die Dänen haben sehr viel Selbstvertrauen.

Reiter

Ich bin da nicht so sicher. Unser Problem ist, wie man in einem offenen Raum ohne schützende Grenzen mit größeren und stärkeren Nachbarn zusammenleben kann. Dieses Problem haben kleinere Länder. Und obwohl Polen eigentlich ein großes Land ist, fühlen wir uns manchmal wie ein kleines Land. Aber damit müssen wir selber fertig werden.

Maizière

Eine kurze Bemerkung vorweg, die aber sehr wohl zum Thema gehört. Wie Sie wissen, wird in Deutschland der Nationalfeiertag nicht in Berlin, sondern jeweils in den Hauptstädten der Länder gefeiert, und es ist seit einigen Jahren Tradition, dass der Hauptredner dabei ein ausländischer Gast ist. Diesmal ist es der französische Staatspräsident Chirac, der zugleich die Präsidentschaft der Europäischen Union innehat. Wäre es für einen Franzosen vorstellbar, dass der französische Nationalfeiertag durch die Festrede eines ausländischen Repräsentanten gekrönt wird? Ich stelle nur mal die Frage.

Herr Hansen hat gesagt, die EU-Kommission sei in vieler Hinsicht bereits föderaler als manche meinen. Als Begründung führten Sie Gesetze an, die mit Mehrheit beschlossen wurden und die auch für diejenigen gelten, die dagegen gestimmt haben. Das hat aber mit Föderalismus gar nichts zu tun, sondern das ist das Grundprinzip demokratischer Entscheidungen. Und wenn Sie weiter sagen, wer an bestimmten Dingen nicht mitwirken wolle - wie etwa die Dänen jetzt beim Euro;- , der müsse sich darüber im Klaren sein, dass er damit auch auf eine Mitsprache verzichte. Auch das hat mit Föderalismus nichts zu tun, sondern betrifft die intergouvernementale Zusammenarbeit. Föderalismus ist ein vertikales Prinzip, während es bei vielen Reformen, über die wir bisher reden, um horizontale Strukturreformen geht.

Ich sehe eine große Aufgabe darin, dass wir uns über die vertikale Organisation der Europäischen Union einige Gedanken machen. Die Bundesländer sind der Auffassung, dass dort Änderungen notwendig sind, zum Beispiel was die so genannte Kompetenzkompetenz angeht, also die Definition

von Zuständigkeiten, die nicht von oben nach unten erfolgen darf, sondern wo klargestellt wird, wie dies zwischen den verschiedenen Ebenen geschehen soll.

Ich stimme Herrn Hansen ausdrücklich zu, dass wir darüber nachdenken müssen, welche Veränderungen notwendig sind, wenn die EU größer wird. Sie haben gesagt, wenn die Zahl der Mitgliedsstaaten in der EU zunimmt, muss sie an Aufgaben abnehmen. Das ist völlig richtig. Diese Feststellung indes - und das wird von vielen, die in der Europapolitik tätig sind, offensichtlich unterschätzt - hat entschieden etwas mit der Abgabe von Macht zu tun, die bei den jetzt bestehenden EU-Institutionen liegt.

Bei der Frage der Kompetenzverteilungen dürfen wir es uns nicht so leicht machen, einerseits die Kompetenzfülle bei der EU-Kommission zu beklagen und sie zugleich für Entscheidungen zu kritisieren, die man selber nicht die Kraft hätte zu treffen. Das hat etwas mit Macht und auch mit Akzeptanz zu tun, betrifft nicht zuletzt die Wirksamkeit und schafft Umgehungstatbestände.

Wenn etwa die deutsche Innenpolitik sich in vielen Fragen mit dem Wettbewerbskommissar auseinandersetzt und sich etwa vehement für die Erhaltung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen einsetzt und zugleich zusammen mit der Energiekommissarin versucht, das Wettbewerbsrecht zugunsten der Steinkohle auszuhebeln, dann zeigt das: Wenn die obere Kompetenzebene ihre Koordinationsprobleme nicht in den Griff bekommt, funktionieren die Dinge auch unten nicht mehr. Jede Institution, die strukturell und formal zu kompliziert ist, löst zwingend Umgehungsstrategien aus, und das ist das Gegenteil von dem, was die Kommission oder die Europäische Union brauchen.

Vor allen Dingen ist die vertikale Betrachtung bei der bevorstehenden Erweiterung erforderlich, auch im Hinblick auf die Entflechtung von Aufgaben. Ein zentrales Problem der europäischen, insbesondere aber der deutschen Diskussion ist, dass Entscheidungen wegen der vielen Mitwirkungsrechte extrem lange dauern und intransparent sind. Darin sehe ich eine entscheidende Ursache für die Politikverdrossenheit der Bevölkerung. Es ist nicht mehr klar, wer für was verantwortlich ist - jeder ist nur für ein bisschen verantwortlich. Deshalb werden wir das europäische Engagement nur stärken, wenn deutlich wird, wer eigentlich wofür tatsächlich verantwortlich ist - im Guten wie im Schlechten.

Das setzt eine eingehende Debatte über vertikale Machtentflechtung von oben nach unten und von unten nach oben voraus. Die Frage ist indes, Herr Pflüger, inwieweit sich diese Dinge der Erweiterung unterordnen müssen. Das ist wahrscheinlich der Fall, darf aber nicht dazu führen, die vorgenannten Aufgaben zu unterschätzen. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass wir nicht nur in Deutschland zu Wahlergebnissen kommen, wie wir sie in Österreich beklagen. Zumindest in Deutschland ist der politische Sachverstand, was die Debatten über die Erweiterung angeht, nur gering, und es gibt zu viel "Political Correctness" im Hinblick auf die Erörterung der politischen Folgen der Erweiterung.

Das ist auch der Grund, Herr Reiter, warum Sie bei uns so wenige Gegner der Erweiterung finden. Denn ein Teil der politischen Klasse verweigert die Antwort auf Fragen, die die Bevölkerung nicht stellen darf. Das könnte ein großes Problem für uns werden. Wir müssen beispielsweise darüber reden, was es bedeutet, dass in Polen 25 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt sind, während das bei den jetzigen Mitgliedern der Europäischen Union im Schnitt nur drei bis fünf Prozent sind. Welche Konsequenzen hat das für die europäische Agrarpolitik? Wenn wir das nicht thematisieren, bekommen wir gewaltige Probleme nicht zum Zeitpunkt der Erweiterung, aber fünf Jahre danach.

Wir müssen beispielsweise in unserer Bevölkerung Verständnis dafür wecken, warum die Definition eines so genannten empfindlichen Gebietes für Abwasseranlagen den Freistaat Sachsen Mehrkosten von 500 Millionen D-Mark verursachen wird. Warum löst die Ostsee ein solches empfindliches Gebiet aus, nicht aber das Mittelmeer? Das müssen wir unseren Bürgern erklären können. Dass dies auch mit der deutschen Innenpolitik zu tun hat, weiß ich sehr wohl. Wenn das aber nicht angesprochen wird, bekommen wir ein paar Jahre nach der Erweiterung erhebliche innenpolitische Probleme. Das wäre ein Bärendienst, den wir uns damit erweisen würden.

Reiter

Sie sagen, Herr de Maizière, ein Viertel der polnischen Bevölkerung sei in der Landwirtschaft tätig. Ich selbst habe zwei Hektar Land im Masurischen Seengebiet, bin demnach auch ein Landwirt. Und so wie mich gibt es viele so genannte Landwirte in Polen. Ich kann Ihnen versichern: Wir werden der EU-Agrarpolitik keine Probleme bereiten. Ich spekuliere auch nicht darauf, Ausgleichszahlungen von der EU zu bekommen, weil ich mein Land nicht bewirtschafte.

Gasteyger

Sie sagten, Herr Reiter, dass wir in Europa stolz darauf sein können, was an Zusammenarbeit und Zusammenschluss erreicht wurde - und dies zumal im Vergleich zu dem, was derzeit in Asien vor sich geht. Das ist sicher richtig für die Zeit nach 1945. Davor bestand doch aber kein Anlass zu solchem Stolz. Diese furchtbaren Erfahrungen waren es, die uns zur Einsicht geführt haben, dass die Einigung Europas der einzige Weg ist, diesen Kontinent zu befrieden.

Ich erinnere mich noch sehr gut an die berühmte Rede, die Churchill 1946 in Zürich gehalten hat. Sie gab dem Prozess der europäischen Einigung, so schwierig und mitunter unbefriedigend er denn auch werden sollte, einen entscheidenden Anstoß. Eines der damit anvisierten Hauptziele war die Vermeidung von Kriegen unter Partnern. Das gilt zumal für Europa. Hier ging es zunächst um die Einbindung Deutschlands. Das wurde nochmals sehr deutlich, bei der deutschen Wiedervereinigung 1989/90. Damals - dies geht aus den einschlägigen Akten und Memoiren hervor - haben sowohl Frau Thatcher wie Herr Mitterrand, wenn auch unterschiedlich motiviert, der deutschen Einigung nur zustimmen können und wollen, weil sie wussten, dass Deutschland in die Europäische Union und die NATO eingebettet war. Insofern hat die europäische Integration sicher entscheidend dazu beigetragen, ein ganz wesentliches Ziel zur Befriedung des Kontinents zu erreichen. Ein zweites Hauptziel war die Abwehr eines potenziellen Feindes. Im Kalten Krieg war dies bekanntlich die Sowjetunion.

Diese beiden Ziele brauchen glücklicherweise für den weiteren Einigungsprozess in Europa keine Impulse mehr zu geben - anders als nach 1945 und auch noch 1956. Was könnte stattdessen der Antriebsmotor für die weitere europäische Integration sein? Wie steht es um die Finalität der Europäischen Union als internationaler Akteur gerade auch im Hinblick auf die globalen Herausforderungen? Gibt es, mit anderen Worten, eine Antriebskraft für die Union, die sie zum "Global Player" befähigt? Wenn Herr Hänsch und andere in der EU einen Garanten für die Stabilität in Europa sehen, dann ist dies eine ganz andere Zielsetzung als die beiden von mir vorher erwähnten. Solche Ziele, gerade im Hinblick auf Kosten und Konsequenzen der Erweiterung, zwingen zu einer anderen Prioritätensetzung als der bisherigen.

Wenn also die Europäische Union primär ein Stabilitätsfaktor in Europa sein soll, dann stellt sich in der Tat die Frage nach den Grenzen dieser Union. Wo und mit welchem Land muss die Erweiterung aufhören? Das ist die Gretchenfrage, die ich Herrn Hänsch stellen möchte.

Valérie Giscard d'Estaing hat kürzlich in einem Vortrag in Zürich gesagt, er sehe drei Kategorien oder Ländergruppen im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses. Erstens den eigentlichen Kern, den man mit dem Ausdruck des "Europe rhénan", das rheinische Europa mit Deutschland, Frankreich, den Benelux-Ländern (und wohl auch einmal der Schweiz) umschreiben kann; die zweite Gruppe bestehe aus Großbritannien und den skandinavischen Ländern. Drittens schließlich käme Russland, mit dem Europa neue und engere Beziehungen knüpfen solle. Ich habe mir daraufhin die Frage erlaubt, wie es denn mit der großen Zone von den baltischen Ländern bis hin zur Türkei stehen soll. Der ehemalige Präsident Frankreichs antwortete darauf in grandseigneuraler Art, das müsste man dann eben sehen. Damit hat er es sich wohl etwas zu einfach gemacht.

Wenn die Stabilitätsfunktion der Europäischen Union so sehr im Vordergrund steht, dann muss man sich fragen, ob hierbei der Föderalismus noch eine zentrale Rolle spielen kann.

Als Grundmuster für einen Bundesstaat behält er bestimmt seine Bedeutung. Bei einer auf 25 oder 30 sehr unterschiedliche Staaten erweiterten Union werden aber sehr wahrscheinlich andere und lockerere Strukturen besser geeignet sein.

Schweppe

Ich vertrete hier das Auswärtige Amt, das längst nicht mehr nur ein deutsches Außenministerium, sondern so etwas wie ein Europaministerium geworden ist. Manche haben das allerdings noch nicht bemerkt.

Ich beginne mit einer These, die relativ einsichtig sein dürfte: Keines der jetzigen fünfzehn EU-Mitglieder wäre in vielen Bereichen heute noch in der Lage, seine Interessen allein optimal zu verfolgen, sondern tut dies weit besser innerhalb der Europäischen Union. Zweite These: In den Bereichen, in denen wir bereits föderative Elemente in der EU, also einen hohen Integrationsgrad erreicht haben, können wir unsere Interessen besonders gut gemeinsam vertreten und mit den Global Playern auf der Weltbühne am ehesten mithalten. Ich erwähne zum Beispiel den Bereich der Außenwirtschaft, wo Europa im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) seine Interessen viel besser durchsetzen kann als jedes einzelne Mitglied der EU, als selbst so ein großes Land wie Deutschland als drittgrößtes Handelsland der Welt es könnte.

Dann das Beispiel Euro. Sicher, der Euro ist gegenwärtig schwach. Was wäre aber, wenn wir den Euro nicht hätten? Dann würden die Wirtschaften der elf oder zwölf Mitgliedsländer erhebliche Wachstumseinbußen erfahren. Ich will hier nicht den Propheten spielen, aber wir haben gesehen, dass in Dänemark einen Tag nach dem Referendum sofort die Zinsen erhöht worden sind. Warum wohl? Das heißt, der Preis für ein Land, das außen vor bleibt, ist erheblich.

Auf der anderen Seite gibt es Bereiche mit einem nur geringen Integrationsstand, und dort sind die Erfolge der EU eher bescheiden. Während also die Außenwirtschaft einen hohen Verdichtungsgrad aufweist, ist dieser in der Außenpolitik sehr viel niedriger, was sich beispielsweise in unserer Politik gegenüber Jugoslawien negativ ausgewirkt hat. Auf dem Balkan trägt die Europäische Union zwar den Löwenanteil der Kosten, hat aber bislang nicht entsprechend mitzubestimmen. Ich hoffe, dass sich das ändern wird.

Wenn sich die politische Lage in Jugoslawien verändert, könnte sehr schnell unsere massive Unterstützung einer neuen Regierung gefordert sein, um den Wiederaufbau Jugoslawiens in die Wege zu leiten. Und wer wäre dafür besser geeignet als die Europäische Union, die über geeignete wirtschaftliche Instrumente verfügt wie niemand anders sonst. Was uns fehlt, sind die politischen Instrumente.

Das Gleiche gilt im Übrigen für den Euro, wo wir uns zurzeit darüber streiten, wer diese Währung nach außen vertritt.

Ein weiteres Feld, auf dem wir noch relativ hilflos reagieren, ist die Einwanderungs- und Asylproblematik, die Herr Hänsch erwähnt hat. Auch da müssen die Gemeinsamkeiten in der Europäischen Union gestärkt werden.

Wie verhält es sich mit der unbestritten wichtigen Aufgabe der Erweiterung? Im Dezember dieses Jahres findet die Regierungskonferenz in Nizza statt. Die Formel von Herrn Mansch beschreibt sehr gut, was wir in Nizza zu erwarten haben: Selbst das Maximum des dort Erreichbaren ist weniger als das Minimum des Notwendigen. Das ist völlig richtig.

Was bedeutet das für die Erweiterung? Um es mit einem Bild zu sagen: Stellen Sie sich vor, dass wir einen Tunnel durch den Montblanc bohren wollen.

Gasteyger

Den es ja schon gibt.

Schwepe

Allerdings mit Sicherheitsproblemen, wie Sie wissen.

Im 19. Jahrhundert hätte man an einer Stelle begonnen, um dann Jahre später an einer anderen Stelle herauszukommen. Auf unsere Situation in Europa übertragen, hieße das: Wie müssten zunächst die institutionellen Fragen lösen, um Europa stark zu machen, und erst dann würden wir an die Erweiterung herangehen. Diese Zeit haben wir aber nicht, sondern müssen gewissermaßen gleichzeitig von beiden Seiten zu bohren anfangen. Das setzt aber eine bessere Technologie voraus, denn sonst besteht die Gefahr, dass wir nicht in der Mitte des Berges zusammenkommen. Genau das ist das Problem, das wir zu lösen haben.

Dazu benötigen wir zwei Voraussetzungen. Zum einen muss in Nizza der weitere Fahrplan für die nächsten Jahre verabschiedet werden, damit erkennbar wird, wie wir institutionell weiterkommen. Unsere französischen Freunde wollen im Augenblick nicht gern über konkrete Daten sprechen, wofür ich ein gewisses Verständnis habe. Aber als kluge Verhandlungspartner wissen sie, dass nach einer erfolgreichen Pflicht - das ist die Regierungskonferenz - eine erfolgreiche Kür folgen muss, und das ist der weitere Fahrplan. Darüber redet man im Vorfeld nicht; aber ich bin sicher, dass man in Nizza selbst einen Fahrplan aus der Tasche ziehen wird. Das wird sich die französische Präsidentschaft nicht nehmen lassen.

Die Frage aller Fragen auf dieser Regierungskonferenz wird das Thema Verstärkte Zusammenarbeit sein, über die in letzter Zeit viel gesprochen wurde. Das ist, wie Sie wissen, ein wichtiges Anliegen auch der Bundesregierung. Auch in dieser Frage müssen wir auf der Konferenz weiterkommen. Das heißt, die Klauseln im Amsterdamer Vertrag sollen verbessert werden. Nur das Veto abzuschaffen, reicht nicht. Die bisherigen Klauseln sind nur für punktuelle Fragen geeignet, mit dem denkbar unerwünschten Ergebnis, dass eine engere Zusammenarbeit in Europa auf den verschiedensten Gebieten stattfindet, eine Art Patchwork, ein Flickenteppich, wenn Sie so wollen. Das erinnert an das Europa von 1648.

Wir wollen zwar keinen europäischen Zentralstaat, aber ein starkes Europa, das als Global Player auch in anderen Bereichen auftreten kann. Wir sind der Auffassung, dass eine Verstärkte Zusammenarbeit sich innerhalb der bestehenden Verträge abspielen sollte unter Mitwirkung des Europäischen Parlaments und der Kommission. Wichtig ist, die Verstärkte Zusammenarbeit offen zu gestalten, damit andere Kandidaten, die vielleicht am Anfang nicht mitarbeiten können, später, wenn sie es denn wollen und können, sich anschließen können.

Möglicherweise sind einige der Beitrittskandidaten noch nicht bereit, in bestimmten Bereichen ihre Souveränität aufzugeben. Das müssen wir respektieren. Aber wenn ein Land wie Polen bereit ist, weiterzugehen - wenn es dies denn kann - würden wir das natürlich begrüßen. Das heißt, die Klauseln müssen der neuen Situation ein Stück weit angepasst werden - so wie wir von beiden Seiten des Berges zu bohren beginnen, um schneller voranzukommen und doch ein vertretbares Ergebnis zu erreichen.

Um noch kurz auf die Rede von Außenminister Fischer einzugehen: In vierzehn Tagen findet der europäische Gipfel in Biarritz statt. Es ist bekannt, dass eine Reihe von Staaten gegen die Verstärkte Zusammenarbeit Widerstand angekündigt haben. Nun, es gibt ja auch die Möglichkeit, Verstärkte Zusammenarbeit außerhalb des Vertrages zu machen. Nehmen Sie einmal an - ich weiß, das ist rein hypothetisch;-, Deutschland und Frankreich würden beschließen zu fusionieren. Ich denke, keine Macht der Welt könnte uns daran hindern. Natürlich ist so etwas politisch völlig unrealistisch.

Durchaus realistisch ist aber, dass eine Reihe von Staaten übereinkommen - nicht nur Deutschland und Frankreich;-, auf bestimmten Bereichen Teilfusionen einzugehen. Damit würde man zugleich die Frage der Kompetenzverteilung aufwerfen. Herr Mansch hat zu Recht daraufhingewiesen, dass Verstärkte Zusammenarbeit, die sich innerhalb der Verträge auf bestimmten Bereichen abspielt, keine neuen Institutionen erfordert, während Verstärkte Zusammenarbeit außerhalb auch eigene Institutionen verlangt. Dafür wäre dann nicht das Europäische Parlament zuständig, sondern man bräuchte eine Art Föderationsparlament nur der betreffenden Staaten. Und auch die Kommission würde dann keine Rolle spielen, sondern man bräuchte eine gemeinsame Regierung mit entsprechenden Kompetenzen.

Ich betone ausdrücklich, dass Deutschland das nicht beabsichtigt. Aber wenn sich am Ende des Jahres erweisen sollte, dass wir mit einer Verstärkten Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union nicht weiterkommen, müssen wir über andere Formen nachdenken. Vorstellbar sind ja auch Mischformen.

Mit anderen Worten: Wir werden nach Nizza vor der entscheidenden Frage stehen, wie wir in dieser Hinsicht vorankommen wollen. Was wir wollen, ist Verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union, die gleichzeitig zu engeren Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten führt, mit dem Ergebnis, dass man vielleicht auch mit den anderen Mitgliedsstaaten in der EU stärker zusammenarbeiten kann. Wenn sie beispielsweise Deutschland mit Frankreich und, sagen wir, Italien auf bestimmte Positionen festlegen, dann ist denkbar, die Stimmengewichte zu vereinigen und als Block einzusetzen. Das ist sicher eine Vorgehensweise, die kleinere Staaten nicht lieben. Worum es mir indes geht, ist, dass es eine Reihe von Mitteln und Instrumenten gibt, um den Montblanc ziemlich schnell zu durchbohren - rascher vielleicht, als sich manche Leute heute vorstellen können.

Zieburá

Was mich an der Debatte über eine europäische Verfassung oder über die Finalität Europas irritiert, ist der Umstand, dass sie weitgehend auf Institutionen fixiert ist. Das zeigt sich auch in diesem Gespräch. Dabei wird die Frage nach der Funktion von Institutionen unterschlagen. Sollen sie die gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben, oder gibt sich eine Gesellschaft die Institutionen, die sie braucht, um ihre Probleme zu lösen?

Geschichtlich gesehen waren Organisationsformen nie Reißbrett Konstruktionen oder Blaupausen, die sich bestimmte Akteure oft in bester Absicht ausdachten, um sie möglicherweise sogar von oben zu dekretieren. Ich erinnere an die Verfassungsentwürfe, die die Geschichte der europäischen Einigung begleitet haben oder an das Buch des Kommissionspräsidenten Walter Hallstein von 1969: "Der unvollendete Bundesstaat. Europäische Erfahrungen und Erkenntnisse." Diese und ähnliche Gedankengebäude blieben auf dem Papier, gerieten schnell in Vergessenheit, weil sie die gesellschaftlichen und politischen Realitäten, ja die konkreten Herrschaftsverhältnisse ignorierten. Dieser Gefahr sind auch Fischer und Chirac in ihren Reden erlegen. Auf die wirklich drängenden Probleme sind beide nicht eingegangen. Das betrifft nicht nur die Erweiterung.

Insofern sind die Ergebnisse der Regierungskonferenz in Nizza zweitrangig angesichts von Herausforderungen, die beispielsweise die Rolle Europas im Prozess der Globalisierung betreffen. Hier helfen Institutionen primär nicht weiter. Sie können Entwicklungen nur stützen, an deren Ende so etwas wie ein europäisches Gesellschaftsmodell steht, das seinen sicherlich schwierigen Weg zwischen Anpassungen und der notwendigen Eigenständigkeit sucht. Und dabei sind in erster Linie die zivilgesellschaftlichen Akteure gefordert, was übrigens auch die demokratische Legitimität von Institutionen verstärken würde.

Nehmen wir das Beispiel Verstärkte Zusammenarbeit oder das Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, wie es 1994 in dem Papier von Schäuble und Lamers hieß. Ich habe schon damals diesen Ansatz heftig kritisiert. Mein Argument war und ist: Wenn sich in Europa innerhalb der Institutionen eine Pioniergruppe, wie Delors sie nennt, bildet, wird sie, die aus den ökonomisch entwickeltesten Ländern besteht, versuchen, sich der Globalisierung möglichst rasch und umfassend anzupassen. Damit wird aber der Abstand zu denen, die nicht mitkommen, immer größer. Das betrifft sowohl die Erweiterung als auch das Nord-Süd-Gefälle in der Europäischen Union. Wie können wir also verhindern, dass sich diese Kluft durch eine solche europäische Politik gerade angesichts weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Herausforderungen erweitert?

Auch Stabilität wird nur im institutionellen Zusammenhang gesehen nach dem Motto: Wenn Polen und andere Länder in die NATO oder in die Europäische Union aufgenommen werden, bedeutet das von vornherein höhere Stabilität. Ich sage dagegen: Stabilität erreicht man nur, wenn man die gesellschaftlichen Probleme löst, die damit verbunden sind. Ich denke zum Beispiel an die polnische Landwirtschaft. Und da widerspreche ich Ihnen, Herr Reiter: Die polnische Agrarwirtschaft weist heute eine Produktivität auf, die erheblich niedriger ist als im Westen. Wie können wir mit diesen unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungsniveaus fertig werden? Das ist keine Frage der Institutionen. Können wir beispielsweise so etwas wie eine intraeuropäische Arbeitsteilung schaffen, bei der sich beteiligte Länder auf unterschiedliche Produkte konzentrieren? Darüber wird noch nicht einmal im Ansatz verhandelt.

Die Effizienz von Institutionen ist nicht eine Frage der Organisation, sondern der Fähigkeit, mit solchen Problemen fertig zu werden, was ich stark bezweifle. Diesen globalen gesellschaftlichen Zusammenhang sollten wir nicht übersehen, statt auf Reißbrettkonstruktionen abzuheben, die mit Sicherheit, wie in der Vergangenheit, scheitern werden.

Kühnhardt

Ich habe ein wenig in dem Protokoll des Bergedorfer Gesprächskreises gelesen, der 1995 in Oxford über die Verfassung Europas stattgefunden hat. Damals sprach Timothy Garton Ash von der "Notwendigkeit, die Zustimmung der Bürger für das, was unsere politischen Führer tun, wiederzugewinnen". Diese Überlegung ist heute so relevant wie damals. Vielleicht ist sie noch dringlicher geworden, nachdem in den wichtigsten europäischen Ländern zwischen 1995 und 2000 die politischen Führungen gewechselt haben.

Das Gelingen des europäischen Projektes bedingt zugleich politische Führung und die Zustimmung der Bevölkerungen. Und wir sollten uns darüber in Klaren sein, dass Verfassungsbildung und Osterweiterung sich ebenfalls bedingen. Ich stimme Friedbert Pflüger zu, dass wir anstelle einer weiteren Regierungskonferenz nach Nizza besser mit einem Konvent weitermachen sollten nach dem Muster dessen, der gerade die Grundrechtscharta entwickelt hat. Bei einem solchen Konvent müssten dann auch die Kandidatenländer Gehör finden. Timothy Garton Ash hat auf dem vorzitierten Bergedorfer Gesprächskreis auch gesagt, man könne ja am Ende eines solchen Prozesses die Bürger fragen, was sie sich von Europa wünschen, und sie auch in irgendeiner Form an der Verfassungsgebung teilhaben lassen. Warum kann nicht am Ende ein gemeinsames europäisches Referendum zu einer europäischen Verfassung stehen, an dem auch die heutigen Beitrittsländer beteiligt wären?

Ich verspüre immer eine gewisse Zurückhaltung, wenn es um den Begriff der Finalität bei einem politischen Projekt wie der EU geht. Im ersten Korintherbrief können wir bei Paulus nachlesen, dass die Vollendung des Heils erst nach der Auferstehung stattfindet. Was wir aber dennoch hier auf Erden brauchen, sind Leitbilder, Klarheit über die Motive und auch über die Begründung dessen, was wir erreichen wollen.

Friedbert Pflüger sagt, die Osterweiterung sei die Vollendung der Ursprungsidee der europäischen Einigung, gewissermaßen die Versöhnung dieses Kontinents mit sich selbst. Die erste Phase dieses Einigungsprozesses hat ihren Abschluss nicht einfach mit dem Ende des Kalten Krieges gefunden. Was jetzt im Entstehen begriffen ist, ist eine neue Union, die sich aus der alten weiterentwickelt. Der

"Methode Monnet" hatte von Anfang an eine Vision zugrunde gelegen, die sich von einem Kern aus entwickelte, aber immer offen für eine Weiterentwicklung war. Jetzt befinden wir uns in der zweiten Phase, in der es vornehmlich um Instrumente und Prozeduren geht - vom Euro bis zu Schengen, vom Mehrheitsprinzip bis hin zu Fragen, die die Regularien der Kommission betreffen.

Wenn wir jetzt über das künftige politische Gesicht Europas sprechen, müssen wir sozusagen den Gesamtkörper im Blick behalten. Dazu gehören dann auch Herz und Hirn, also das, was Frau Goulard über Bildung und Kultur gesagt hat. Es geht darum, dass unsere Kinder in der nächsten Generation ihre Wurzeln in einem gemeinsamen Kontinent Europa finden. Dort liegen im Zeitalter von Globalisierung und Internet ihre Wurzeln und der Grund ihrer Weltfähigkeit.

Das eigentliche Ziel für die Zukunft ist zweifellos die Weltfähigkeit der Europäischen Union, wie es bei Herrn Ziebur anklang: Europa als Partner, fähig zum Dialog mit der übrigen Welt und in der Lage, sich den großen Herausforderungen zu stellen. Ob man das dann "Weltmacht Europa" nennt oder nicht, ist relativ zweitrangig. In jedem Fall erfordert diese Perspektive gewisse instrumentelle Überlegungen, und wir müssen uns auch fragen, ob nicht manche der aktuellen Diskussionen eher Nebenkriegsschauplätze sind und künstliche Widersprüche erzeugen.

Wenn zum Beispiel gefragt wird, ob Europa nur ein Projekt der Eliten oder auch der Bürger ist, dann erscheint mir das als ein reichlich abstrakter Gegensatz. Wichtiger wäre, dass die Verantwortlichkeiten zwischen den verschiedenen Instanzen der EU klar zugeordnet werden.

Die Zuständigkeiten der Institutionen in Europa müssen besser geordnet werden. Beispiel Verkehr. In der Kommission ist die Materie "Verkehr" mit "Energie" verbunden; im Europäischen Rat mit "Telekommunikation"; im Europäischen Parlament mit "Tourismus und Regionalpolitik" und im deutschen Bundesministerium mit dem Thema "Bau". Wie sollen die Bürger, aber auch die Akteure selbst, da noch Verantwortlichkeiten zuordnen können?

Eine zweite künstliche, zumindest übertriebene Debatte geht um die Frage, ob die Methode Monnet nicht veraltet sei und jetzt eine Avantgarde her müsse. Die Methode Monnet war von Anfang an auf einer Vision gegründet und der Einigungsprozess wurde immer, sowohl was die beteiligten Länder als auch was die Inhalte angeht, durch Einzelne vorangetrieben - bis die anderen dann hinterherkamen.

Was mich viel besorgter macht, ist die Bedeutungsverschiebung beim Begriff der Flexibilität. Im Maastrichter Vertrag hieß es, Flexibilität solle ermöglichen, dass einige vorangehen und andere folgen. Inzwischen meint Flexibilität offenbar - und zwar überall in der EU: Jeder kann sich die Rosinen aus dem Kuchen herauspicken, die er gerne hätte. Das ist eine völlige Verkehrung der Intentionen des Maastrichter Vertrages.

Die Frage in diesem Zusammenhang ist: Ist es wichtiger, das Mehrheitsprinzip oder das Flexibilitätsprinzip auszuweiten? Die Antwort hängt natürlich eng mit den jeweiligen Leitbildern zusammen. Wenn man quasi ein parlamentarisches Regierungssystem in Europa will - das Europaparlament zusammen mit dem Ministerrat als Legislative und die Kommission als Exekutive;- , dann muss man vordringlich das Mehrheitsprinzip ausweiten und dem Parlament in allen entsprechenden Materien ein Mitentscheidungsrecht einräumen. Wenn man glaubt, der Zug gehe ohnehin in die intergouvernementale Richtung was ich für höchst problematisch halte, weil das zu einer Aushöhlung der Kommission führen würde;- , dann wird man stärker auf die Flexibilitätsformel achten. Die jeweils unterschiedlichen, dahinter stehenden Leitbilder werden unzureichend diskutiert und leider nur zu selten vermittelt.

Schließlich zum Stichwort "Öffentlichkeit", von der ich meine, dass sie in Europa viel weiter ist, als immer gesagt wird. Sicher, wir haben bisher keine Union der Bürger, aber die Union kommt immer näher an die Bürger heran. Das nehmen die Menschen in allen Ländern bei den unterschiedlichsten Themen und Problemen durchaus wahr. Was indes fehlt - und das halte ich für wichtig, wenn wir dem ganzen Integrationsprojekt mehr Anerkennung verschaffen wollen;- , ist eine stärkere Politisierung der Diskussion. Dafür sind die Parteien zuständig, die die Konsenskultur, die sich in Europa eingespielt hat, ein wenig aufbrechen müssen. Hinzukommen müsste eine länderübergreifende Debatte in den Medien, aber auch in der Wissenschaft.

So diskutieren wir beispielsweise die Fischer-Rede fast ausschließlich unter deutschen Gesichtspunkten, auch im Parteienstreit, während in Frankreich die Rede von Präsident Chirac fast nur mit Bezug auf französische Meinungen behandelt wird. Warum gelingt es nicht, darüber in einem erweiterten Rahmen zu reden? Denn die Fragen, die beide Politiker aufgeworfen haben, sind europäische Fragen, die uns alle angehen. Bei Themen wie der Kriminalitätsbekämpfung oder auch der Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik - zumindest seit Kosovo - ist die Einsicht europäischer Gemeinsamkeiten durchaus entwickelt, weil diese Fragen in der Öffentlichkeit

sachbezogen diskutiert werden. Dagegen wird die Debatte über die Osterweiterung meist viel zu pauschal, oft auch polemisch und unsachgemäß diskutiert.

In Deutschland fürchten sich viele Menschen weniger vor der Freizügigkeit an sich, sondern es ist die Verknüpfung der Freizügigkeit mit allen möglichen Ansprüchen von Wanderarbeitern an den deutschen Sozialstaat, die die Leute aufbringt. Genau dazu müsste sich die deutsche Regierung deutlicher äußern und beispielsweise in den EU-Verhandlungen mit Polen für Übergangsregelungen plädieren, um die Sozialansprüche von Wanderarbeitern zu begrenzen. Eine solche Detailarbeit würde die ganze Diskussion versachlichen.

Wir reden insgesamt viel zu sehr von den Kosten der Erweiterung und viel zu wenig über den Nutzen, den die Erweiterung für uns alle darstellt. Die öffentliche Diskussion wird viel zu defensiv und zu ängstlich geführt und gleitet dann rasch ab in Polemik und Populismus.

Bolesch

Herr Pflüger meinte, wir dürfen die große Vision der Vollendung Europas nicht aus dem Blick verlieren und Nizza sei im Grunde schon abgehakt. Mein Eindruck ist jedoch, auch in dieser Diskussion, dass es noch genug Konfliktpotenzial gibt. Ein Hauptproblem ist die Verstärkte Zusammenarbeit.

Herr Hänsch sagt: Verstärkte Zusammenarbeit nur in Ausnahmefällen; würde man das zu forciert betreiben, könnte dies zu einer Sprengung der Union führen, zur Trennung in Staaten erster und zweiter Klasse. Herr Schweppe dagegen scheint das ganz anders zu sehen, offenbar gibt es bereits eine Strategie im deutschen Außenministerium, wie man in Nizza vorgehen und was man forcieren will.

Ich sehe auf der einen Seite durchaus die Gefahr, wenn eine Gruppe von Staaten vorangeht, dass dann die anderen zurückfallen. Auf der anderen Seite kann ich nicht einsehen, dass Staaten, die auf bestimmten Gebieten schon ein höheres Niveau erreicht haben, zum Beispiel in der Umweltgesetzgebung, innehalten sollten, um auf die anderen, die noch nicht so weit sind, zu warten. Gerade die Kandidatenländer dürften in mancher Hinsicht aus verständlichen Gründen - noch nicht so weit sein. Ich wäre dagegen, bestimmte Entwicklungen zu verlangsamen, damit sozusagen der Letzte nachkommen kann und wir uns auf den kleinsten gemeinsamen Nenner verständigen müssten. Mich würde interessieren, wie das Thema Verstärkte Zusammenarbeit in Polen diskutiert wird - überwiegen da die Befürchtungen?

von Mangoldt

Was mich vornehmlich bewegt, ist die Frage: Was ist eigentlich dieses Europa? Herr Hänsch hat sie partiell beantwortet, ohne seine Gründe voll einsehbar zu machen. Es war von allem Anfang an, seit 1945, eine Entwicklung mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten, und der Europarat steht im Grunde für ein anderes Europa als das Europa der EU, über dessen Erweiterung wir hier diskutieren. Herr Hänsch rechnet offensichtlich die Türkei nicht zu diesem Europa, und auch nicht zu dieser europäischen Wertegemeinschaft.

Deshalb frage ich nach Kriterien für den Europa-Begriff. Ist Europa vornehmlich ein geografischer Raum, oder gehören dazu alle Staaten, die sich zu einer Wertegemeinschaft bekennen? Wenn dies der Fall sein sollte, dann müssten eigentlich sämtliche Mitglieder des Europarats für die EU beitragsfähig sein, die alle die Europäische Menschenrechtskonvention unterschrieben haben, und ich gehe einmal davon aus, dass die Aufnahme in den Europarat nicht nach dem Prinzip Hoffnung erfolgt, dass sich alle schon an die Konvention halten werden.

Diese Überlegung wird vielleicht weniger für die jetzt anstehende Erweiterung wichtig sein als vielmehr in Bezug auf Folgeerweiterungen, die erhebliche Konsequenzen für das institutionelle Gesicht der EU haben könnten. Im Grunde gilt immer noch die Maxime: one state, one vote in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit der EU; für die intergouvernementalen Aktivitäten ebenso wie im Hinblick auf die supranationalen Entscheidungen. Bestimmte Staaten haben sogar mehr als einen Vertreter in der Kommission, und jeder einen Richter im Europäischen Gerichtshof. Wächst die Zahl der Mitgliedsländer deutlich über zwanzig, wäre eine Kommission, die großen Staaten mehrere Kommissare lässt, praktisch nicht mehr handlungsfähig. Gleiches gilt für den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. Denn die dortige Rechtsprechung gleicht in vielen Fällen mehr dem Finden eines allen Mitgliedern gerade noch zumutbaren Kompromisses als der Rechtsfindung in Auslegung der Verträge. Die Bindung an die Verträge würde bei steigender Mitgliederzahl des Gerichtshofes angesichts dieser "kompromissarischen Neigungen" noch weiter in Frage gestellt, sie würden den Grundsatz der Rechtsprechung und damit auch die Geltung der Verträge noch mehr gefährden, die

Grundlage der Europäischen Union sind. Das heißt, in beiden Fällen kommt die Erweiterung an Strukturgrenzen.

Aus meiner Sicht - das zeigt auch unsere Diskussion deutlich - basiert die Europäische Union nach wie vor auf der Zusammenarbeit zwischen Staaten, teils als supranationaler, teils intergouvernementaler Zusammenarbeit. Das lässt sich recht gut instrumentalisieren. So wurden etwa die Formen der Zusammenarbeit in der WTO erwähnt - was freilich bestimmte Bananenpolitiken nicht verhindert hat. Eine Ausdünnung des Supranationalen, etwa im gesamten Marktbereich einschließlich der Währungsunion, sehe ich im Zusammenhang mit der Erweiterung nicht grundsätzlich.

Herr von Thadden hat gefragt, wie viel Nationalstaat wir uns noch zumuten können speziell den Deutschen. Mich verwundert diese Frage ein wenig. Denn der deutsche Nationalstaat nach der Vereinigung 1990 war den übrigen Europäern und auch der Welt offenbar zumutbar, weil er in die supranationalen und internationalen Organisationen von der NATO bis hin zur WEU - disziplinierend eingebunden ist.

Seitens der Europäischen Union stellt sich nicht die Frage, wie viel an Nationalstaat noch zumutbar ist, sondern wie viel an aufgeklärter Souveränität dem Nationalstaat bleibt: Inwieweit kann er eigene Rechte noch wahrnehmen, wenn er bei Mehrheitsentscheidungen überstimmt werden kann und damit diese Rechte an andere Organe und Organisationen überträgt? Das scheint mir das zentrale Problem zu sein.

In dieser Debatte stört mich der Begriff Föderalismus genauso wie der Verfassungsbegriff. Diejenigen, die den Verfassungsbegriff so hochhalten, verfolgen offenbar das Ziel, in die EU doch irgendeine Form von Staatlichkeit hineinzudefinieren. Sie übersehen dabei, dass eine Reihe von Nebenorganisationen der Vereinten Nationen, von der Internationalen Arbeitsorganisation bis hin zu der neuen UNIDO, den Begriff "Constitution of im Titel führen. Der Verfassungsbegriff wird also als rechtliche Grundlage auch für normale internationale Organisationen verwendet und keineswegs nur auf der staatlichen Ebene.

Wenn ein wesentlicher Bereich der Verfassung die Grundrechte sind, wie in der Debatte um die Ergebnisse des Konvents hervorgehoben wird, dann wäre nach diesem Verständnis auch die Europäische Menschenrechtskonvention eine Verfassung - die freilich nichts mit Staatlichkeit zu tun hat. Soll auf diese Weise versucht werden, Ergebnisse, die sonst nicht erreichbar wären, durch die Hintertür zumindest verbauter zu realisieren?

Das Gleiche scheint mir für den Föderalismusbegriff zu gelten - bei allen Gegensätzen, die dabei zwischen der französischen und der deutschen Sichtweise bestehen. Jedenfalls ist Föderalismus - das sieht offensichtlich auch der französische Petit Robert so - ein Begriff, der eine staatsrechtliche Verbindung von Staaten zum Gegenstand hat. Das heißt, sowohl die Zentrale als auch die Gliedkörperschaften sind Staaten. Den Föderalismusbegriff auf die Europäische Union übertragen insinuiert demgemäß, dass die Zentrale Staatsqualität bekommen könnte.

Wenn ich Sie recht verstanden habe, Herr Hänsch, meinen Sie aber, dass die Europäische Union diese Qualität nicht hat und auch nicht erreichen wird. Wenn dem so ist - und die deutsche Verfassungsrechtslage lässt anderes mit dem Artikel 23 Absatz 1 GG (Übertragung von Hoheitsrechten) gar nicht zu;- , dann brauchen wir den Föderalismusbegriff nicht, er vernebelt nur. Viel wichtiger wäre es zu überlegen, in welchen Bereichen wir das Supranationale und die damit verbundenen Institutionen stärken müssen und in welchen Bereichen eine klare Kompetenzabgrenzung vorgenommen werden muss. Dafür haben Sie plädiert - vertikal vor allem zugunsten der Länder; Gleiches gilt bei Bundesstaaten aber auch zugunsten der Zentrale.

Ich fürchte, dass das mit Begriffen wie "Wahrung der Identität" oder "Subsidiarität" nicht funktionieren wird. Es hat schon auf der deutschen Ebene lange verfassungsrechtliche Diskussionen um den Inhalt des Subsidiaritätsbegriffes gegeben, bei denen am Ende nichts herausgekommen ist. So wie die Verträge das System der begrenzten Einzelermächtigung zugunsten von Organen der Europäischen Gemeinschaften angelegt haben, führt beides zusammen zu einer Doppelkompetenz, nämlich einerseits der alten Kompetenz auf der staatlichen Ebene, andererseits einer solchen bei den Organen der Europäischen Gemeinschaften. Damit haben die Staaten nach wie vor die Kompetenz, den Gemeinsamen Markt und die Währungsunion durch einseitige Regelungen zu stören. Dies aber sollte dadurch eingeschränkt werden, dass man sich auf der zentralen Ebene der gleichen Fragen annimmt und sie regelt.

Die Trennschärfe jedenfalls, die es braucht, um zu der gewünschten Kompetenzabgrenzung zu kommen, ist bei der begrenzten Einzelermächtigung, wie sie in den Verträgen vorgesehen ist, mit Hilfe der Kriterien "Subsidiarität" und "Wahrung der Identität" nicht zu erreichen. Da scheint mir noch sehr

viel Diskussionsbedarf zu bestehen. Vielleicht ließe sich dieses Problem dadurch lösen, dass hinsichtlich der Kompetenzfrage in bestimmten Bereichen Einstimmigkeit erforderlich bleibt. Das würde aber die Gliedstaaten (oder Bundesstaaten) und auch die nationalen Parlamente nicht schützen.

von Thadden

Ich will nur zur Klarstellung sagen, Herr von Mangoldt, dass ich nicht für den Nationalstaat plädiere. Ich denke aber, dass für die Mehrheit insbesondere der jungen Generation die postnationale Gesellschaft, oder wie man das nennt, wichtiger ist als der Nationalstaat.

Brok

Ich sitze ständig am Verhandlungstisch der Regierungskonferenz für den Vertrag von Nizza, und durch den täglichen Pragmatismus, der dort gefordert ist, habe ich vielleicht ein wenig die Fähigkeit verloren, mir allzu viele Gedanken über den großen Wurf zu machen. Diese Konferenz konzentriert sich auf das, was für die Erweiterung notwendig ist - nicht was für die Union insgesamt notwendig ist.

Zieburga

Besteht da ein Unterschied?

Brok

Ja. Im Hinblick auf die Vertiefung steht vieles nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erweiterung und lässt sich auch nach der Konferenz regeln. Selbst die angeblich so technische Frage der qualifizierten Mehrheitsentscheidung hat tief greifende Wirkungen auf das Gesamtkonzept und für eine zukünftige Verfassung oder einen Verfassungsvertrag, wie immer man das nennt. Was auf der Regierungskonferenz diskutiert und gelöst werden muss, betrifft jedenfalls die Institutionen - Kommission, Ministerrat, Europäisches Parlament. Dabei geht es zum einen um die Balance der Institutionen untereinander und zum anderen auch um das Grundproblem jeder föderalen Struktur, nämlich das Verhältnis von großen und kleinen Staaten. Wir müssen auf dieser Konferenz erreichen, dass dieses Verhältnis grundsätzlich geklärt wird. Darum geht letztlich der eigentliche Streit.

Dieser Streit betrifft übrigens auch die Ebene des Intergouvernementalismus. Kleinere Länder haben Angst vor der verstärkten Zusammenarbeit, die in vielen Fällen zu verstärktem Intergouvernementalismus führen könnte, weil damit die Gemeinschaftsinstitutionen wie Parlament und Kommission ausgehebelt werden, die den kleinen Ländern Schutz gegen die großen bieten.

Der holländische Vertreter hat bei der letzten Verhandlung gesagt, die Niederlande seien sogar bereit, auf einen eigenen Kommissar zu verzichten, wenn sie die Gewähr hätten, dass die großen Länder tatsächlich vorhaben, die Kommission zu stärken. Aber eben das sehen sie nicht und bleiben deshalb misstrauisch.

Ich will ganz deutlich sagen: In einem föderalen System werden die Dinge nur funktionieren, wenn die kleinen Länder einen Ort haben, an dem sie ihre Identität verteidigen können. Und mein Eindruck ist nicht, dass die fünf großen Länder in den laufenden Verhandlungen bisher die notwendige Sensibilität dafür erkennen lassen. Das macht den Kern der Krise in den gegenwärtigen Verhandlungen aus.

In diesem Zusammenhang spielt auch die qualifizierte Mehrheitsentscheidung eine zentrale Rolle für die Erweiterungsfähigkeit. Wenn in Zukunft die Strukturfonds unter 27 Ländern aufgeteilt werden sollen und jedes Land weiterhin ein Vetorecht besäße, wird es nicht funktionieren. Das wäre das reinste Chaos. In solchen Fällen würde die Erhöhung der Mitgliederzahl unweigerlich zu einer Blockade führen, was im Übrigen nichts mit einem Misstrauen gegenüber den Beitrittskandidaten zu tun hat.

Auch die Beseitigung von Blockademöglichkeiten ist ein wichtiges Thema der Regierungskonferenz. Dafür sind Mehrheitsentscheidungen in der Regel unverzichtbar. Wenn indes Verstärkte Zusammenarbeit zu einem Alibi wird, weil man bei der qualifizierten Mehrheitsentscheidung nicht vorankommt, sehe ich in der Tat die Folge, dass Europa zu einem Patchwork degeneriert, wie Herr Schwegel sagte.

Ich denke etwa an bestimmte Bereiche der Rechts- und Innenpolitik, die in Amsterdam bereits vergemeinschaftet worden sind. Da erleben wir, dass in Deutschland die gleichen Leute eine faire Verteilung bei Asylbewerbern und Flüchtlingen in Europa fordern, die aus Gründen der Erhaltung

nationaler Souveränität auf dem Einstimmigkeitsprinzip bestehen. Offenbar sehen sie nicht, dass beides gleichzeitig nicht funktioniert.

Auch für Themen wie Freizügigkeit und Sozialpolitik frage ich mich, wie sich Freizügigkeit im Binnenmarkt realisieren lässt, ohne die sozialen Sicherungssysteme einzubeziehen. Bei den Steuern gibt es in einigen Bereichen bereits eine europäische Gesetzgebung das betrifft einige Verbrauchssteuern und vielleicht auch Themen wie die Doppelbesteuerung. Alles andere soll in nationaler Zuständigkeit verbleiben. Wie soll das aber mit 27 Ländern gehen, wenn wir in solchen Fragen nicht zu Mehrheitsentscheidungen kommen? Als Voraussetzung für die Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union müssen wir hier Lösungen finden.

Die anderen Themen, die Herr Mansch, Herr Schweppe und andere angesprochen haben, also die so genannte Verfassungsrunde mit einem klaren Zeitrahmen, die Kompetenzregelung, der Verfassungsvertrag und die Charta der Grundrechte, sollen in Nizza verbindlich beschlossen werden. Diese Fragen müssen unabhängig von der Erweiterung beraten werden und sollten, wie Präsident Chirac vorgeschlagen hat, in einer Art Konvent bis spätestens Ende 2005 gelaufen sein.

Mit Rücksicht auf die unterschiedliche Verfassungstradition würde ich in der Regierungskonferenz keinesfalls den Begriff Verfassungsvertrag oder Verfassung gebrauchen. Ich würde von einer Vereinfachung des Vertrages sprechen, was im Grunde auf dasselbe hinausläuft. Vereinfachung des Vertrages, größere Bürgernähe, erhöhte Transparenz - da kann jeder mitmachen. Das heißt, es geht nicht um eine neue Verfassung, sondern darum, den heutigen Vertrag in die Form einer Verfassung zu übersetzen, ohne an den Inhalten etwas zu ändern. Mit Ausnahme einer besseren Kompetenzabgrenzung, die die Bundesländer anmahnen und die auch ich für notwendig halte.

Auch hier geht in der deutschen Diskussion einiges durcheinander: Soll das in Nizza verabschiedet werden oder erst danach? Ist das eine Bedingung für die Erweiterung oder nicht? Dabei wissen wir nicht einmal in Deutschland, wie die Kompetenzregelung aussehen soll. Weder unter den politischen Parteien noch zwischen den verschiedenen Ebenen - national und regional - gibt es in Deutschland Einvernehmen. Mit welcher Berechtigung will man dann erklären, die Kompetenzabgrenzung sei eine Bedingung für Erweiterung? In der Hinsicht halte ich viele Diskussionsbeiträge bei uns für unseriös.

Nicht nur um die kleinen Länder zu schützen und ihr Vertrauen zu gewinnen, müssen wir die Institutionen weiter entwickeln, sondern auch um ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten. Wenn wir jetzt für die intergouvernementale Ebene neue Institutionen entwickeln, werden die Zuständigkeiten noch unüberschaubarer. Ich fordere daher, dass die Kommission in allen Bereichen ihre Rechte wahrnehmen können muss - natürlich mit entsprechender parlamentarischer Kontrolle.

Ein Beispiel für einen vertragswidrigen Zustand sehe ich bei der gegenwärtigen Wirtschafts- und Währungspolitik, die von einem Euro-11-, demnächst Euro-12-Club, gestaltet wird. Ein derartiges Szenario ist im Vertrag überhaupt nicht vorgesehen. Obwohl es dabei um eine Frage der ersten Säule geht, ist die Kommission nicht berechtigt, nach außen für die Gemeinschaft zu sprechen. Auch parlamentarische Kontrollen sind hier nicht gegeben.

Nun wird ab dem 1. Januar 2001 der Ecofin-Rat, der in dem Zusammenhang die Notariatsfunktion ausübt, von Schweden präsidiert, das dem Euro-Club gar nicht angehört - Schweden übernimmt zu dem Zeitpunkt die Ratspräsidentschaft. Das heißt, die Währungspolitik wird nach außen von einem Land artikuliert, das bei den währungspolitischen Entscheidungen nicht mitwirkt. Das ist angesichts der Nervosität der Finanzmärkte eine katastrophale Situation, die auch die Stabilität der Währung beeinträchtigt.

Deshalb könnte an dieser Stelle einmal die Verstärkte Zusammenarbeit probiert werden. Denn damit würden die Institutionen einschließlich der Kommission, die die Vertretung nach außen übernehmen würde, in ihre Rechte eingesetzt werden. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist ja Teil der ersten Säule; sie wird aber vertragswidrig als eine intergouvernementale Veranstaltung behandelt. Auf diese Weise würde man auch den kleinen Ländern signalisieren, dass nicht die großen, die dann die Außenvertretung in der G 8 wahrnehmen, für die Europäische Union sprechen, während anderenfalls die kleineren Büro-Mitglieder weder über die Institutionen noch sonstwie ein Mitspracherecht hätten.

Die Europäische Union unterscheidet sich von allen internationalen Organisationen darin, dass sie auf einer gemeinsamen Rechtsordnung aufbaut, die von gemeinsamen Institutionen beschlossen wurde und die unmittelbar wirkt. Wenn wir diese Grundlage aufbrechen, werden wir zu einer ganz normalen internationalen Assoziation mit einer Lebenszeit, wie sie alle diese Assoziationen gehabt haben, nämlich eine sehr kurze.

Was den Fahrplan nach Nizza angeht, sieht es so aus - wenn ich Herrn Pflüger und Herrn Hansen zuhöre;- , dass 2005 sämtliche zehn Beitrittskandidaten Mittel- und Osteuropas auf einmal aufgenommen werden. Das wäre dann gewissermaßen der "Big Bang", von dem gelegentlich die Rede ist. Nun meinte Herr Hänsch, wenn man die Verfassungsdebatte nach Nizza angeht, müssten die Beitrittskandidaten daran beteiligt werden.

Hänsch

Sie werden dabei sein.

Fischer

Ist das aber überhaupt machbar? Denn die zehn Beitrittskandidaten werden sehr unterschiedliche Interessen haben. Polen beispielsweise dürfte vornehmlich an der Agrarpolitik interessiert sein. Andere wiederum werden eher sicherheitspolitische Aspekte betonen.

Ich würde jedenfalls dringend davor warnen, die Verfassungsdebatte erst nach der großen Erweiterung anzugehen. Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass dann noch irgendein Konsens über Kompetenzverteilung, Grundverträge, Grundrechtsfragen möglich ist. Das sind Themen, die schon jetzt bei den fünfzehn Mitgliedsstaaten heiß debattiert werden. Ich plädiere also dafür, erst die Verfassungsdebatte zu führen und dann die Erweiterung vorzunehmen.

Pflüger

Das wäre dann 2008 als Zeitrahmen für die Erweiterung.

Fischer

So wie die deutsche Diskussion jetzt läuft, könnte die Anschlusskonferenz nach Nizza zu den Vertiefungsfragen 2004 stattfinden und dann 2005 die große Erweiterung kommen.

Pflüger

Ich bin entschieden dafür, beides parallel zu behandeln, sonst bedeutet das das Ende der Osterweiterung.

Fischer

Ich bezweifle lediglich die Machbarkeit, Herr Pflüger.

Dann zur Flexibilisierung der Integration oder zur Verstärkten Zusammenarbeit, eine Debatte, die zurzeit eher voluntaristisch geführt wird. Das heißt, man stellt die Frage: In welchen Bereichen könnten einzelne Mitgliedstaaten enger zusammenarbeiten? Nun ist aber zum Beispiel der Euro-Club auf das Engste mit der Frage eines europäischen Sozialmodells verbunden. Das ist ja eine der Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft.

Meine Frage ist, ob es dabei nicht so etwas wie funktionale Spill-overs gibt, die von der Währungsunion ausgehen. Mit anderen Worten, beschränkt sich dieser Euro-Club ausschließlich auf den Währungsbereich? Wird er nicht zwangsläufig auch auf anderen Feldern vorangehen müssen, beispielsweise in der Sozialpolitik? Zum einen, weil diese Vergemeinschaftung gar keine andere Wahl lässt, und zum anderen, weil die Globalisierung, wie Herr Zieburra sagte, entsprechende Zwänge ausübt.

Zu Herrn von Mangoldt möchte ich nur anmerken: Als Politikwissenschaftler tue ich mich immer recht schwer mit diesen sehr subtilen staatsrechtlichen Überlegungen zu Staatlichkeit oder Nicht-Staatlichkeit der Europäischen Union. Das basiert offensichtlich immer noch auf der Drei-Elementen-Lehre von Georg Jellinek. Das eine Element, nämlich das europäische Staatsvolk, ist zumindest nicht gegeben. Ich habe aber grundsätzliche Probleme, was die Staatsfunktionen der EU anbelangt, mit der Unterscheidung von Bundesstaat und Europäischer Union.

Ich frage mich, Herr de Maizière, ob eine funktionale Aufgabenverteilung, die klare Grenzen auch für EU-Eingriffe in deutsche Länderzuständigkeiten setzt, innerhalb der Europäischen Union überhaupt möglich ist. Die Verträge sehen offene Entwicklungsmöglichkeiten durch die begrenzte Einzelermächtigung vor. Wenn also die Bundesländer einen Kompetenzkatalog für die Europäische Union fordern - Herr Stoiber hat das am 27. September wieder sehr prononciert formuliert;- , sind dann nicht die innerstaatlichen Mitwirkungsrechte, die die Bundesländer über Artikel 23 des Grundgesetzes

in der Europapolitik erlangt haben, der eigentliche Hebel, um ihre Forderungen durchzusetzen? Herr Kühnhardt hat vermutet, im Grunde gehe es in der Europapolitik gar nicht um die Beziehungen der Bundesländer zur Europäischen Union, sondern um die Beziehungen der Länder zum Bund.

Sind eigentlich die Länder gut beraten, damit zu drohen: Wenn der Kompetenzkatalog nicht kommt, ratifizieren wir Nizza nicht oder versuchen die EU-Erweiterung im Bundesrat zu blockieren? Da zeigt sich, meine ich, bei den Ländern ein gewisser Mangel an Realitätssinn, der ihre Position langfristig schwächen wird, wenn sie solche unrealistischen Forderungen gegenüber Berlin oder auch gegenüber der Europäischen Union stellen.

Pflüger

Wenn wir, wie Sie fordern, Herr Fischer, die Frage der Kompetenzverteilung regeln wollen, bevor die Osterweiterung in Angriff genommen wird, würde dies bedeuten, die Osterweiterung bis ans Ende dieses Jahrzehnts zu vertagen und damit quasi unmöglich zu machen. Das ist für die Beitrittskandidaten absolut unakzeptabel und würde dazu führen, dass der ganze Beitrittsprozess in diesen Ländern an Kraft, Dynamik und Akzeptanz verliert.

Nicht einmal der bayerische Ministerpräsident ist der Auffassung, dass die Kompetenzabgrenzung, die er auf die internationale Tagesordnung gesetzt hat, Voraussetzung für die Osterweiterung ist. Vielmehr müssen beide Prozesse parallel geführt werden. Anderenfalls würde man auch die durchaus sinnvolle Forderung nach Kompetenzabgrenzung dadurch entwerten, dass man den Eindruck erweckt, diese Forderung solle nur eine neue Hürde gegen die Osterweiterung aufbauen.

Reiter

Ich habe den Eindruck, dass wir hier zwei verschiedene Diskussionen führen, eine politische und eine sehr theoretische. Ich muss gestehen, ich bin an Ergebnissen der ersten interessiert, der politischen. Und wenn die theoretische keine befriedigenden Ergebnisse zeitigt, dann kann ich damit durchaus leben.

Hänsch

Ich will mich auf drei Punkte konzentrieren, bei denen ich direkt angesprochen bin. Erstens die Verstärkte Zusammenarbeit, zweitens die Frage nach der Verfassung und drittens: Was ist Europa?

Zunächst Verstärkte Zusammenarbeit, die ich in der Tat mit großer Zurückhaltung sehe, um es vorsichtig auszudrücken, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen habe ich die Befürchtung, dass sich die Europäische Union spaltet oder in der Konfusion versinkt, wenn aus dem Instrument Verstärkte Zusammenarbeit ein Strukturprinzip wird. Ich wiederhole: als Ausnahme in bestimmten Bereichen ja, beispielsweise beim Euro, wie auch Herr Brok sagte. Da macht es Sinn. Das setzt aber voraus, dass eben die elf oder zwölf Mitglieder des Euro-Clubs hier agieren und nicht plötzlich Schweden Einfluss nimmt, das gar nicht dabei ist.

Der zweite Grund für meine Zurückhaltung: Die Hoffnung, durch Verstärkte Zusammenarbeit Fortschritte in der Europäischen Union zu beschleunigen, sehe ich sehr skeptisch. Denn Verstärkte Zusammenarbeit ist auch jetzt schon möglich - unter der Voraussetzung, dass alle zustimmen, also nicht nur diejenigen, die auf einem Gebiet verstärkt zusammenarbeiten wollen. Darin liegt ein Veto. Tatsache ist jedoch, dass in den vergangenen Jahren Verstärkte Zusammenarbeit nirgendwo am Veto irgendeines Staates gescheitert ist - siehe Euro. Es hat nicht einmal den Versuch zur Verstärkten Zusammenarbeit gegeben. Mit anderen Worten: in der Praxis hat sich dieses Instrument bisher nicht als besonders wirksam erwiesen.

Verstärkte Zusammenarbeit zur Schaffung des europäischen Raums für Freiheit, Sicherheit und Recht: Hier hat der Ministerrat, genauer gesagt, haben die Regierungen neben der Kommission Initiativrecht. Da hätte sich ja einmal eine Avantgarde vorwagen können. Geschehen ist nichts. Das liegt nicht nur daran, dass die alle nicht wollen, sondern auch daran, dass keine nationale Administration in der Lage ist, einen europäischen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Rechtssysteme verschiedener Staaten zusammenfassen und evaluieren kann. Das kann nur die Kommission.

Deswegen warne ich davor zu meinen, man könne durch Schwächung der europäischen Institutionen, in diesem Falle der Kommission, und durch Stärkung der intergouvernementalen Zusammenarbeit mehr Europa schaffen. Da wird man scheitern.

Frau Bolesch hat den Bereich der Umweltgesetzgebung genannt. Das ist ein gutes Beispiel. Wenn man dort vorangehen will, ist nicht die Verstärkte Zusammenarbeit das Instrument, sondern die Mehrheitsentscheidung. Das könnten auch die Beitrittsländer mittragen, selbst wenn sie damit größere Schwierigkeiten hätten als wir. Die gemeinsame Gesetzgebung, die hier mit Mehrheit entschieden wird, lässt genügend Spielraum für Übergangsfristen und Flexibilität. Polen oder Tschechien müssten dann die Normen erst in, sagen wir, fünf Jahren erfüllen, während die anderen sie sofort umsetzen. Es ist nicht eine Frage des Rechtsstands, sondern der gemeinsamen Politik, ob man so etwas machen will.

Eine Avantgarde für den Umweltschutz sieht ganz anders aus als eine Avantgarde für eine gemeinsame europäische Sozialpolitik oder für eine gemeinsame Sicherheitspolitik anders auch als der Euro-12-Club. Deshalb betone ich noch einmal: Aus der Verstärkten Zusammenarbeit ein Strukturprinzip zu machen, bedeutet Konfusion der Europäischen Union.

Dann zur Verfassung. Herr Kühnhardt und Herr von Mangoldt haben diesen Punkt angesprochen. Das ist häufig nur ein Streit um Worte; denn es gibt diese Verfassung der Europäischen Union bereits. Der Europäische Gerichtshof hat 1991 festgestellt, dass die bestehenden Verträge Verfassungscharakter haben. Die Frage ist nicht, ob die Europäische Union eine Verfassung braucht, sondern ob sie die Verfassung hat, die sie braucht. Das ist kein Wortspiel, sondern tatsächlich eine Kernfrage.

Statt immer nach der Verfassung zu rufen, sollten wir uns darüber unterhalten, wie das denn aussehen soll, was wir wollen. Und da höre ich auch aus Deutschland, quer durch alle Parteien und alle Bundesländer immer nur das Stichwort Subsidiarität. Damit ist gemeint, die Funktionen der Europäischen Union auf das zu begrenzen, was gemeinsam europäisch gemacht werden muss. Was heißt das aber?

Was gemeinsam europäisch zu machen ist, das sieht aus der Sicht der einzelnen Mitgliedsländer völlig verschieden aus. Das heißt, die Forderung nach mehr Subsidiarität kann sehr schnell zu einer Entsolidarisierung in der Europäischen Union verkommen. Das führt dazu, dass ein Teil der Mitgliedsstaaten dabei nie mitmachen kann.

Föderalismus, Konföderation oder Staatenverbund: Wenn ich sage, die Europäische Union ist eine Union der Mitgliedsstaaten, dann bedeutet das, dass die Kompetenzkompetenz, um es fachmännisch auszudrücken, immer bei den Mitgliedsstaaten liegen wird. Die entscheiden, welche Rechte der Union übertragen werden. In der Hinsicht kann man zweifellos mehr tun. Da sind auch mehr föderale Strukturelemente in der EU denkbar. Aber die Entscheidung darüber wird und muss immer bei den Mitgliedsstaaten selbst liegen. Ob wir das dann Föderation, Konföderation oder, wie das Bundesverfassungsgericht, Staatenverbund nennen, halte ich nicht für so furchtbar wichtig. Die Juristen werden schon einen geeigneten Begriff dafür finden.

Worauf es ankommt, ist, dass der normale Mensch endlich versteht, wer wann was mit welcher Legitimation in Brüssel und Straßburg entscheidet. Deshalb bin ich entschieden dagegen, neue Gremien zu erfinden, wie das Außenminister Fischer und andere vorschlagen. Wir brauchen nicht mehr Institutionen auf europäischer Ebene, sondern mehr Klarheit über das, was sie tun dürfen und was nicht. Das bedeutet Straffung und nicht Vermehrung der Institutionen. Allerdings sollten wir uns keine Illusionen über mehr Transparenz auf europäischer Ebene machen. Dass der normale Bürger nicht versteht, wie die Dinge auf europäischer Ebene funktionieren, wissen wir alle. Ich frage aber: Wer von unseren normalen Bürgerinnen und Bürgern weiß denn, wie bei uns die Rentenreform laufen wird oder was im Bundesrat zustimmungspflichtig ist? Wer hat bei der Pflegeversicherung verstanden, wie die zustande gekommen ist?

Mit anderen Worten, der normale Bürger orientiert sich nicht an Zuständigkeitsfragen, was der Bundestag, was der Bundesrat darf, wie ein Vermittlungsausschuss funktioniert und so weiter, sondern der Bürger sieht auf die handelnden Personen, etwa den Bundeskanzler, den Oppositionsführer oder den einen oder anderen Ministerpräsidenten. Diese Art der Personalisierung gibt es auf europäischer Ebene nicht. Das ist ein Mangel. Und wenn es uns nicht gelingt, die europäische Politik stärker zu personalisieren, werden wir keine größere Transparenz erreichen.

Schließlich: Was ist Europa? Um es sehr verkürzt zu formulieren: Die Grenzen Europas sind sehr verschieden; geografisch sind es andere als kulturell oder historisch. Je nach Kriterium wird man Europa anders definieren. Das gilt vor allem für den Osten. Das heißt, die Grenze Europas ist eine Frage der politischen Entscheidung.

Deshalb sage ich: Die Grenzen der Europäischen Union sind dadurch definiert, dass wir nur so viele Länder aufnehmen dürfen, wie wir verkraften können. Ich weiß, das ist ein sehr pragmatisches Kriterium. Wenn wir uns daran aber nicht halten, gefährden wir die Stabilität der Europäischen Union.

Wie aber soll die EU Stabilität exportieren, was immer zu Recht gefordert wird, wenn sie selbst instabil wird? Das liegt in keiner Weise im Interesse weder der Mitgliedsländer noch der Beitrittskandidaten, denn die wollen doch einer funktionsfähigen Union beitreten, die in der Lage ist, ihnen die Solidarität, Unterstützung und Stabilität zu liefern, die sie brauchen.

Natürlich weiß ich, dass eine solche politische Setzung zu Verletzungen führen kann bei denen, die dann nicht dabei sind. Die Mitgliedsstaaten und die Union in Brüssel müssen begreifen, dass es zwischen Kirkenes und der Krim nicht nur "drinnen" oder "draußen" geben kann. Statt Beitrittswünschen von immer mehr Staaten nachzukommen, gilt es, ein immer engeres Netzwerk der Zusammenarbeit aufzubauen, das kein Trostpflaster für entgangene Mitgliedschaft ist, sondern eine angemessene Perspektive für solche Länder bietet. Ich denke dabei an Staaten wie die Türkei, Russland, die Ukraine und andere.

Was die Werte anlangt, so spielen die für mich im Falle der Türkei die geringere Rolle. Was ich mir indes nicht vorstellen kann, ist, dass die Europäische Union, die Recht setzt, Gesetze verabschiedet, die in gleicher Weise in Irland wie in Südostanatolien gelten, oder an der Wolga genauso wie am Po. Das ist auch mit einer funktionierenden europäischen Stabilitätsordnung nicht vereinbar. Aber das sollten wir dann auch deutlich sagen.

Ich denke also, es darf nicht nur die Alternative zwischen "drinnen" und "draußen" geben, sondern wir müssen darüber hinaus ganz andere Formen der Kooperation überlegen.

von Thadden

Aber wie immer man differenziert, Herr Hänsch, eines ist in jedem Falle sicher: Frankreich und Deutschland werden überall in Europa dabei sein.

Goulard

Sie sagten, Herr Pflüger, durch die Erweiterung werde sich die Intergouvernementalisierung zwangsläufig verstärken. Das glaube ich nicht. Im Gegenteil, die Diskussion in Nizza um Mehrheitsentscheidungen und die Abschaffung des Vetorechts weist in eine andere Richtung. Intergouvernemental bedeutet, dass ein Staat alles blockieren kann. In der Krise mit Österreich haben wir gesehen, wie in einem Staat eine Sondersituation entstehen kann, und ich will nicht, dass die Zukunft Europas von einem einzigen Staat abhängt. Zu meinen, die Erweiterung heiße mehr intergouvernemental, zeigt einen Mangel an Vertrauen den anderen gegenüber. Warum sollten wir nicht in der Lage sein, auch mit den Polen oder den Ungarn mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden?

Pflüger

Ich würde das sehr begrüßen; ich zweifle allerdings, ob es dazu kommen wird.

Goulard

Dann zum Thema Verstärkte Zusammenarbeit. Ich sehe hier eine gewisse Konfusion. Ich würde unterscheiden zwischen Bereichen wie Binnenmarkt oder auch Währungsunion, wo wir Rechtsnormen geschaffen haben, die überall gelten müssen, und Bereichen wie die GASP, in welchen wir politisch aktiv werden müssen. Darüber sollte man stärker nachdenken.

Ich frage mich beispielsweise, ob wir überall unbedingt die gleichen Verfahren haben müssen. Sicher, beim Binnenmarkt stimme ich Ihnen zu, dass die Gefahr einer Zersplitterung groß ist. Das muss man verhindern, indem man manchen Ländern mehr Zeit einräumt, die allgemeinen EU-Rechtsnormen zu übernehmen.

In anderen Bereichen ist es vielleicht gut, die Möglichkeit zu Verstärkter Zusammenarbeit zu haben. So wäre etwa eine gemeinsame europäische Initiative für Afrika denkbar, und dafür braucht man nicht unbedingt die Mitwirkung aller fünfzehn, achtzehn oder zwanzig Mitglieder. Ich bin da gar nicht so pessimistisch, Herr Hänsch. Vielleicht haben wir von der Verstärkten Zusammenarbeit keinen Gebrauch gemacht, obwohl die Möglichkeit dazu durchaus bestand. Ich sehe auch keine Drohung darin, wenn wir das, was innerhalb der Verträge nicht möglich ist, dann außerhalb der Verträge machen. Und die Möglichkeit besteht.

Ich nenne das Beispiel Verteidigung. Wer hätte vor zwei Jahren darauf gewettet, dass wir in der Kosovo-Krise so weit gehen würden - zu fünfzehnt?

Hänsch

Eben, zu fünfzehnt.

Nyberg

Und dass Schweden und Finnland dabei waren.

Goulard

Ich sehe das sehr positiv. Wir sollten nicht bedauern, dass wir die Möglichkeiten Verstärkter Zusammenarbeit bisher nicht genutzt haben. Vor fünf, sechs Jahren war beispielsweise ein Thema: Wie sollen wir bei der Verteidigung mit den Neutralen umgehen? Heute redet niemand mehr davon.

Herrn Reiter möchte ich sagen, man kann die NATO und EU nicht so ohne weiteres miteinander vergleichen. Ich bin sehr froh darüber, dass Polen heute in der NATO ist. Aber eine EU-Mitgliedschaft ist sehr viel komplizierter. Im östlichen Europa wird mir häufig gesagt: Warum dauert das mit der EU alles so lange? Bei der NATO haben wir es doch auch sehr schnell geschafft. Die Amerikaner, heißt es, sind eben pragmatischer als die Europäer.

Reiter

Das habe ich nicht gesagt.

Goulard

Nein, das haben Sie nicht gesagt. Aber in Polen ist mir solche Argumentation häufig begegnet.

Reiter

Ich habe nur gefragt, inwieweit sich die Kandidaten an den Diskussionen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik beteiligen können. Mir geht es nicht darum, ob, die NATO schneller und die EU zu langsam ist.

Goulard

Ich meine aber, dass zwischen beiden Organisationen gewichtige grundsätzliche Unterschiede bestehen.

Was die Verfassung angeht, stimme ich denen zu, die auf die Personalisierung von Politik hingewiesen haben. Die Bürger orientieren sich an Personen. Und Sie haben Recht, Herr Hansen, die Kommission ist unverzichtbar, wenn es etwa darum geht, die Rechtssysteme verschiedener Länder miteinander zu vergleichen, um gemeinsame Aktivitäten in sensiblen Bereichen zu ermöglichen. In Verfassungsfragen wird die Entscheidung immer bei den Mitgliedsstaaten liegen. Aber wen meinen wir, wenn wir von Staaten reden? Nur die Exekutive oder auch die Legislative? Das ist ein großer Unterschied.

Das heißt, bei der Frage der Verfassung geht es primär darum, wie der neue Text zustande kommt, wie beispielsweise die nationalen Parlamente einbezogen werden. Die Staaten werden also nicht weniger involviert, sondern anders.

Nyberg

Wenn sich die Osterweiterung der Europäischen Union sehr lange hinzieht und wir etwa erst Ende dieses Jahrzehnts diesen Schritt vollziehen, würde das in der Tat zu erheblichen Schwierigkeiten führen. Eine Konsequenz könnte dann sein, dass die nächste NATO-Erweiterung vor der EU-Erweiterung stattfinden würde. Da Finnland nicht Mitglied der NATO ist und auch kein Anwärter auf eine Mitgliedschaft, will ich das nicht weiter kommentieren. Ich gebe nur zu bedenken, dass die Finalité von Europa nicht vom amerikanischen Senat bestimmt werden sollte.

Außer seiner bereits erwähnten Rede in der Humboldt-Universität hat Außenminister Fischer im Januar dieses Jahres eine hervorragende Rede über Stresemann gehalten, die einige sehr interessante Aspekte enthielt. Darin sagte er beispielsweise, die Einigung Deutschlands sei ohne die Osterweiterung nicht vollendet. Das kann ich als Finne durchaus nachvollziehen. Denn für Finnland ist die europäische Emanzipation erst abgeschlossen, wenn auch die Südküste des Finnischen Meerbusens einbezogen ist und wir über das Baltikum eine Landverbindung mit der Union haben werden.

Vielleicht haben Sie Recht, Herr Pflüger, dass wir nur einen Big Bang, das heißt eine Erweiterung sämtlicher zehn oder zwölf Kandidaten auf einmal vornehmen können. Eines muss aber feststehen: Es gibt für kein Land Blankoschecks. Kein Land genießt irgendwelche Vorzugsrechte, weder aus historischen Gründen oder wegen seiner Größe oder aufgrund anderer Besonderheiten. Anderenfalls würden wir eine Entscheidung aus politischen Gründen fallen und nicht aufgrund jener Tatbestände, die für uns allein Voraussetzung für die Erweiterung sein müssen. Das jedenfalls ist unsere offizielle politische Haltung.

Zudem haben wir mit rein politischen Beschlüssen in der Union sehr schlechte Erfahrungen gemacht; das sollten wir nicht wiederholen. Damit würden wir auch die Akzeptanz in der Bevölkerung gefährden, wenn Länder in die Union aufgenommen würden, die von ihren Voraussetzungen her noch nicht so weit sind.

Es gibt für die Erweiterung sehr schwierige Themen, Umweltfragen beispielsweise oder die Implementierung europäischer Gesetzgebung, Rechtsstaatlichkeit, Korruption und derartige Dinge. Andere Fragen mögen einfacher sein; sie sind aber nicht weniger wichtig. Ich denke etwa an Schengen. Wenn es um die Außengrenze der Union geht, bleibt keine andere Möglichkeit als den Acquis Communautaire voll anzuwenden.

Hier war von Dezentralisation und Dekomposition die Rede. Das ist heute eines der großen Probleme in Russland. Eine der größten Gefahren auch für Europa sehe ich darin, dass es an der Ostgrenze der Union ein normatives Gefälle geben wird und Russland aufgrund dieser normativen Grenze isoliert wird. Das darf nicht geschehen; das ist eine Herausforderung, die uns alle betrifft. Dafür ist die Verstärkung der Zusammenarbeit mit Russland unabdingbar und wird auch auf die Fähigkeit der Union, sich zu erweitern, Einfluss haben.

Welle

Wenn wir über die konstitutionelle Reform der Europäischen Union sprechen, dann sind damit im Grunde drei Debatten gemeint: Erstens über die Regierungskonferenz in Nizza; zweitens über die absehbaren left overs von Nizza, das heißt die Neuorganisation der Verträge, die Grundrechtscharta und der Kompetenzkatalog. Drittens die Debatte, die vom deutschen Außenminister Fischer und vom französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac angestoßen wurde. Dabei dürfte Chirac mit seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag die Diskussion für die nächsten zehn Jahre vorgegeben haben, weniger durch die Antworten, die er gegeben hat, als vielmehr durch die entscheidenden Fragen, die er gestellt hat: die Frage nach den Grenzen der Europäischen Union; die Frage nach dem Stellenwert des Europäischen Parlaments und die Frage nach der europäischen Regierung.

Herr Hansen hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es für die Kommission jetzt darauf ankommt, ob sie den Durchbruch zu einer echten europäischen Regierung schafft - was immer das in dieser Europäischen Union bedeuten mag - oder ob sie sich zu einem Sekretariat für den Ministerrat zurückentwickelt. Das ist in der Tat die entscheidende Frage für die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses. Denn sie wird darüber entscheiden, ob die europäische Exekutive von einer Institution gebildet wird, die auf das gemeinsame Interesse verpflichtet ist, oder aber ob die europäische Exekutive eine Institution darstellt, die wie der Ministerrat nur die Ansammlung von Partikularinteressen ist. Wenn die Kommission auf den Status eines bloßen Sekretariats zurückfallen würde, hätte das zur Folge, dass wir das entscheidende Element im europäischen Integrationsprozess verlieren würden.

Die Entscheidung darüber, ob die Kommission zurückfällt oder ob sie in der Lage ist, einen Sprung nach vorne zu machen, ist wesentlich davon abhängig, ob es der Kommission gelingt, Schritt für Schritt auch in die Bereiche der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der gemeinsamen Innen- und Justizpolitik vorzudringen und entsprechende Handlungsspielräume zu nutzen. Wenn das nicht gelingt, sondern das im Kern die Bereiche des Ministerrates bleiben, besteht die Gefahr, dass der Ministerrat sich zu verstetigen und als Exekutive zu verstehen versucht.

Nun sind aber gerade die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die gemeinsame Innen- und Justizpolitik letztlich die Kernfelder nationaler Souveränität, das heißt Bereiche, wo die weitere Integration auf besondere Vorbehalte stößt. Deswegen bin ich der Ansicht, dass es der Kommission nur gelingen wird, auch in diesen Bereichen eine Schlüsselrolle zu spielen, wenn die Legitimationsgrundlage, auf die sich die Kommission stützen kann, wesentlich gestärkt wird. Denn diese Legitimationsbasis ist heute zu schwach. Das ist keine akademische Debatte mehr, sondern dazu finden wir interessante Ansatzpunkte sowohl in der Rede von Präsident Chirac als auch in dem gemeinsamen Dokument der Planungsstäbe des Auswärtigen Amtes und des Quai d'Orsay über eine Europäische Union mit dreißig Mitgliedern.

Es gibt im Wesentlichen zwei Vorschläge, um der Europäischen Kommission und insbesondere ihrem Präsidenten eine Legitimation zu verschaffen, die einer solchen erweiterten Aufgabe angemessen wäre. Erstens der Vorschlag der Direktwahl eines europäischen Präsidenten und zweitens der Vorschlag, die Wahl des Kommissionspräsidenten mehrheitlich im Europäischen Parlament zu treffen. Ich will hier nur darauf hinweisen, dass wir dabei nicht über ein reines Funktionsproblem der europäischen Institutionen reden, sondern dass damit ein Kernproblem der europäischen Integration angesprochen wird, das darin besteht, dass die Legitimationskette in der Europäischen Union heute unterbrochen ist.

Wenn ein Belgier, Däne oder Deutscher skeptisch über seine Regierung urteilt, dann heißt das nicht, gegenüber seinem Land skeptisch zu sein. Denn es besteht die Möglichkeit, die Regierung abzuwählen. Davon wird ja auch regelmäßig Gebrauch gemacht. Bei der Europäischen Union dagegen besteht die Möglichkeit, die handelnden Akteure auszuwechseln, nicht. Wie soll der Einzelne dort seine kritische Haltung zum Ausdruck bringen? Das heißt, zwischen der Befindlichkeit der Bevölkerung, den Ergebnissen von Wahlen zum Europäischen Parlament und der Zusammensetzung der Exekutive, also der Kommission, besteht kein Zusammenhang; denn die Kommission hat in jedem Fall das Initiativmonopol. In dieser Konstellation sehe ich einen der wesentlichen Gründe für die Europaskepsis. Die europäischen Regierungen haben diese Tatsache nach der Europawahl 1999 nicht nur hingenommen, sondern das Wahlergebnis geradezu konterkariert. Die Mehrheit, die die Bevölkerungen ins Europäische Parlament gewählt haben, hat bei der anschließenden Zusammensetzung der europäischen Kommission so gut wie gar keine Rolle gespielt.

Vor der letzten Europawahl gab es einen interessanten Vorschlag von Jacques Delors, wie man dieses Problem lösen könnte, indem nämlich die großen politischen Parteien in Europa jeweils einen gemeinsamen Kandidaten für den Kommissionspräsidenten zur Wahl stellen und diejenige politische Gruppierung, die die Wahl gewinnt, den Kommissionspräsidenten stellt.

Herr Hänsch hat zu Recht gesagt, die Wähler entscheiden nicht nur nach abstrakten Programmen, sondern es geht immer auch um das Vertrauen in Personen. Die geringe Wahlbeteiligung bei Europawahlen ist aus meiner Sicht nicht zuletzt eine Folge davon, dass wir keine Spitzenkandidaten, also keine personellen Alternativen haben. Wie würde es beispielsweise um die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen bestellt sein, wenn es keine Kanzlerkandidaten gäbe? Wenn wir die Legitimationsbasis des Europäischen Parlaments stärken wollen, müssen wir auch personelle Alternativen vorsehen, etwa mit Kandidaten für den Kommissionspräsidenten.

Was die Verstärkte Zusammenarbeit angeht, ist meine Haltung dazu vielleicht etwas unorthodox, denn ich halte dies im Wesentlichen für ein pädagogisches und nicht für ein praktisches Konzept. Den Sinn der Debatte sehe ich vor allem darin, diejenigen, die bisher immer Gründe gefunden haben, warum sie nicht mitmachen müssen, dazu zu bringen, Gründe zu finden, warum sie nicht ausgeschlossen sein dürfen. Genau das war 1995 der Effekt des Papiers von Karl Lamers und Wolfgang Schäuble, wodurch die Diskussionsgrundlage grundsätzlich verändert wurde. Es war plötzlich nicht mehr so wichtig festzustellen, warum man nicht mitmachen musste, sondern warum niemand ausgeschlossen werden darf. Das soll die Debatte über die Avantgarde letztlich bewirken. Was die praktischen Auswirkungen betrifft, bin ich persönlich etwas skeptischer.

Baron d'Aligny

Ich dürfte heute der einzige Teilnehmer sein, der aus der privaten Wirtschaft kommt. Deshalb möchte ich in meinem Beitrag besonders aus dieser Perspektive sprechen. Eine der eindeutigsten Erfolgsgeschichten der Europäischen Union in den vergangenen Jahrzehnten ist im wirtschaftlichen Bereich zu finden, und es verwundert daher sicher nicht, dass die Industrie und die private Wirtschaft ein besonderes Interesse an der Erweiterung der EU haben. Die eigentlichen Ziele der heutigen, aber auch "alten" Wirtschaft richten sich im Grunde weniger nur auf Europa sondern darauf, wie sie im Weltmarkt bestehen kann. Unter diesem Aspekt sieht sie auch die Erweiterung. Deshalb steht sie diesem Thema grundsätzlich positiv gegenüber. Vor diesem Hintergrund befürwortet sie den Föderalismus, und zwar solange dieser dem Wettbewerb förderlich ist. Darüber hinaus ist die Privatwirtschaft ebenso daran interessiert, dass die Entscheidungsbefugnisse der Kommission gestärkt werden, damit beispielsweise Fortschritte in der Steuerpolitik und auch in der Wettbewerbspolitik erzielt werden. Dies sind ein paar kurze Kommentare aus der Sicht der Privatwirtschaft.

Generell würde ich sagen, dass die ganze Erweiterungsthematik stärker in der europäischen Bevölkerung verankert werden muss. Europa wird sicherlich von der Mehrheit der Europäer akzeptiert, aber sie sind nicht eigentlich motiviert. Ich denke, die Politiker haben es versäumt, in den letzten zehn

Jahren eine grundsätzliche öffentliche Debatte über Europa zu führen. Die Bevölkerungen in allen Ländern Europas stehen dem Thema Europa eher unbeteiligt gegenüber. Sie nehmen es nur passiv hin, so dass es einigen Lobbyisten immer wieder gelingt, unseriöse und oft unverantwortliche Ideen zu propagieren.

Es ist sicher richtig, Herr Welle, dass es an einer Personalisierung fehlt. Was wir aber vor allem brauchen, ist eine Vision für dieses Europa. Das ist im Übrigen nicht nur eine Frage der materiellen Finalität. Den entscheidenden Anstoß für die europäische Integration haben seinerzeit Adenauer, Monnet, de Gaulle und andere gegeben. Das waren glaubwürdige Persönlichkeiten, die eine Vision hatten. Wenn wir heute in Europa wieder solche Persönlichkeiten hätten, würden wir auch die Motivation der Europäer für Europa stärken, etwa in Fragen der Erweiterung. Vor dem Hintergrund der damit gewonnenen aktiven Zustimmung der Europäer brauchten wir dann auch mögliche Krisen nach der Erweiterung weniger zu fürchten.

Unter den derzeitigen Voraussetzungen muss man sich besorgt fragen, was geschehen würde, wenn die nächste Wirtschaftskrise kommt und die Arbeitslosigkeit wieder erheblich ansteigen würde. Dann würden die Bevölkerungen in Frankreich, aber auch in Deutschland sofort den Vorwurf erheben, die Politiker hätten Europa den Billiglohnländern geöffnet. Deshalb ist der Gedanke, einen europäischen Präsidenten zu wählen, der eine allseits anerkannte politische Persönlichkeit ist, sicher nicht von der Hand zu weisen.

Bresson

Sylvie Goulard hat zu Recht daraufhingewiesen, dass die überkommenen Klischees, die Franzosen seien immer noch zentralistisch und die Deutschen eher föderalistisch eingestellt, so nicht mehr stimmen. In beiden Ländern gibt es strukturelle Probleme. Die Regionalisierung in Frankreich ist seit zwanzig Jahren ins Stocken geraten. Da brauchen wir neuen Schwung, nicht nur wegen der Globalisierung sondern auch wegen der europäischen Entwicklung. Aber auch in Deutschland sind die Beziehungen zwischen Bund und Ländern längst nicht optimal und die Machtverhältnisse zwischen diesen beiden Ebenen müssen im Hinblick auf Europa geklärt werden.

Im Mittelpunkt dieser Diskussion steht die Frage der Subsidiarität, die sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen Ebene gelöst werden muss. Wovon reden wir bei der Subsidiarität? Mitunter hat es den Anschein, denjenigen, die mehr Subsidiarität fordern, geht es in erster Linie darum, die bestehende Ordnung zu verteidigen. Die deutschen Bundesländer zum Beispiel pochen auf ihre Hoheit über Kultur und Bildung und wollen diese nicht abgeben. In anderen europäischen Ländern gibt es ähnliche Reservate, die man nicht preisgeben will. Das ist aber im europäischen Rahmen eher problematisch, gerade im Hinblick auf die Erfordernisse in der Erziehung und der Kultur, die Frau Goulard erwähnt hat.

Wir brauchen wahrscheinlich auf der europäischen Ebene gerade in solchen Feldern mehr Einflussmöglichkeiten. Wenn wir es nicht schaffen, dass sich unsere Bevölkerungen gegenseitig besser verstehen und verständigen können, wird es immer komplizierter werden, den Menschen die Probleme zu erklären, die ja in unseren Ländern gar nicht so verschieden sind.

Herr d'Aligny sagte, die Wirtschaft brauche einen föderalistischen Rahmen für die Wettbewerbsbeziehungen. Das dürfte ebenso für den Sozialbereich gelten, was bisher nahezu ein Tabu ist. Soziale Fragen, heißt es immer noch, müssen rein national von jedem Land selber gelöst werden. Besonders die Skandinavier sind in dieser Hinsicht gegenüber Europa sehr reserviert. Aber ein europäischer Binnenmarkt wird auf die Dauer nur funktionieren, wenn wir diese Probleme gemeinsam anpacken. Die gegenwärtigen Proteste in nahezu allen europäischen Ländern gegen die hohen Benzinpreise und die Steuern auf Energie haben gezeigt, dass die einzelnen Regierungen nicht in der Lage sind, dafür eine gemeinsame Lösung zu finden oder gemeinschaftlich zu reagieren. Ich denke, die Dinge muss man abgestimmt angehen.

Die Diskussion über die Europäische Grundrechtscharta war durchaus ermutigend. Zum ersten Mal hat man eine Form gefunden, wo sich die Zivilgesellschaft zumindest artikulieren konnte. Repräsentanten der Regierungen waren daran genauso beteiligt wie Parlamentarier. Ich würde es auch begrüßen, wenn alle Diskussionsbeiträge, die zu dieser Charta geführt haben, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden. Ich habe dazu interessante Stellungnahmen von französischer und deutscher Seite im Internet gelesen; es wäre lohnend, diese einmal miteinander zu vergleichen. Das Internet bietet in der Tat neue Möglichkeiten für eine öffentliche Diskussion.

Was die Reform der Institutionen angeht, hat Außenminister Fischer einen wichtigen Schritt nach vorn getan. Aber irgendwann muss in der Hinsicht eine Entscheidung fallen. Die Diskussion im Vorfeld zu

der Regierungskonferenz in Nizza ist im Augenblick nicht eben ermutigend. Wahrscheinlich will man die wichtigen Entscheidungen doch wieder hinausschieben.

Zum einen geht es um die Frage der Mehrheitsentscheidungen. Da müsste man in Nizza einen Schritt weiterkommen. Das steht auch im Zusammenhang mit der künftigen Rolle des Ministerrats und mit der Frage nach verstärkter demokratischer Kontrolle.

Der andere Punkt ist, dass die kleinen Länder nur dann Kompromissen bei der Besetzung der Kommission zustimmen werden, wenn sie dafür bei den anderen Institutionen entschädigt werden. Die Idee, in vier Jahren einen neuen Konvent oder eine Konferenz abzuhalten über die gleichen Fragen, finde ich im Prinzip gut, obwohl die französische Regierung da offenbar Vorbehalte hat und meint, das würde den ganzen Prozess unnötig komplizieren.

Die Erweiterung wird ohne Zweifel stattfinden und ich hoffe, dass alle Kandidaten, besonders Polen, bald in der Lage sein werden, der Gemeinschaft beizutreten. Erweiterung und Reform der Institutionen, das muss sich nicht ausschließen. Ich hoffe, dass sich gerade die Polen an dieser Debatte beteiligen werden, auch wenn sie noch nicht der Union angehören. Das gilt auch für die anderen Beitrittsländer. Damit kann man nicht warten, bis die Erweiterung abgeschlossen ist. Klar ist indes, dass eine Gemeinschaft mit 25 Mitgliedern unbedingt Regelungen finden muss, damit die Institutionen handlungsfähig bleiben.

Krzeminski

Bei meinem Spaziergang heute hat mich eine preußische Kastanie durch die Brille direkt ins Auge getroffen, und kein französischer Grenadier war da, um sie abzuwehren - wie schon so oft in der europäischen Geschichte. Deshalb bin ich ein wenig gehandikapt, weil ich meine Notizen nur noch verschwommen sehe - wie im Übrigen auch die Europäische Union. Lassen Sie mich deshalb einmal einen "halbblinden Seher" spielen und mich auch recht frei auf der Zeitachse bewegen.

Wenn ich hier so zuhöre, fühle ich mich irgendwie ins 16. Jahrhundert versetzt. Da sitzen in Krakau Polen und Litauer zusammen und überlegen, ob sie ihre damalige Union um einen Dritten erweitern sollten, nämlich die Kosaken. Sie sind damals zu dem Ergebnis gekommen, der harte Kern der beiden reiche aus; einen weiteren Konkurrenten könne man nicht gebrauchen. So blieb es bei den beiden. Etwa fünfzig Jahre später brach ein Kosakenaufstand los, der die polnisch-litauische Union zugrunde richtete. Diese Union hatte sich über vierhundert Jahre als durchaus lebensfähig erwiesen, aber sie war nicht entwicklungsfähig. Sie war durch die freie Entscheidung zweier Nationen, zweier politischer Eliten zustande gekommen. Sie hatte übrigens fast die gleichen Institutionen und juristischen Grundlagen wie die EU heute - bis hin zum Einstimmigkeitsprinzip. Sie kennen alle dieses berühmte polnische liberum veto, ein Schreckgespenst der europäischen Staatslehre. Aber genau das haben wir heute auch in Brüssel.

Gasteyger

Man macht im Westen allzuoft den Fehler, Perestroika als eine zeitlich begrenzte Periode anzusehen. Das spiegelt sich auch in unserem Thema wider, wenn von Ende oder Wende die Rede ist. Für mich prägt dieser Begriff eine ganze Epoche, die ich durchaus mit der Epoche der deutschen Reformation vergleichen möchte - wie problematisch historische Vergleiche auch immer sein mögen. Ich meine, diese Thematik wird zumindest eine ganze Generation in Anspruch nehmen, wenn nicht mehr. Die Thesen an die Klosterkirche zu Wittenberg haben wir bereits angeschlagen, und jetzt stehen wir, Gott behüte uns, vor einer Art Bauernkrieg. Ich will damit nicht sagen, daß diese Entwicklung 200 Jahre bis zur Schlacht am Weißen Berge und bis zum Triumph nördlich der Mainlinie dauern wird; aber seine Zeit wird es brauchen.

Von Ende der Perestroika kann also keine Rede sein. Es steht indes auf einem anderen Blatt, daß es uns im Augenblick ziemlich dreckig geht, und das Sündenregister, das Herr Christians uns vorhält, trifft 100prozentig zu. Und wenn wir so weitermachen, kann unsere Generation sehr wohl an ihr Ende kommen.

Was sollte eigentlich geschehen, hier und heute? Wie Sie wissen, bin ich kein Ökonom, sondern politischer Beobachter, außenpolitischer und Deutschlandexperte. Durch Fügung des Schicksals habe ich als sowjetischer Korrespondent lange Jahre im Westen verbracht, speziell in der deutschen Bundesrepublik. So habe ich zumindest als Kunde eine Vorstellung davon, was Marktwirtschaft ist. Ich weiß, was es heißt, ein Konto einzurichten, ein Konto zu überziehen, einen Kredit aufzunehmen, unter Ausnutzung bestimmter Kautelen der Europäischen Gemeinschaft zu einem Billigwagen zu kommen

oder sich einen Jahreswagen zu besorgen. All das habe ich sozusagen am eigenen Leib erfahren, und ich habe mich freigeschwommen.

Von dieser Sorte Menschen mit solchen Erfahrungen gibt es in der Sowjetunion, wenn es hochkommt, ein paar hunderttausend Bürger. Und die sich freigeschwommen haben, die verstehen etwas von den Dingen. Es ist doch nicht überraschend, daß dieser oder jener Banker in unseren Filialen dort drüben sehr wohl seinen Mann stehen kann.

Das soziale und wirtschaftliche Kommandosystem, das bei uns 70 Jahre lang vorherrschte, ist uns - im Unterschied zu den Ländern Ost- und Mitteleuropas - nicht von außen aufgepfropft worden, sondern das war autochthon, unsere eigenständige Erfindung. Das können wir nicht von heute auf morgen ungeschehen machen.

Sie erleben es ja gegenwärtig in Deutschland selbst - ich sage das ohne Schadenfreude. In der ehemaligen DDR saufen die Pferde, um das Wort von Bundeskanzler Kohl zu gebrauchen, immer noch nicht, obschon die makroökonomischen Startverhältnisse dort, im Vergleich zu den unseren hier, glänzend sind. Selbstverständlich werdet Ihr das schaffen. Und trotzdem gibt es große Probleme: Entschädigung geht vor Rückgabe, schwierige Fragen der Umstrukturierung, Kombinate werden von der Treuhand über Wasser gehalten; Hermes-Garantien für die Waren, die dort nicht an den Mann zu bringen sind, bei uns aber mit Handkuß abgenommen werden.

Aber was sind das alles für Probleme im Vergleich zu denen, mit denen wir es in unserem Lande zu tun haben! Was Wunder, wenn bei uns die Beharrungskräfte Oberhand gewinnen und die von Konsumverzicht geplagte Bevölkerung Ängste entwickelt. Herr Dahrendorf hat einmal gesagt, eine Zeit der Angst ist eine schlechte Zeit für den Wirtschaftsliberalismus. Aus diesen Gründen tun wir uns wirklich schwer mit der Einführung der Marktwirtschaft. Und die ganze verbale Gesundheitserei, die hierzulande meist von denjenigen in Umlauf gebracht wird, die von Tuten und Blasen keine Ahnung haben, hilft auch nicht weiter.

Deshalb will ich jetzt etwas näher auf das Pawlowsche Programm eingehen, das mehrfach zitiert wurde und auch die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit findet. Für eine erste Periode sieht dieses Programm eine gewisse Renaissance der kommandowirtschaftlichen Methoden vor, um das drohende Chaos abzuwehren. Anders geht es wohl nicht. Wir müssen zunächst auf Teufel komm raus die Talsohle durchschreiten.

Wenn man jedoch den marktwirtschaftlichen Teil des Programms auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebt oder mindestens hinauszögert, wird es gefährlich. Diese Dinge sind zwar im Programm nicht näher definiert; dazu sind Programme auch nicht da. Entscheidend ist, daß man in dieser Hinsicht wirklich weiterkommt. Wenn hier kritische Äußerungen über unsere Staatsbürokratie fielen, so hätte ich im Grundsatz gar nichts dagegen, wenn die ehemaligen Staatsbürokraten sich jetzt unternehmerisch betätigen und sich gewissermaßen zu einer Unternehmerklasse formieren würden. Ich wäre sogar mit einer partiellen Legalisierung bestimmter Schwarzmarktstrukturen einverstanden. Aber all das dauert viel zu lange, und wir haben keine Zeit, solche Entwicklungen abzuwarten. Denn bis dahin sind wir gewiß auf den Hund gekommen.

Deshalb ist die Frage berechtigt: Was tun, womit sollen wir beginnen? Ich habe mit großer Aufmerksamkeit dem Referat von Herrn Wladislawlew zugehört. Ich würde fast alles unterschreiben, was der Herr Professor zum Ausdruck gebracht hat. Dennoch habe ich den fatalen Eindruck, daß es sich bei seinen Vorschlägen nicht um den Einstieg, die ersten Schritte handelt, sondern daß wir uns da eher schon im Mittelfeld befinden. Man beginnt gewissermaßen mit dem zehnten Schritt. So wird es nicht gehen. Das Kreditwesen werden wir so schnell nicht errichten können. Konvertierbarkeit der Währung - Herr Christians und Herr Melnikow haben darüber gesprochen;- , auch das ist auf die schnelle Tour nicht zu machen und so weiter und so fort.

Wie könnte der Einstieg aussehen? Zunächst einmal denke ich in diesem Zusammenhang an einen wohlvertrauten Begriff aus der Frühgeschichte der Bundesrepublik, nämlich die Freißwelle; klingt vielleicht nicht eben schön, aber herrlich war es trotzdem. Als junger Germanist habe ich das ein bißchen miterlebt. Herr Fels hat sehr richtig gesagt, die alten Strukturen waren noch vorhanden und funktionsfähig, die während der Jahre des braunen Reiches zwar recht eingeschränkt worden waren, aber nicht zerstört wurden. Insofern hatten Sie es allemal leichter, als wir es haben werden. Dennoch müssen wir es versuchen.

Ein kluger Franzose hat mir einmal gesagt: Was reden Sie da von überholter Technologie in der russischen Landwirtschaft mit vorsintflutlichem Pflug und so weiter? Vor der Revolution brachte es das damalige Rußland fertig, nicht nur sich selbst, sondern halb Europa zu ernähren. Wieso soll das heute nicht mehr möglich sein? Natürlich ist das möglich! Aber dafür gibt es eine unabdingbare

Voraussetzung: Privateigentum an Grund und Boden; kostenlose Verteilung von Land an diejenigen Bauern, die es haben wollen. Das heißt nicht, daß die Genossenschaften und Staatsgüter sofort aufgelöst werden müssen. Um Gottes willen; dann nagen wir schon in diesem Herbst am Hungertuch. Auf jeden Fall müßten die ganzen bürokratischen Fußangeln drastisch beiseitegeräumt werden. Das stand bereits auf der Tagesordnung, ist aber irgendwie wieder unter den Tisch gefallen.

Also Referendum über die Frage des Privateigentums an Grund und Boden für die Bauern, die es wollen. Und ich habe den Eindruck, es wollen immer mehr dieses Risiko auf sich nehmen. Dann wird es wohl auch gelingen, das Volk mit dem Allernötigsten zu versorgen, wonach man heute die Geschäfte meist vergeblich abgrast, tagein, tagaus. Dann sind wir aus dem Schneider. Auch die freie Preisbildung gehört mit dazu. Der Tante-Emma-Laden, die Privatisierung des Lebensmittelhandels muß unbedingt auf dem Programm stehen. Das ist auch der einzige Weg, um der Preislawine ein Ende zu bereiten.

Ein weiterer erster Schritt betrifft Auslandsinvestitionen. Was Herr Wladislawlew dazu gesagt hat, kann ich nur unterschreiben. Wer würde ein solches Investitionsprogramm nicht befürworten? Aber lassen Sie es mich einmal drastisch sagen: Wenn ich die Ausführungen von Herrn Christians und aus anderem berufenen Munde richtig verstanden habe, dann werden wir angesichts unserer angeschlagenen Kreditwürdigkeit keine müde Mark, nicht einmal einen müden Pfennig in unser Land locken. Vielleicht kommen dann wieder Carepakete. Vielleicht helfen uns auch Hermes-Garantien eine Zeitlang.

Auch hier stellt sich die Kernfrage nach dem Privateigentum an Grund und Boden und an Produktionsmitteln. Und wenn dies aus politischen und ideologischen Gründen im Augenblick so radikal nicht geht, dann würde ich sagen: verpachten, langjährige Konzessionen vergeben. Es mag ein wenig pathetisch klingen: Aber, was dem großen Peter recht war, was Lenin praktiziert hat - er hat damals bereits die konvertierbare Währung nach all der Verwüstung und den Bürgerkriegen fast im Handumdrehen aus dem Boden gestampft;-, sollte uns das nicht billig sein? Wir sollten es zumindest versuchen.

Die Auflagen des Internationalen Währungsfonds, die man uns aufgebürdet hat, müssen allerdings strikt eingehalten werden. Darunter wird es nicht gehen; denn anders kommen wir nie zu einer fortschrittlichen Technologie. Es geht also zunächst um langfristige Konzessionen. Natürlich wird dieser oder jener aus dem rechten Lager sofort das Geschrei anstimmen von wegen Ausverkauf. Ach Quatsch! Irgendwann kaufen wir uns schon frei. Sah es in den 50er Jahren nicht ganz danach aus, als würde das amerikanische Kapital in Deutschland schalten und walten? Heute ist das genaue Gegenteil der Fall: Die deutschen Investitionen in Amerika übersteigen um ein Mehrfaches die amerikanischen Investitionen in Deutschland. Wir werden uns schon freikaufen. Fürs erste aber brauchen wir 100prozentigen Profittransfer. Anders kommen wir nicht an die moderne Technologie.

Was die konvertierbare Währung anbetrifft, so kann diese zunächst nur partiell eingeführt werden und nicht jedem Werkstätigen in der Sowjetunion zur Verfügung stehen. Bei unserem Kaufkraft- und Geldüberhang wären wir dann mit unseren Devisen ganz schnell im Keller. Aber bei partieller Konvertibilität würde es sehr wohl gehen. Eine Stabilitätsstütze in Anspruch zu nehmen unter Auflagen des Internationalen Währungsfonds, halte ich für möglich. Vielleicht nicht so drastisch, wie es die Polen gemacht haben, aber einen anderen Weg sehe ich nicht. Dazu: Auslandsbeteiligungen bis 100 Prozent, Steuer- und Investitionsbegünstigungen, Abschreibungen all dies kann sehr wohl sofort aus der Taufe gehoben werden. Es wird zweifellos ein dorniger Weg zum Markt werden, doch einen anderen sehe ich nicht.

Krzeminski

Zugegeben. Über lange Zeit ist es damals auch bei uns gut gelaufen. Als "halbblinder Seher" stelle ich mir nun einmal vor, wohin die Reise geht. Meine Vision ist, dass in hundert Jahren unsere Nachfahren in diesem Raum sitzen. Sie alle sind Mitglieder der Res Publica Europaeana und davon überzeugt, dass republikanische Gesinnung wichtiger ist als nationale Prägung. Sie verstehen sich als Europäer; Franzosen, Polen oder Deutsche sind sie nur in einem regionalen Bewusstsein.

Deshalb empfand ich es als so außerordentlich wohltuend, mit Frau Goulard endlich einmal eine andere Stimme aus Frankreich zu hören und zu erfahren, dass die Franzosen dabei sind, sich zu ändern; dass zumindest die Bevölkerung anders ist als die Eliten.

Auch in Polen denkt die Bevölkerung anders als ihre Eliten, was alle Meinungsumfragen belegen. Dabei gibt es interessante Unterschiede. Im Regierungslager ist die Elite eher euroskeptisch, aber sie treibt die europäischen Reformen voran. Ihre Wähler dagegen sind zwar nicht europa-enthusiastisch,

aber sie befürworten den Weg nach Europa. Bei den Linken ist es genau umgekehrt. Während die Eliten dort eher europa-enthusiastisch sind, votieren die Wähler dagegen. Mit anderen Worten, wir befinden uns in einer Umbruchsphase und sitzen sozusagen zwischen Scylla und Charybdis.

Die Technokraten denken vorwiegend in Kategorien wie: hier einen Kommissar wegnehmen, dort einen zugeben; wie steht es mit den Befugnissen und so weiter. Aber wo bleiben die Visionäre? Wann werden wir endlich aus dieser retardierenden Phase der nationalen Selbstbestimmungen herauskommen - das ist in Deutschland und Frankreich nicht anders als in Polen. Doch das wird nicht ewig so bleiben. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, dass wir nach der Osterweiterung - ob sie nun in drei, fünf oder zehn Jahren erfolgt - allmählich alle begreifen werden, was es mit dieser Res Publica Europaea auf sich hat, und wir werden auch verstehen, dass jedes Volk gleichermaßen seine regionale Rolle finden muss.

Der Entwurf von Joschka Fischer - was auch immer man im Einzelnen von seinen Vorschlägen halten mag - steht im Einklang mit einer früheren Veröffentlichung, die Fischer zusammen mit Bronislaw Geremek, dem damaligen polnischen Außenminister, verfasst hat. Dort war von einem deutsch-polnischen Schwungrad die Rede und dass es gelingen möge, entlang der Oder-Neiße-Grenze eine Art Subzentrum für die ganze Region zu schaffen bis hin zu einer Art von Silicon Valley.

Über die europäische Architektur machen sich die Fachleute und Technokraten Gedanken. Was wir aber ebenso dringend brauchen, ist ein Verständnis für diese Res Publica Europaea und für die europäische Gesinnung aller europäischen Teilbevölkerungen ob mit oder ohne Verfassung. Heute mag uns das noch unvorstellbar erscheinen, für unsere Urenkel kann das bereits selbstverständlich sein. Vergessen wir nicht: Das, was heute geschieht, wäre für unsere Großeltern absolut unvorstellbar gewesen. Diese Zeitenachse sollte man immer im Hinterkopf behalten.

Herr Nyberg sagt - und das aus der finnischen Perspektive;- , besondere historische Verdienste und andere mildernde Umstände dürften bei der Erweiterung nicht zählen, sondern nur harte Tatsachen. Irgendwann kommt der Zeitpunkt in der europäischen Geschichte, an dem sich von einem Tag zum anderen alle Koordinatensysteme ändern werden. Wir, die Anwärter der Europäischen Union, sind auf der einen Seite eine Art Schocktherapie für diese Union; wir können aber auch zu einer Sprengladung werden. Ob diese Union durch uns gesprengt oder im Sinne der Vollendung, wie Herr von Weizsäcker immer wieder sagt, veredelt wird, hängt auch von den Gesellschaften und von den Politikern ab. Deshalb meine ich, dass beide Dimensionen in Einklang gebracht werden müssen: die realpolitisch-technokratische und die visionäre.

Und wenn ich noch einen Wunsch anfügen darf: Es wäre schön, wenn sich Frankreich an dieser "Zivilisierung des Ostens" beteiligte. Wie wäre es, wenn Sie Kaliningrad für sich entdeckten? Es kann durchaus sein, dass in fünfzig Jahren Kaliningrad als russisch-baltische Republik einen Sonderstatus im Verhältnis zur EU haben wird - bis hin zu einer partiellen Mitgliedschaft. Ich denke, man sollte Frankreich Nordosteuropa schmackhaft machen.

Ehlermann

Ähnlich wie Herr Krzeminski war ich über den Beitrag von Frau Goulard höchst erfreut. Da scheint in Frankreich in der jüngeren Generation tatsächlich ein neues Denken einzusetzen, was die Integration oder die Supranationalität angeht.

Was ich als selbstverständlich voraussetze, ist, dass wir eine Verfassungsdiskussion haben werden, egal, wie man das dann nennt. Die beiden Reden von Präsident Chirac und Außenminister Fischer, der Gedanke eines Konvents zur Grundrechtscharta und die überraschend positive Aufnahme, die die so genannte Vereinfachung der Verträge gefunden hat, machen deutlich, dass die Skepsis, um nicht zu sagen Ablehnung gegenüber dem deutschen Anliegen eines Kompetenzkatalogs, also die Abgrenzung von Kompetenzen im Verhältnis Europäische Union/Mitgliedsstaaten inzwischen erheblich abgenommen hat - ganz anders, als das noch vor einem oder anderthalb Jahren der Fall war. Man braucht sich nur daran zu erinnern, wie die deutschen Vorstellungen bei der Verhandlung des Maastrichter Vertrages zu einer politischen Union behandelt worden sind.

Jedenfalls hat sich die Fortentwicklung der europäischen Verträge erheblich beschleunigt. Von 1958 bis 1987 hat es nicht eine einzige Veränderung des materiellen Gemeinschaftsrechts gegeben. Die erste Änderung war die Einheitliche Akte zum Binnenmarkt (1987), gefolgt von Maastricht mit dem Beschluss über die gemeinsame Währung. Dann kam Amsterdam 1997, wo die dritte Säule, nämlich die Bestimmungen über die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit entscheidend verändert worden sind. Das heißt, Vertragsrevisionen, Verfassungsreformen finden jetzt in regelmäßigen

Abständen statt, und wir gehen wie selbstverständlich davon aus, dass nach der Diskussion in Nizza weitere Beschlüsse in 2004 oder 2005 folgen werden.

Herr Mansch hat sich sehr skeptisch zur Verstärkten Zusammenarbeit geäußert. Dabei sollten wir nicht vergessen, dass der Euro nicht zustande gekommen wäre, wenn es nicht eine verstärkte Zusammenarbeit gegeben hätte, und auch die neuen Vorschriften über Visa, Asyl und Einwanderung würde es in dieser Form nicht geben, wenn nicht zuvor Schengen, das außerhalb der Institutionen begonnen hatte, in den Vertrag integriert worden wäre. Dass nicht mehr daraus geworden ist, hängt mit den vielen Kautelen zusammen, die von den Beteiligten in den Vertrag hineingeschrieben wurden. Dennoch besteht durchaus die Möglichkeit, die Dinge zu vereinfachen, zu verbessern und flexibler zu gestalten, wenn es sich als notwendig erweist.

Ich kann nur unterschreiben, was Herr Schweppe und andere über die Erfolge gesagt haben, die die Gemeinschaft bei der gemeinsamen Interessenvertretung im integrierten Bereich erzielt hat - im Gegensatz zum nicht integrierten Bereich. Ihre These, Herr Hänsch, wenn die Zahl der Mitglieder zunimmt, müsse die EU an Aufgaben abnehmen, ist nicht nur ein Weg oder eine Methode, sondern geht an die Substanz der Gemeinschaft. Wie soll ein Ergebnis zu 15 oder gegebenenfalls zu 20 oder 25 zustande kommen? Darauf haben Sie keine Antwort gegeben. Vielleicht setzen Sie in dieser Frage auf die Integration aller. Aber wenn es nicht anders geht, lehnen Sie Herrn Schweppe's "second best solution" völlig ab?

Eine Verschlinkung setzt nicht die Abgrenzung der Befugnisse und Kompetenzen zwischen EU und Mitgliedstaaten voraus, wie sie von den Bundesländern gefordert wird. Ich denke, dass diese Kompetenzabgrenzung ungeheuer schwierig ist. Aber es war auch schwierig, das Gemeinschaftsrecht zu kodifizieren. Es ist 1995/96 erstmals gelungen, die Verträge zu restrukturieren und zu vereinfachen, und alle haben anschließend gefragt, warum das nicht schon früher möglich war. Auch die Restrukturierung und Vereinfachung der Verträge galt bis dahin als nahezu unmöglich. Ich halte den Versuch, die Kompetenzabgrenzung transparenter zu gestalten, zwar für äußerst komplex, aber auch für sehr wichtig.

Mein letzter Punkt: Inwieweit wirkt sich eigentlich das, was wir in der letzten Zeit auf den Märkten beobachten konnten, auf die Institutionen-debatte aus? Wenn die gegenwärtige Schwäche des Euro nicht nur ein Problem der fehlenden Strukturreformen und der mangelnden Flexibilitäten ist, sondern auch eine Folge der Kakophonie, mit der die Politiker die gemeinsame Währung begleiten, zwingt das nicht die gemeinsame Währung zumindest diejenigen, die zu dem Euro-Club gehören, eine Reform der Regierungsfähigkeit der Gemeinschaft vorzunehmen, so wie Jacques Delors den Kommissionspräsidenten als Sprecher für den Euro nach außen vorgeschlagen hat?

Mit anderen Worten: Bringen die Fakten, die im Wesentlichen in Maastricht geschaffen wurden, nicht eine ganz neue Dimension für das, was Beitritt und "Weltfähigkeit" im Allgemeinen bedeuten? Zwingen diese Fakten nicht die Politiker, etwas in dieser Richtung zu tun? Denn die Stabilität des Geldes oder seine sichtbare Entwertung berühren die Menschen in ganz anderer Weise als eine Diskussion über die Verfassung. Ich meine, dass die Verankerungen der Europäischen Union in der Weltwirtschaft bisher nicht gekannte Zwänge mit sich bringen. Diese Frage ist nicht nur eine Sache der Eliten, sondern das nehmen die Bürger unmittelbar wahr. Sie brauchen nur nach London zu fahren und festzustellen, was der Euro wert ist.

Hänsch

Bei der Verschlinkung geht es mir weniger um Abgrenzung, Herr Ehlermann. Das mag in dem einen oder anderen Fall geboten sein, aber steht für mich nicht im Vordergrund. Es geht mir auch nicht darum, ob die Union mehr oder weniger Gesetzgebungskompetenzen hat, sondern dass dies andere sind als heute, damit sie sich auf das konzentrieren, was große Organisationen leisten müssen, auch mit Blick auf das, was Herr Zieburg zur Globalisierung gesagt hat.

Um es ganz konkret zu sagen: Die Europäische Union ist nicht dazu da, Normen für die Haltung von Zootieren festzulegen. Es ist auch absolut unsinnig, die Länge von Leitern, die auf Baugerüsten verwendet werden dürfen, zu bestimmen, damit die in Zukunft fünfzig Zentimeter über den Dachrand hinwegragen aufgrund irgendwelcher Sicherheitsbestimmungen. Ich bedauere, dass wir das im Europäischen Parlament mitgemacht haben. Die Europäische Union muss nicht Kriterien für die Sauberkeit von Badegewässern vorgeben. Das empfindet der Bürger zu Recht als Überregulierung.

Mit Verschlinkung meine ich zum anderen Wettbewerbskontrolle im Bereich der Daseinsvorsorge, die im Übrigen nicht der Kommission angelastet werden kann, wie Sie wissen, Herr Ehlermann. Der Grund ist, dass die Verträge, an denen wir uns seit den 50er Jahren orientieren, darauf ausgerichtet

sind, Wettbewerbsgleichheit im Markt herbeizuführen. Dies hat man seinerzeit der Kommission als Behörde übertragen. Dabei geht es inzwischen längst um politische und gesellschaftliche Entscheidungen. Ich bin nicht gegen eine Regelung auf europäischer Ebene, aber diese Fragen müssen vom Gesetzgeber entschieden werden und nicht durch eine Behörde.

Die Europäische Union muss heute respektieren, dass es Bereiche gibt, die nicht marktwirtschaftlich geregelt werden müssen, vielleicht sogar nicht dürfen, wenn es um die Erhaltung von europäischer Lebensweise und von europäischen Werten geht.

Brands

Mit Integration wird in Europa nicht zuletzt auch das Ziel verfolgt, die Asymmetrien zwischen großen und kleineren Staaten, die auf unserem Kontinent bestehen und an denen Europa ungeheuer reich ist, auszugleichen. Das ist bisher recht gut gelaufen. Aber nach der großen Revolution von 1989/91 stehen wir in der Hinsicht wieder vor völlig neuen Herausforderungen.

Herr Brok hat dankenswerterweise die Probleme der kleineren Mitgliedsstaaten angesprochen. Unsere Regierung befürchtet in der Tat, dass ein Land wie Holland einen Statusverlust erleidet. Herr Pflüger hat zu Recht die Gefahren betont, die von einer Tendenz zum Intergouvernementalismus ausgehen. Kleinere Länder treten deshalb entschieden dafür ein, dass die Institutionen der Europäischen Union stark bleiben und die Kommission nicht an den Rand gedrängt wird. Das ist nicht in erster Linie eine Frage der Personen, die in Brüssel agieren, sondern eine Folge der politischen Intentionen einiger großer Mitgliedsstaaten, die offenbar beabsichtigen, die Kommission zu schwächen. Das löst bei uns nicht gerade Freude aus. Es gibt so etwas wie ein Regime der Großen, was wir auch bei der Balkan-Kontaktgruppe feststellen konnten und das sich jetzt bei der Vorbereitung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wiederholt. Die Kleinen haben darauf wenig Einfluss.

Pflüger

Das hat sich auch bei den Österreich-Sanktionen gezeigt.

Brands

Das Konzept einer Kerngruppe irritiert uns, obwohl sich unsere Regierung dazu öffentlich nicht äußert. Unsere Haltung ist in diesem Punkt ein wenig unklar. Auf der einen Seite fürchten wir die Nachteile einer solchen Kerngruppenbildung, auf der anderen Seite geht unser erster Minister offenbar davon aus, dass Holland dazugehört wird.

Was die Osterweiterung angeht, fürchten Holland und andere kleine Mitgliedsstaaten, dass die vorerwähnten Tendenzen dadurch weiter verstärkt werden. Wie Sie wissen, steht im ganzen Vertrag von Maastricht mit seinen 61351 Worten kein Wort über die Osterweiterung.

Es ist hier immer wieder die Rede davon, wie das Verhältnis der Bürger zur europäischen Integration verbessert und ihre Zustimmung wiedergewonnen werden kann. Eine solche Zustimmung hat es aber auch in der Vergangenheit kaum gegeben, allenfalls eine passive Akzeptanz. Die europäische Integration war von Anfang an ein Politiker- und Expertenprojekt. Möglicherweise hätte es überhaupt keine Integration gegeben, wenn man die Völker dazu befragt hätte.

Personalisierung der Politik mag ein Thema sein. Was ich aber für viel wichtiger halte, ist, dass man in Europa endlich aufhört, falsche Versprechungen zu machen. Warum wird in jedem Kommuniqué der Gipfelkonferenzen eine größere Transparenz versprochen? Dabei weiß doch jedermann, dass die Integration immer komplexer wird. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation war eine einfache Konstruktion verglichen mit dem, was die Zukunft in der EU noch bringen wird. Deshalb sollte man mit solchen Versprechungen aufhören.

Die Rolle der deutschen Bundesländer in der europäischen Integration wurde angesprochen, die vielleicht noch stärker werden wird. Ich warne indes davor und zitiere eine britische Stimme: The European integration has many veto stations. Wir sollten sie nicht noch vermehren. Mehr Regionalismus mag bürgernah klingen, aber die Nachteile für die zukünftige Integration werden erheblich sein.

de Maizière

Ich habe nicht für mehr, sondern für weniger Vetostationen plädiert - mit Hilfe abgeschichteter Zuständigkeiten.

Brands

Ich will deutlich sagen: Der Erfolg der europäischen Integration hängt wesentlich davon ab, dass die nationalen Regierungen stark sind. Schwache Regierungen helfen der Integration nicht. Dafür gibt es viele Beispiele.

Mit der Intergouvernementalisierung werden wir die großen Probleme der Asymmetrien jedenfalls nicht lösen können. Von Finalität zu reden, mag die "Metaphysiker" unter uns befriedigen, aber es bringt große Risiken mit sich wegen der enormen Uneinigkeit darüber. Von den Holländern kann man vielleicht lernen, wie man nach Rom und Genf gleichzeitig reisen kann, ohne über das Endziel zu sprechen. Das verwirrt nur. Das Verhältnis von großen und kleinen Ländern und andere Fragen sind jedenfalls von sehr grundsätzlicher Bedeutung.

Mein Eindruck ist, dass die französische EU-Präsidentschaft nicht unbedingt behutsam mit diesen Problemen umgeht. Der französische Außenminister Védrine hat gesagt, Frankreich habe bisher wenig Erfahrung, mit kleineren Mitgliedsstaaten von gleich zu gleich umzugehen. In der Hinsicht hat es manche Peinlichkeiten gegeben. Ich denke, da sollte man sehr vorsichtig operieren, weil sonst viel kaputt gemacht und wenig gewonnen werden kann.

Goulard

Sehe ich das richtig, Herr Brands, wenn ich mit dem Eindruck zurück nach Paris fahre: Erstens ist Nizza abgehakt, und zweitens sollten die Franzosen so nicht weitermachen?

Ackermann

Den Optimismus von Herrn Pflüger im Hinblick auf Nizza teile ich auch nicht. Joschka Fischer hat im Juni in Paris vor der Französischen Nationalversammlung gesagt, nach dem Verschwinden des Eisernen Vorhanges hätte in Europa eigentlich ein Gründergeist einsetzen müssen. Das heißt, dem historischen Bruch von 1989 hätte eine Neuorientierung und Neubesinnung Europas folgen müssen. Stattdessen verstärkt sich der Eindruck, dass der Eisernen Vorhang durch einen samteneen Vorhang abgelöst wurde, wie das kürzlich Timothy Garton Ash, Jacques Rupnik und Alexander Smolar in einem Artikel formuliert haben. Die politischen Eliten haben es jedenfalls versäumt, nach dem Fall der Mauer der Öffentlichkeit in ihren Ländern klar zu machen, dass der Beitritt der osteuropäischen Länder langfristig im Eigeninteresse Westeuropas liegt.

Insbesondere der Krieg in Ex-Jugoslawien hat gezeigt, dass Demokratie und die Achtung der Menschenrechte wesentliche Voraussetzungen für Stabilität und Sicherheit in Europa sind. Was nötig wäre, ist eine Debatte wie beim Euro, der ohne einen sehr rigiden Zeitplan sicher nicht zustande gekommen wäre. Ein solcher Zeitplan fehlt für die Osterweiterung, die von einem Termin zum nächsten verschoben wird. In Polen spricht man in diesem Zusammenhang geradezu von einer Soapopera, wie das Marcin Król vor kurzem ein wenig überspitzt ausgedrückt hat.

Herr Pflüger geht offenbar wie selbstverständlich davon aus, dass alle zehn Kandidaten auf einmal aufgenommen werden. Es sind aber auch andere Szenarien denkbar. So gibt es beispielsweise Vorschläge, vor allem aus Ungarn, dass die Visograd-Staaten vorgezogen werden könnten. Darüber sollte man zumindest reden.

In Deutschland gibt es bisher überhaupt noch keine richtige Europadebatte. Nach dem verunglückten Versuch von Günter Verheugen hat man das Thema sofort wieder fallen lassen, weil es den Beteiligten - im Hinblick auf bevorstehende Wahlkämpfe offenbar zu gefährlich erscheint. Ich lehne ein Referendum über die Osterweiterung ebenfalls entschieden ab, aber eine offene Diskussion über Vor- und Nachteile sollte stattfinden, um den diffusen und irrationalen Ängsten zu begegnen.

Ähnlich wie Maarten Brands nehme ich bei uns eher Desinteresse und diffuse Abwehr, allenfalls passive Akzeptanz gegenüber der Osterweiterung wahr. Das zeigen auch jüngste Umfragen. Danach meinen siebzig Prozent der Deutschen, es würde sie wenig interessieren, von Europa in nächster Zeit irgendetwas zu hören oder zu lesen. So groß ist die Begeisterung für Europa also nicht. Das mangelnde Interesse ist im Übrigen nicht nur ein Problem der nationalen Öffentlichkeiten, Herr Kühnhardt. Was vor allem fehlt, ist eine Art von europäischer Öffentlichkeit.

Und da frage ich einmal Frau Goulard: Wie würde die französische Öffentlichkeit reagieren, wenn sich deutsche Stimmen in den Streit zwischen Jakobinern und Girondisten über Korsika einmischen und deutlich Position beziehen würden? Was Jospin, der früher eher euroskeptisch gewesen ist, in Frankreich durchzusetzen versucht, hat sehr viel mit Europa zu tun, berührt die großen Themen Zentralisierung und Regionalisierung. Und was würden die Deutschen sagen, wenn sich Franzosen in

unsere Debatten, sagen wir um das Berliner Schloss oder gar um das Holocaust-Denkmal einmischen würden? Entsprechendes könnte man sich von polnischer Seite vorstellen. Dann erst könnte man im Ansatz von einer europäischen Öffentlichkeit sprechen. Oder würde es sofort wieder heißen: Das ist Einmischung in die inneren Angelegenheiten? Ich denke, solche Szenarien sollten wir uns zumindest einmal vorstellen.

Goulard

Ich hätte nichts dagegen, Frau Ackermann, wenn wir uns gegenseitig einmischen. Das wäre mir weit lieber als Gleichgültigkeit. Warum sollten sich die Deutschen nicht ein wenig mehr in die französische Politik einmischen und die Franzosen in die deutsche Politik?

Ich versuche beispielsweise den Franzosen zu erklären, dass Deutschland offenbar Probleme mit der europäischen Integration hat, nicht weil es mehr Macht in Europa anstrebt, sondern weil vielleicht der deutsche Föderalismus nicht so perfekt funktioniert und das Problem des Finanzausgleichs auf europäischer Ebene besteht und dergleichen. Ich meine, wir leiden viel mehr unter Ignoranz als unter Einmischung. Herr Pflüger hat die europäischen Sanktionen gegen Österreich erwähnt. Ich war zwar dagegen, wie man das gehandhabt hat, aber ein Positives würde ich dabei konstatieren, nämlich die Tatsache, dass wir uns überhaupt eingemischt haben. Was in einem unserer Mitgliedsstaaten politisch passiert, betrifft auch die anderen Staaten.

Pflüger

Zur Verstärkten Zusammenarbeit gibt es hier im Grunde zwei unterschiedliche Vorstellungen. Die einen sehen darin einen Weg, der in letzter Konsequenz zu einer Art Teilfusion von Staaten führt, also ein echtes Kerneuropa bildet. Das andere Konzept sieht vor, dass Staaten auf unterschiedlichen Gebieten in unterschiedlichen Formen verstärkt zusammenarbeiten, ohne dass es eine Avantgarde gibt, die voranschreitet. Herr Schweppe sieht darin die Gefahr, dass Europa zu einem Flickenteppich degeneriert. Trotz aller Nachteile, die Sie aufgezeigt haben, Herr Schweppe, erscheint mir dieses Konzept für Europa akzeptabler. Das erste Konzept birgt die Gefahr, ein Europa erster und zweiter Klasse zu schaffen. Das würde die Mittel- und Osteuropäer von vornherein entmutigen. Diese Länder machen die allergrößten Anstrengungen, um eine Wohnung im europäischen Haus zu bekommen. Aber kaum gelangen sie in Reichweite dieses Hauses, beschließen einige der jetzigen Bewohner, in die schönere Villa nebenan zu ziehen.

Das Szenario einer Teilfusion, eines Kerneuropa - selbst wenn dies theoretisch offen für andere ist - gefährdet die Kohärenz und Stabilität der Europäischen Union stärker, als wenn wir in jeweils unterschiedlichen Konstellationen verstärkt zusammenarbeiten. Aber darüber muss man natürlich diskutieren.

Ich will einen weiteren Punkt deutlich ansprechen, nämlich das Datum für die Osterweiterung. Ein klares Datum ist nicht nur für die Akzeptanz der Osterweiterung bei uns, sondern vor allem in den mittel- und osteuropäischen Ländern unverzichtbar. Das muss im Anschluss an Nizza verkündet werden. Das bedeutet im Übrigen für die Beitrittsländer keinen Garantieschein; sie müssen sich weiterhin anstrengen. Aber es muss klar sein, wann die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen sein sollen und wann welche Länder aufgenommen werden. Keine Garantie, aber eine Orientierung. Anderenfalls werden auch die westlichen EU-Länder nicht die notwendigen Kräfte mobilisieren können. Denn die Geschichte des europäischen Einigungsprozesses zeigt, dass die Kräfte immer erst durch Daten frei geworden sind. Das hat sich beim Binnenmarkt genauso gezeigt wie beim Euro.

Und die Beitrittsländer können es überhaupt nicht verkraften, noch länger zu warten. Wie soll denn ein polnischer, ein tschechischer oder ein baltischer Politiker seiner Bevölkerung weiterhin schwerste Opfer zumuten, wenn er immer wieder getröstet wird. 1995 haben Kohl und Chirac das Jahr 2000 genannt; 1998 hieß es 2003; jetzt ist die Rede von 2005. Wenn das nicht aufhört, wird Europa in all diesen Ländern die Akzeptanz verlieren. Deshalb ist die Datumsdiskussion so wichtig. Wenn wir jetzt nicht springen, sehe ich die Gefahr, dass dieser historisch entscheidende Prozess verwässert wird.

de Maizière

Was geschieht, wenn zu dem Zeitpunkt die Bedingungen für eine Aufnahme von diesen Ländern auch nicht annähernd erfüllt sind?

Pflüger

Dann wird die Aufnahme des betreffenden Landes nicht erfolgen.

de Maizière

Und das hält dieses Land dann eher durch?

Pflüger

Meine Überzeugung ist, dass durch die Setzung des Datums noch einmal ganz neue Kräfte auch in den mittel- und osteuropäischen Staaten frei werden. Wenn wir kein Datum nennen, werden die Kräfte in den nächsten zwei Jahren erlahmen.

Ackermann

Und die Gegenkräfte werden mobilisiert.

Pflüger

Ich wiederhole: Es gibt keine Aufnahmegarantie, aber das Datum ist eine Orientierung, die wir damit vorgeben. Herr de Maizière hat vorhin zu Recht betont, man dürfe die Probleme nicht kleinreden und müsse sich der Größe der Aufgabe bewusst sein. Man könne aber die Menschen nur mitnehmen, wenn man auch ihre Sorgen versteht. Das ist völlig richtig. Aber man darf die Sorgen und Ängste der Menschen nicht in einer Weise ansprechen - wie das gegenwärtig bei uns häufig geschieht; -, dass man ihre Befürchtungen verstärkt und für eigene politische Zwecke instrumentalisiert, indem man auf den Problemen und Schwierigkeiten herumhackt.

Stattdessen wäre es die Aufgabe einer verantwortlichen politischen Führung, ihren festen Willen zu bekunden, die Probleme zu lösen. Die Stimmung darf nicht von den Beamten an den Verhandlungstischen geprägt bleiben, die sich natürlich jeden Tag mit immer neuen Problemen herumschlagen müssen, sondern da ist die politische Führung gefordert, die das große Ziel der Erweiterung vor Augen hat. Diese Art von politischer Führung fehlt im Augenblick in Europa, leider auch in der Europäischen Kommission. Auf diese Weise wird der Intergouvernementalismus weiterbefördert.

Fugmann-Heesing

Ich stimme Ihnen voll zu, Herr Pflüger. Die deutsche Einheit würde es sicher heute noch nicht geben, wenn wir uns nur von Ängsten und Sorgen hätten leiten lassen, sondern wir haben die Chancen der Einheit erkannt und dann den Prozess gestaltet. Ich denke, in einer ähnlichen Situation befinden wir uns heute in Bezug auf den europäischen Einigungsprozess. Herr Brands sagt zu Recht, die europäische Integration ist immer ein Expertenprojekt gewesen, und sie wird es auch in Zukunft bleiben. Deshalb brauchen wir politische Führung, deren Aufgabe es ist, die Chancen der Integration zu vermitteln. Wir müssen uns bemühen, eine möglichst hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen, von der passiven hin zu einer mehr aktiven Akzeptanz.

Die Frage der Kompetenzabgrenzung würde ich unter zwei Aspekten diskutieren. Zum einen: Angesichts der Aufgaben, die auf die Europäische Union zukommen, muss sie mehr Gesetzgebungskompetenzen haben und wahrnehmen, als das heute der Fall ist.

Gerade in Zeiten der Globalisierung brauchen wir nicht nur punktuell in Fragen der Steuergesetzgebung, der Sozialgesetzgebung und auf anderen Politikfeldern europaweite Regelungen. Natürlich sollte man dies eindeutig regeln, aber nicht im Sinne von Abschichtung, wie es bei Herrn de Maizière anklang. Ich denke, wir benötigen generell in Fragen, die für den globalisierten Wettbewerb eine Rolle spielen, europäische Regelungen.

Der andere Aspekt ist: Wenn es in zunehmendem Maße eine europäische Gesetzgebung gibt, dann ist es zugleich nötig, dass in der nationalen Gesetzgebung die Bereitschaft besteht, wieder mehr Zuständigkeiten und mehr Verantwortung auf untere Ebenen zu verlagern. Anderenfalls wird die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung noch stärker werden. Mit anderen Worten: Auf mittlere und längere Sicht wird es einerseits mehr europäische Gesetzgebungskompetenzen geben und andererseits mehr abgeschichtete Gesetzgebung im nationalen Bereich. Das ist dann das Europa der Regionen. Die Frage ist: Wie viel Kompetenzen geben wir auf die kommunale Ebene ab, wie schaffen wir mehr Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger?

Ich stimme denen zu, die hervorgehoben haben, dass die öffentliche Wahrnehmung der europäischen Politik darunter leidet, dass es an entsprechenden Personen mangelt, die diese Politik nach außen darstellen und vertreten. Je komplexer die politischen Zusammenhänge werden, desto wichtiger wird es, politische Inhalte mit Personen zu verbinden.

In dieser Hinsicht könnte der Vorschlag von Herrn Welle, Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zur Wahl zu stellen, ein Ansatz sein, der aber nicht ausreicht. Erst wenn die Gesetzgebungsverfahren, die die Bürger unmittelbar betreffen, auf europäischer Ebene stattfinden, lassen sie sich mit Personen verbinden. Dann wird europäische Politik auch anders wahrgenommen werden. Das hat sich teilweise schon bei der Diskussion um die Einführung des Euro gezeigt, und wir erleben es jetzt wieder bei der Debatte um die Benzinsteuern. Das sind für den Bürger keine abstrakten Regulierungsmechanismen, sondern sie betreffen ihn direkt. Das würde die europäische Politik viel stärker ins öffentliche Bewusstsein bringen, als das heute der Fall ist.

Ich denke, es ist eine generelle Frage des Staatsverständnisses, in welchem Umfang wir das Leben der Bürger und die wirtschaftlichen Verfahren regeln. Das heißt, die Politik sollte sich auf die Regelung solcher Sachverhalte beschränken, die anders nicht geregelt werden können. Es ist eine grundsätzliche politische Diskussion, die deutlich machen muss, dass wir Politiker bereit sind, unsere Regelungswut zurückzuschrauben, um damit wieder mehr Akzeptanz für unser politisches Handeln zu gewinnen. Das ist nicht allein eine Frage europäischer Politik und der Osterweiterung.

Herr Zieburg hat das Thema Globalisierung angesprochen. Abgesehen von der Notwendigkeit der europäischen Gesetzgebung im Hinblick auf die Globalisierung, die ich erwähnt habe, denke ich, dass die Diskussion über die Reform der Institutionen gerade in dieser Hinsicht außerordentlich wichtig ist. Wenn Europa in Zeiten der Globalisierung über das politische Instrumentarium verfügen soll, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, brauchen wir auf europäischer Ebene Institutionen, die schnell reagieren und handeln können. Dafür ist beispielsweise das Mehrheitsprinzip unverzichtbar. Denn es kann nicht sein, dass der Langsamste im Geleitzug das Tempo angibt.

Herr Krzemiński hat ein Bild Europas in hundert Jahren gezeichnet. Ich stimme ihm zu: Dieses Europa wird, wenn alles politisch gut geht, ein anderes sein, als wir es heute kennen. Dann werden überwiegend europäische Gesetze das Leben der Menschen regeln. Ich bin auch sicher, dass wir in hundert Jahren ein Finanzausgleichssystem zwischen den Staaten haben werden und nicht mehr die heutigen sehr komplizierten Finanzierungsmodelle. Aber das steht zurzeit noch nicht auf der Agenda.

Hänsch

Sie sprechen ein sehr sensibles Thema an, Frau Fugmann-Heesing. Die Art und Weise, wie die Europäische Union die Strukturfonds heute organisiert und kontrolliert, führt nicht nur zu Frustrationen, sondern hat auch falsche Prioritäten zur Folge. Das müsste grundlegend geändert werden, um zu vermeiden, dass man dort immer tiefer in Details hinein reguliert und kontrolliert, was bei der jetzigen Struktur unausweichlich ist. Das wäre in der Tat nur durch einen horizontalen Finanzausgleich auf europäischer Ebene möglich. Aber dieses Thema spreche ich in der Öffentlichkeit gegenwärtig nicht an. Das etwa im Zusammenhang mit der Osterweiterung in der Öffentlichkeit zu debattieren, würde sofort zu einer totalen Blockade führen und nicht nur den horizontalen Finanzausgleich, sondern auch die Osterweiterung infrage stellen.

Wie kommt man zu einer neuen Struktur? Ich sehe folgendes Problem: Verstärkte Zusammenarbeit beim Euro oder bei der Außenpolitik ist durchaus möglich und wo sie intergouvernemental stattfindet, lässt sich das auch halbwegs durchhalten. Aber das führt nicht zu den notwendigen institutionellen Reformen. Das ist der Punkt. Die Vorschläge von Fischer und Chirac unterstellen, ohne es explizit auszudrücken, dass eine tief greifende institutionelle Reform in einer Europäischen Union mit 20 oder 25 Mitgliedern nicht möglich ist. Ich sehe aber unsere eigentliche Aufgabe darin, nach Wegen zu suchen, nicht wie eine kleinere Union, sondern wie eine, sagen wir, 25er-Union strukturiert sein muss, um funktionsfähig zu sein. Ich bin im Übrigen davon überzeugt, dass dieses Ziel auch mit den neuen Staaten zu erreichen ist.

Ich habe vorhin bewusst aufgezählt, was wir in den vergangenen fünf Jahren unter den 15 Zuständen gebracht haben: den Euro, die Grundrechtscharta und die Aufstellung einer europäischen Eingreiftruppe. Das hätte mal jemand vor fünf Jahren zu prognostizieren gewagt! Warum meinen wir also, die nächsten Schritte würden wir mit 20 oder 25 Mitgliedsstaaten nicht realisieren können?

Nun bin ich kein Phantast. Vorstellbar ist auch eine Konstellation in Europa, in der es nicht gelingt, die notwendige große Reform auf den Weg zu bringen. Das hängt aber nicht von der größeren Mitgliederzahl ab, sondern kann auch schon mit 15 Staaten unmöglich sein. Das wäre in der Tat eine Krise, und man muss dann sehen, wie man da wieder herauskommt. Aber von vornherein davon auszugehen, die Reform würde an der Erweiterung scheitern, halte ich für falsch.

Frau Ackermann hat gesagt, die Erweiterung sei immer wieder zeitlich verschoben worden. Das stimmt so nicht. Es war sicher ein Fehler, dass höchstrangige Politiker in die Hauptstädte Ost- und

Mitteleuropas gereist sind und dort das Jahr 2000 als Beitrittsdatum verkündet haben. Diese Staatsmänner hätten besser wissen können, dass das nicht machbar ist. Diesen Vorwurf müssen sich Politiker aller Parteien gefallen lassen.

Ziebura

Sogar in Rumänien und Bulgarien hat man solche Versprechen abgegeben.

Hänsch

Deswegen warne ich so entschieden davor, dass wir noch einmal in diese Falle tappen und 2003 oder 2005 nennen. Es gibt ein einziges Datum, das wir seitens der EU verbindlich setzen können, und das ist die Aussage, dass wir Ende des Jahres 2002 erweiterungsfähig sind. Nur das liegt in unserer eigenen Hand. Die Aufnahmefähigkeit dagegen hängt entscheidend davon ab, was die Beitrittsländer können und wollen.

Herr Pflüger, wenn Sie jetzt das Beitrittsdatum zur entscheidenden Frage erklären, sehe ich folgenden Konflikt: Sie sprechen vom so genannten Big Bang, dass also alle zehn Kandidaten auf einen Schlag aufgenommen werden. Ich möchte sehen, wie die politisch Verantwortlichen in Brüssel es schaffen, für diese zehn Länder ein einziges Beitrittsdatum zu nennen. Das ist eine Illusion.

Unter anderem gehört Zypern zu diesen zehn Kandidaten. Wollen Sie wirklich den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten davon abhängig machen, dass Griechenland und andere darauf bestehen, dass wir vorher das Zypernproblem gelöst haben müssen?

Es ist richtig, in Nizza müsste ein Szenario verabschiedet werden, wie die Beitrittsverhandlungen weitergehen sollen. Da gibt es eine ganze Reihe von Punkten, die man präzisieren müsste. Aber wir sollten uns davor hüten, wieder neue Daten in die Welt zu setzen, die nur zu Frustrationen führen, wenn wir sie nicht einhalten.

Im Übrigen: Ist die Datumsfrage wirklich so entscheidend? Sie sagen zu Recht, Herr Pflüger, das würde den betreffenden Ländern noch einmal einen Schub geben, sich weiter anzustrengen. Ich will Ihnen aber auch meine Erfahrungen nicht vorenthalten, die ich als Präsident des Europäischen Parlaments in den Jahren 1994 bis 1998 in zahllosen Gesprächen mit Staats- und Regierungschefs in Ost- und Mitteleuropa gemacht habe. Da hat beispielsweise der Präsident eines dieser Länder - ich nenne keinen Namen - intensiv auf mich eingeredet und mich beschworen, ganz schnell ein Datum zu nennen. Anschließend habe ich ihn gefragt: Herr Präsident, angenommen, ich wäre eine gute Märchenfee und Sie hätten einen Wunsch frei, würden Sie wünschen, dass Ihr Land morgen Mitglied der Europäischen Union ist? Darauf hat er mich ein wenig erschrocken angesehen und gesagt: Natürlich nicht.

Nyberg

Das Land würde das nicht überleben.

Hänsch

Mitunter habe ich den Eindruck, hier sitzt man der eigenen Propaganda auf.

Schließlich bin ich der Meinung, es kann nicht auf ein Jahr mehr oder weniger ankommen. Wenn diese wirklich große Sache der Osterweiterung gelingen soll und zu Recht gesagt wird, wir dürften dabei die Sorgen und Ängste der Menschen nicht außer Acht lassen, sondern müssten ihnen die Vorteile der Erweiterung eindringlich vor Augen führen, dann kann es nicht nur um die Datumsfrage gehen.

Vielleicht mag es zu pathetisch klingen, wenn ich sage: Die Europäische Union steht jetzt im Grunde vor der gleichen Situation, in der die Gründerväter der europäischen Einigung in den 50er-Jahren gestanden haben. Die haben damals den Mut und die Weitsicht, aber auch die kluge Beschränkung aufgebracht, den tausend Jahre alten Antagonismus zwischen Deutschland und Frankreich zu überwinden und die Einigung Europas im Westen zu beginnen. Wir haben jetzt wiederum die einmalige Chance, zum ersten Mal in der Geschichte unseren ganzen Kontinent in einer Organisation des Friedens und der Stabilität zusammenzubringen. Dazu müssen wir die gleiche Sorgfalt, den gleichen Mut und die gleiche Weitsicht, aber auch die gleiche weise Beschränkung aufbringen und das tun, was wir wirklich tun können und nicht Dinge in die Welt setzen, die sich vielleicht schon nach zwei Jahren nicht mehr aufrechterhalten lassen.

Reiter

Ich kann Ihnen einen Vorwurf nicht ersparen, Herr Hänsch: Das, was Sie jetzt ausgeführt haben, mag theoretisch richtig sein, aber es ist absolut unpolitisch und geht an den Realitäten vorbei.

Wenn sie sagen, uns wurde nichts versprochen, dann erinnert mich das an einen Witz aus Polen in den 70er-Jahren, in dem der damalige Parteichef parodiert wurde, der gesagt habe: Die Partei hat nichts versprochen und das Versprechen gehalten. Wir befinden uns heute im Jahre 2000, 11 Jahre nach der Revolution in Polen und in den mittel-osteuropäischen Ländern. Wenn alles gut geht, müssen wir mit dem Beitritt noch drei Jahre warten; das sind dann 14 Jahre. Wie lange, glauben Sie, kann man in diesen Ländern den revolutionären Zustand, in dem sie sich zum Teil immer noch befinden, durchhalten? Das gleicht dem Leben auf einer Wanderdüne. Das konkrete Datum mag nicht das Entscheidende sein, aber die Zeit ist ein entscheidender Faktor.

Gasteyger

Darf ich fragen, Herr Reiter, was die Alternative ist?

Goulard

Ich stimme mit Herrn Hänsch vollkommen überein - das mag ähnlich unpolitisch sein, Herr Reiter;- , und zwar aus zwei Gründen. Erstens: Wie können wir sicher sein, dass das Datum, das wir anbieten würden, dann auch eingehalten wird? Wir haben doch erlebt, dass solche Aussagen von höchster Stelle gemacht und dann nicht realisiert wurden.

Das Zweite ist ein generelles Problem der Demokratie. Dürfen sich unsere Regierungen heute für die nächsten drei oder vier Jahre festlegen, ohne das Ergebnis der Verhandlungen zu kennen? Das heißt, unsere Regierungen sollen heute ein festes Datum nennen, ohne zu wissen, ob die Verhandlungen dann abgeschlossen sein werden und ob unsere Völker dem Ergebnis zustimmen werden. Wie soll das gehen in einer Demokratie? Ich habe sehr viel Verständnis für Ihre Situation, Herr Reiter, aber so einfach laufen die Dinge in einer Demokratie nicht, wo es regelmäßig Wahlen gibt.

Sie fragen, Herr Hansen: Warum soll es nicht möglich sein, mit 20 oder 25 Mitgliedern bestimmte Reformziele zu erreichen? Den Grund für die Skepsis sehe ich vor allem darin, dass die EU schon mit 15 Mitgliedern mitunter in große Schwierigkeiten gerät. In vielen Bereichen kommen wir wegen der Einstimmigkeitsregel nicht zu den Ergebnissen, die notwendig wären. Da hilft uns der Glaube vielleicht nicht weiter, wir werden schon irgendwo zu einer Lösung kommen. Mag sein, dass wir dann zehn Jahre warten, um zu sehen, was geschieht, und bis dahin entscheiden wir eben nichts.

Brok

Das hat aber nichts mit der Zahl der Mitglieder zu tun, sondern mit den Entscheidungsverfahren.

Goulard

Das weiß ich wohl, Herr Brok. Aber wir haben das in Frankreich nach Maastricht erlebt, als das Referendum bei uns äußerst knapp ausgefallen ist. Das heißt, es kann in jedem Land passieren, dass aus rein innenpolitischen Gründen eine sehr wichtige Entscheidung nicht zustande kommt und das Ganze blockiert wird.

Kirt

Wenn hier verschiedentlich die kleinen Staaten angesprochen wurden, möchte ich Victor Hugo zitieren, der einmal gesagt hat: "Es gibt keine kleinen Staaten. Groß ist, wer ein großes Beispiel bietet." Ich meine, die Luxemburger bieten ein großes Beispiel, wie die europäische Integration auch in einem kleinen Land funktionieren kann.

Ich möchte noch einmal auf die Frage des Datums für die Erweiterung, zurückkommen und mit einer kleinen Geschichte beginnen. Der deutsche, der italienische und der polnische Außenminister kommen in den Himmel. Der deutsche Außenminister fragt den lieben Herrgott: Wann werden wir in Deutschland endlich das Problem des Rechtsextremismus in den Griff bekommen? Darauf sagt der Herrgott: Herr Außenminister, bis dahin werden Sie nicht mehr im Amt sein. Dann fragt der italienische Außenminister: Wann werden wir in Italien das Problem der Mafia gelöst haben? Und der Herrgott antwortet erneut: Bis dahin, Herr Außenminister, werden Sie nicht mehr im Amt sein. Schließlich fragt der polnische Außenminister: Lieber Herrgott, wann werden wir Polen endlich der Europäischen Union beitreten können? Da meint der Herrgott: Bis dahin werde ich nicht mehr im Amt sein.

Um seriös zu werden: Ich stimme Herrn Pflüger zu, dass die Zeit gekommen ist, jetzt ein Datum zu nennen. Im Grunde geht es dabei nicht nur um ein Datum, sondern um drei Daten. Erstens: Wann werden die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen sein? Zweitens: Wann werden die ersten neuen Mitglieder beitreten können? Und drittens - der wichtigste Aspekt: Wie lange dauern die Übergangsfristen?

Mit der Nennung eines Datums würde man auf die Delors-Methode zurückgreifen. Delors hat Mitte der achtziger Jahre für die Errichtung des Binnenmarktes das magische Datum 31. 12. 1992 festgelegt, und auf dieses Ziel wurde dann konkret hingearbeitet. Obwohl die Deutschen uns 1989 wieder einmal - ich sage das völlig emotionslos - einen Strich durch die Rechnung beziehungsweise durch die Geschichte gemacht haben, indem sie die Mauer zwischen Ost und West zum Einsturz brachten, ist das Datum 31. 12. 1992 beibehalten worden. Der Fall der Mauer hat den Prozess sogar noch beschleunigt. Nicht nur das, wir haben auch noch den Euro hinzubekommen, der meiner Meinung nach an sich erst nach der Errichtung des Binnenmarktes am 31.12.1992 und einer längeren Evaluationsphase für das Jahr 2000 auf der Tagesordnung gestanden hätte. Und wir haben drittens die politische Union auf den Weg gebracht. Das heißt, die Ereignisse von 1989 haben sich auf den europäischen Prozess überhaupt nicht negativ ausgewirkt. Der Maastrichter Vertrag wurde von dreizehn Staaten unterschrieben. Mit der Nennung des Datums waren also in jedem Falle positive Wirkungen verbunden.

Im Falle der Erweiterung stellt sich aber auch die Frage: Wenn wir ein Datum nennen, für welche Länder soll es dann gelten? Das heißt, wir müssen ein solches Datum mit konkreten Namen verbinden, und das bedeutet, einige Länder zunächst auszuschließen, wenn wir nicht das Pflüger-Szenario annehmen und den "Big Bang", also die Aufnahme aller zehn oder zwölf Kandidaten auf einen Schlag anstreben. Das ist 1997 unter der luxemburgischen Ratspräsidentschaft diskutiert worden, wobei sechs Namen genannt wurden.

Um Herrn Hänsch zu variieren, meine ich, wir sollten mit einem Minimum an Einsicht ein Maximum an Einsatz wagen. Das Minimum ist - und darin sind wir uns hier offensichtlich alle einig;- , dass die Osterweiterung eine absolute Notwendigkeit ist. Das Maximum an Einsatz heißt, jetzt ein Datum und auch die entsprechenden Namen zu nennen. Und ich füge ein wenig provokativ hinzu: Ein Maximum an Einsatz wagen hieße auch, die 1,27 Prozent noch einmal zu diskutieren, damit wir in der Datumsfrage nach außen etwas glaubwürdiger wirken.

Reiter

Zu dem Tandem Deutschland/Frankreich will ich nur anmerken: Die eigentliche Bedeutung der engen Verbindung dieser beiden Länder sehe ich darin, dass sie mit ihrem politischen Gewicht in der Lage waren, auch die Interessen anderer Länder zu bündeln und auf diese Weise den europäischen Einigungsprozess voranzubringen. Dieser Rolle dürften alle anderen Länder in der EU, ob groß oder klein, beipflichten können. Es gibt mitunter aber auch eine Tendenz bei diesen beiden, die EU zum Vehikel für ihre eigenen nationalen Ambitionen zu machen. Das führt dann gelegentlich zu Interessenkonflikten, vor allem mit kleineren Ländern.

Was das Datum für den Beitritt angeht, möchte ich eines richtig stellen: Weder Kohl noch Chirac haben das Jahr 2000 als konkreten Beitrittstermin genannt. Sie haben lediglich gesagt, sie würden es sich wünschen, wenn beispielsweise Polen im Jahre 2000 in der EU sein könnte. Diese eher vage Äußerung ist anschließend als konkretes Beitrittsdatum interpretiert worden; doch so hatten die beiden Politiker es nicht gemeint. Deshalb würde ich es für wichtig halten, wenn jetzt erstmals ein Datum seitens der EU festgelegt wird.

Wann ist die EU aufnahmefähig, und wann sind die Beitrittsländer beitragsfähig? Auf diese Frage antworte ich: Auch in zwei, drei oder in zehn Jahren wird es keine hundertprozentige Aufnahmefähigkeit und keine hundertprozentige Beitrittsfähigkeit geben. Sie sollten jedenfalls nicht erwarten, dass die Beitrittskandidaten einen Zustand erreichen wie die Schweiz, klein und fein. Dass wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um uns den Gegebenheiten in der Europäischen Union anzupassen, ändert nichts daran, dass wir von einem recht niedrigen Niveau starten. Sie müssen also unsere Länder so nehmen, wie sie sind. Diese haben inzwischen bewiesen, dass sie zu mehr fähig sind, als sie noch vor zehn Jahren leisten konnten, aber man muss akzeptieren, dass wir keine schweizerischen Konföderationen sind.

Ludger Kühnhardt hat die Weltfähigkeit der Europäischen Union eingefordert. Ich denke, diese europäische Weltfähigkeit wird sich nicht in erster Linie in Lateinamerika oder in Südostasien zu beweisen haben, sondern in Russland, in der Ukraine, also in der Region östlich von Polen, Tschechien und Ungarn. Wenn die Europäische Union dort ihre Funktion erfüllen soll, dann braucht

sie Partner und Verbündete und das sind die unmittelbaren Nachbarn dieser Länder. Das gilt aufgrund seiner Größe insbesondere für Polen. Darin sehe ich die eigentliche geostrategische Bedeutung der Osterweiterung der EU. Diese Ausrichtung ihrer weltpolitischen Rolle würde die Europäische Union auch nicht in Gegensatz zu den USA bringen. Im Gegenteil, ich hoffe, dass sich beide Machtzentren dort gut ergänzen werden.

Bei allem Verständnis für die Forderung, wir müssten uns weiter anstrengen, sollte diese strategische Komponente nicht in Vergessenheit geraten. Ich will aber auch ganz klar sagen: Polen verlangt keinen Sondertarif für die Aufnahme in die EU. Wenn wir es nicht schaffen, die Kriterien zu erfüllen, ist das unsere Schuld. Damit müssen wir selbst fertig werden.

Kühnhardt

Ich kann Janusz Reiter nur beipflichten. Wenn wir uns bei der Diskussion über Daten und Zeitpläne für den Beitritt immer im Kreise drehen und nur über Kosten und Ängste reden, die damit verbunden sein könnten, verschwenden wir viel Energie, die wir besser dafür aufbringen sollten, um uns mit der Rolle Europas in der Welt des 21. Jahrhunderts zu beschäftigen. Mit solcher Klein-Klein-Diskussion verpassen wir die Chance, uns den Herausforderungen der Globalisierung rechtzeitig zu stellen. Deshalb plädiere ich für einen klaren Beitrittsfahrplan.

Ein eindeutiges Beitrittsdatum erhöht sicher den Reformdruck in den Beitrittsländern, aber auch innerhalb der jetzigen EU. Angesichts des schwindenden Solidarbewusstseins nimmt die Gefahr zu, dass die wechselseitige Skepsis sowohl bei den Kandidaten als auch in den EU-Ländern zu Populismus und Unberechenbarkeit führt und den weiteren Integrationsprozess infrage stellt.

Mit der Festlegung eines Beitrittsdatums und des Fahrplans für die Erweiterung würde der europapolitische Denkprozess zwischen den Eliten und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen in unseren Ländern einen neuen Schub erhalten, den wir dringend benötigen. Dabei sollten wir uns durchaus an den Erfahrungen bei der Einführung des Euro orientieren, wo ein festgesetzter Zeitplan mit der Erfüllung bestimmter Kriterien verbunden worden war. Die Aufnahmekriterien sind bekannt, und es ist auch klar, dass jedes Land individuell beurteilt werden muss. Daran sollte die Beitrittsfrage gemessen werden und an sonst gar nichts.

Zum Zeitplan möchte ich eine Anregung geben. Mir erscheint es sinnvoll, von mehreren Erweiterungsrounden auszugehen und diese jeweils an die Wahlen zum Europäischen Parlament zu koppeln. Das heißt, die erste Erweiterungsrunde wäre so zu organisieren, dass die ersten neuen Mitglieder bei der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament 2004 dabei sind. Die nächste Erweiterungsrunde würde dann vor 2009 folgen und eine dritte Runde müsste wohl noch vor 2014 stattfinden. Eine solche Verknüpfung der Zeitpläne würde sich an der politischen Dynamik Europas orientieren. Dann muss es auch keinen Big Bang geben. Dass Polen nicht erst das Ableben des lieben Gottes abwarten muss, Herr Kirt, davon gehe ich ohnehin aus. Auf die von mir angedeutete Weise würden wir aber den Kreis durchbrechen, in dem sich die gegenwärtige Diskussion dreht.

An die Adresse unserer eigenen Regierung füge ich hinzu: Die Agenda 2000, die im letzten Jahr in Berlin verabschiedet wurde, war im Grunde eine Verzögerungsstrategie sowohl im Hinblick auf die Erweiterung als auch für die notwendigen Reformen in der EU. Man wird mir entgegenhalten, in der Agrarpolitik, bei den Strukturfonds und in der Regionalpolitik habe es doch Reformen gegeben. Das war aber nicht ausreichend. In der Berliner Agenda von 1999 hieß es, der Finanzrahmen, der bis 2006 zur Verfügung stehe, reiche für mindestens drei neue Mitglieder aus, und zwar einschließlich Polens. Warum sollte also in Nizza Ende des Jahres kein Beschluss gefasst werden, wonach bei der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament die ersten neuen Mitglieder mitwählen können?

Fischer

Ich darf noch einmal daran erinnern: Es gab die Beitrittsstrategie von Luxemburg; dann folgte Helsinki mit einer hochgradigen Flexibilisierung des Verfahrens, wobei die individuelle Leistungsfähigkeit jedes der zehn oder zwölf Beitrittskandidaten zum Maßstab erhoben wurde. Jetzt diskutieren wir über konkrete Beitrittstermine, und Herr Kirt hat angeregt, diese dann mit bestimmten Namen zu verbinden, möglicherweise für einzelne Ländergruppen. Das sieht so aus, als würde man einen Schritt zurück auf Luxemburg gehen.

Herr Kühnhardt regt an, Beitrittstermine mit den Wahlen zum Europäischen Parlament zu koppeln. Das halte ich für eine interessante Überlegung, wobei die Frage bleibt, wie sich beispielsweise die erste Gruppe zusammensetzt. Deutschland hat bekanntlich ein sehr starkes Interesse daran, Polen als Erstes dabeizuhaben. Ob Frankreich noch immer so stark für Rumänien votiert, bin ich mir nicht

mehr ganz sicher. Herr Pflüger hat auf die historisch gewachsenen Beziehungen zwischen der tschechischen und der slowakischen Republik hingewiesen. Es gibt das Problem der ungarischen Minderheit in Rumänien. All das spielt bei der Festlegung von Ländergruppen sicher eine Rolle.

Bei dem Konzept von Herrn Kühnhardt sehe ich das Problem, dass eine erste Gruppe 2004 aufgenommen und die zweite Gruppe dann erst 2009 folgen würde. Zwischen der ersten und der zweiten Gruppe müsste man realistische Spielräume einbauen, wobei die Beitrittskriterien den Maßstab bilden würden. Ich frage mich aber, ob bei den politischen Faktoren die objektiven Kriterien nicht zu kurz kommen. Ist die Staffelung bei der Aufnahme so machbar? Und wie soll das mit der Forderung von Herrn Schweppe, Frau Goulard und anderen in Einklang gebracht werden, dass Erweiterung und Vertiefung parallel voranzutreiben sind? Welchen Stellenwert hat dann die nächste Regierungskonferenz oder ein Konvent, wo die Kompetenzverteilung und andere Fragen verhandelt werden sollen? Da sehe ich doch sehr starke Reibungspunkte.

von Thadden

Ich denke, jetzt ist der Zeitpunkt günstig, Herrn Kranz zu bitten, uns die polnischen Überlegungen noch etwas eingehender darzustellen.

Kranz

Vor nunmehr 11 Jahren hat sich die geopolitische Lage Polens und der anderen mittel-osteuropäischen Länder grundlegend geändert. Seitdem hoffen diese Länder, nach Europa zurückzukehren, wie es immer heißt. Das bedeutet, der NATO und der EU beizutreten. Das Wort von der Teilung Europas besagt, dass Europa nicht auf Westeuropa begrenzt war. Bis 1989 konnte sich aber nur der Westen Europas an der Integration beteiligen, sei es auf militärischem, sei es auf ökonomischem Gebiet. Das erklärt, warum auch die polnische Politik dieses Ziel verfolgt. Das ist gewissermaßen die polnische Raison d'Etat, weil wir darin eine Garantie sehen, unsere 1989 gewonnene Freiheit zu erhalten. Deshalb wollen wir den europäischen Institutionen angehören.

Warum ist das für Polen so wichtig? Nun, das erklärt sich nicht zuletzt aus unserer Geschichte. Denn in den letzten 200 Jahren, während des 19. und 20. Jahrhunderts war nicht nur die Existenz unseres Staates, sondern auch unserer Nation bedroht. Das ist der eigentliche Grund, warum Polen den Beitritt zur europäischen Integration in der bisher bewährten Form anstrebt - trotz aller Schwierigkeiten und Probleme, die damit verbunden sind.

Die polnische Politik in den letzten Jahren sieht ihre vordringliche Aufgabe darin - und das gilt sicher auch für die anderen mittel-osteuropäischen Länder; -, dass wir nicht an den Rand Europas gedrängt und isoliert werden. Wir müssen unbedingt vermeiden, in einer Art von Grauzone zu verbleiben.

Wir sehen in der Mitgliedschaft in der NATO und in der EU auch eine Stärkung der staatlichen polnischen Souveränität, ohne dass dies ein Hindernis bei der Realisierung dieser politischen Zielsetzungen ist. Das ist für uns jedenfalls kein Widerspruch, und ich denke, man sollte dabei zwischen der verfassungsrechtlichen Souveränität und der Souveränität im Völkerrecht unterscheiden.

Aus polnischer Sicht soll die europäische Integration nationalistische Tendenzen in Europa, aber auch die Dominanz einzelner Länder verhindern. Deshalb wenden wir uns gegen eine Politik von Einflusszonen. Das mag im Augenblick keine große Gefahr darstellen, aber langfristig können wir nicht ausschließen, dass solche Erscheinungen wiederkehren. Aus diesem Grunde sehen wir in der Erweiterung der Europäischen Union um die mittel-osteuropäischen Staaten eine der zentralen Fragen der europäischen Politik - unabhängig von Reform und Gestaltung der EU.

Die Integration unserer Länder in die europäischen Strukturen darf auch nicht länger zum Zankapfel zwischen den größeren und kleinen Mächten werden. Natürlich wissen wir, dass ein Land wie Polen nicht von einem Tag zum anderen Mitglied der EU werden kann, sondern dass wir bestimmte Vorbedingungen erfüllen müssen.

Was die innenpolitische Lage in Polen angeht, die ich jetzt nicht im Detail analysieren will, kann ich eines deutlich sagen: Wir verfolgen in den letzten elf Jahren eine konstante Politik, nämlich die Mitgliedschaft zuerst in der NATO und dann in der EU anzustreben. Das war unabhängig von jedem Regierungswechsel, und auch die neue Regierung, die in einem Jahr gebildet wird, wird daran nicht viel ändern. Die Stimmung bei uns ist immer noch positiv. Natürlich gibt es auch Euroskeptizismus in Polen wie in allen anderen Ländern der Europäischen Union, aber das ist keine vorherrschende Tendenz. Insbesondere die jüngere Generation bei uns, für die die Geschichte keine so große Rolle mehr spielt, hat eine offene Einstellung zur europäischen Integration; auch unter denen gibt es

Euroskeptiker. Ich sehe aber keine Gefahr, dass nationale Kreise in Polen diesen Prozess und die Hinwendung nach Europa bedrohen könnten.

Es ist immer wieder die Rede davon, dass die polnische Landwirtschaft ein großes Problem für die Integration darstellt. Ich denke, die Landwirtschaft wird ein größeres Problem für den polnischen Staat sein als für die Europäische Union. Es heißt, etwa 22 Prozent der polnischen Bevölkerung seien in der Landwirtschaft tätig. Das stimmt so nicht, sondern dabei werden in unseren Statistiken alle diejenigen erfasst, die auf dem Land einen Wohnsitz haben, die aber nicht alle in der Landwirtschaft arbeiten und davon leben, sondern das betrifft nur knapp 12 Prozent der Bevölkerung.

Hinzu kommt, dass die Flächen der einzelnen Bauern sehr klein sind; im Durchschnitt haben die landwirtschaftlichen Betriebe nur acht Hektar, vor einigen Jahren waren es sogar nur fünf Hektar. Hier haben wir es also mit erheblichen Restrukturierungsproblemen zu tun. Die erwähnten 12 Prozent werden auch nicht alle Gemeinschaftsgelder nachfragen und sich damit entsprechenden Kontrollen unterziehen. Wer nur zwei oder drei Hektar bewirtschaftet, für den lohnt es sich einfach nicht, sich den EU-Regeln zu unterwerfen. Für Polen ist die Landwirtschaft zweifellos ein großes Problem; denn für sehr viele dieser Menschen müssen wir eine andere Beschäftigung finden. Wir gehen jedenfalls davon aus, dass es in Polen, wenn wir Mitglied der EU werden, auf mittlere Sicht nur etwa eine halbe Million Landwirtschaften geben wird, die in die europäische Agrarpolitik eingebunden werden müssten.

Wie stehen wir zur Frage eines europäischen Föderalismus? Die Föderalismusdiskussion in Europa steht ja mit der Erweiterung und auch mit der Einführung des Euro im engen Zusammenhang. Polen wird häufig in der Öffentlichkeit eine kritische Haltung zu Europa unterstellt. Der polnische Außenminister Bartoszewski hat im Juli in Brüssel eine Rede gehalten, deren Hauptpunkt war, dass wir die Vertiefung und die Erweiterung als einen Evolutionsprozess verstehen müssten. Die Regierungskonferenz in Nizza hat die Aufgabe, die innere Struktur der Europäischen Union zu reformieren. Davon zu trennen ist die Diskussion über die zukünftige Entwicklung der Union.

Vorschläge für einen europäischen Präsidenten und für ein gemeinsames Europäisches Parlament und dergleichen, das sind Fragen, die man schrittweise anpacken muss. Die Wahl eines europäischen Präsidenten etwa verstehen wir weniger als konkrete Zielsetzung als vielmehr als eine Perspektive, die sich allmählich entwickeln könnte. Nach meiner Einschätzung sollten wir jetzt nicht so sehr über Ziele nachdenken, die sich vielleicht erst in zehn oder zwanzig Jahren verwirklichen lassen, weil sich darüber die heutigen Regierungen verständigen müssten und in vielen Ländern, nicht nur in Polen, eine entsprechende Akzeptanz in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

Wenn Chirac und Fischer darüber nachdenken, haben wir nichts dagegen. Wir sind aus verständlichen Gründen daran interessiert, dass die europäische Integration auch politisch stark bleibt; niemand will diesen Prozess schwächen. Deshalb sollte man solche weitreichenden Entscheidungen nicht sofort treffen, sondern sich allmählich entwickeln lassen. Denn wir können heute überhaupt nicht absehen, ob sich solche Vorschläge realisieren lassen.

Was bedeutet ein föderatives oder - wie ich es verstehen würde - ein föderales Europa? Ich persönlich glaube nicht, dass wir in Europa in, sagen wir, zwanzig Jahren so etwas wie eine Art föderalen Staat nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten haben werden. Aber es gibt in der EU ja seit langem föderale Elemente. Die Idee einer europäischen Föderation hat in letzter Zeit durch die Diskussion über die Verstärkte Zusammenarbeit oder den Begriff der Avantgarde neuen Auftrieb erhalten.

In dem Zusammenhang geht es unter anderem um die Frage der Kompetenzverteilung. Ich sehe aber nicht, dass sich auch nur die jetzigen 15 EU-Mitglieder auf Institutionen für einen echten föderalen Staat einigen können, wie sie Außenminister Fischer vorgeschlagen hat. Das ist keine Perspektive für die nächsten fünf oder zehn Jahre. Auf eine solche langfristige Zielsetzung von über zehn Jahren können wir aber heute unsere Politik nicht aufbauen.

Wenn jetzt Verstärkte Zusammenarbeit unter einigen Staaten angestrebt wird, dann bin ich persönlich der Meinung - ich spreche hier nicht für unsere Regierung;-, dass dies mit Zustimmung der anderen Länder, die nicht dabei sind, geschehen kann, vor allem im Bereich der ersten Säule. Sonst besteht die Gefahr, dass der ganze Integrationsprozess auseinander fällt. Die kleinere Gruppe von Staaten, die sich zu einer engeren Zusammenarbeit entschließt, würde sicher erweiterte Kompetenzen haben und einen anderen Rahmen bilden.

Ich denke beispielsweise an den Euro, an dem sich jetzt 11 oder demnächst 12 Länder beteiligen, was aber seine Wirkungen für alle 15 Länder haben wird. Wäre der Euro-Club noch kleiner, würde das durchaus problematisch für den Zusammenhalt der Gemeinschaft. Vielleicht wäre die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein geeignetes Thema für Verstärkte Zusammenarbeit. Aber darüber müsste noch intensiv nachgedacht werden. Theoretisch mag es sich ja recht gut

anhören, aber wie wirkt sich das in der Praxis für die Europäische Gemeinschaft aus? Ich denke, da wird es erhebliche Probleme geben.

Was bedeutet Verstärkte Zusammenarbeit insbesondere für die Beitrittsländer, also im Zusammenhang mit der Osterweiterung? Sicher, man sagt, die jeweilige Avantgarde müsse offen sein für andere Länder, die später daran teilnehmen wollen. Das hängt dann aber von den Kriterien ab, deren Erfüllung man zur Voraussetzung macht. Wenn diese Kriterien entsprechend hoch gesetzt werden, haben andere Länder kaum eine Chance. Das ist im Übrigen nicht nur ein Problem für die Beitrittsländer; denn es gibt auch in der heutigen EU schwächere Länder.

Als der Euro eingeführt wurde, hat man beispielsweise einen Kohäsionsfonds gegründet eine ganz bewusste politische Entscheidung, um einigen Ländern das Erreichen der geforderten Kriterien zu erleichtern. Das ist ein gutes Beispiel. Wenn dieser Prozess in Zukunft nicht auch für andere Länder politisch entsprechend begleitet wird, um ihnen eine Teilnahme zu ermöglichen, wird die Folge sein, dass verschiedene Länder, auch Polen, zu Mitgliedern zweiter Klasse werden. Die Verstärkte Zusammenarbeit und die Avantgarde ist also eine Frage der politischen Entscheidung und der Solidarität in diesem Europa. Wenn nur diejenigen dabei sein können, die stark genug sind, und keine Rücksicht auf die anderen genommen wird, dann wird es über kurz oder lang zu einer Spaltung der Gemeinschaft kommen, weil die Unterschiede zwischen den Ländern immer größer werden.

Schweppe

Ich muss gestehen, Herr Kranz, dass ich Ihren Ausführungen mit einer gewissen Sorge zugehört habe. So haben Sie betont, Polen möchte der EU in ihrer "bewährten Form" beitreten, und Sie haben hinzugefügt, Sie glaubten nicht daran, dass die Europäische Union sich zu einer Art föderalem Staat entwickeln würde, auch in zwanzig Jahren nicht. Wir glauben etwas anderes, aber darüber kann man natürlich streiten.

Des Weiteren haben Sie sich sehr kritisch zur Verstärkten Zusammenarbeit geäußert. Sie sollten aber wissen, dass die Bundesregierung ein Befürworter eines sehr raschen Beitritts Polens ist, und ich würde auch Herrn Kühnhardt widersprechen, dass die Agenda 2000 eine Verzögerungsstrategie war, im Gegenteil. Das Geld reicht im Übrigen für die Aufnahme von sechs Staaten aus, nicht nur für drei, wie Sie sagten. Für die Direktbeihilfen in der Landwirtschaft gibt es ja Übergangsfristen.

Ich unterstreiche also, dass auf deutscher Seite ein Interesse an einem raschen Beitritt besteht, wir aber zugleich die Reform der Institutionen voranbringen wollen. Was nicht geschehen darf, ist, dass das eine Ziel, nämlich der Beitritt, das andere Ziel, die Intensivierung und eine höhere Integrationsstufe, gefährdet.

In dem Zusammenhang weise ich auch daraufhin, dass die Europäische Union immer ein bewegliches Ziel gewesen ist und eine flexible Zielsetzung verfolgt hat. Genau damit hat beispielsweise Großbritannien stets ein Problem gehabt. Seit dreißig Jahren verkünden die Briten, sie unternehmen alle Anstrengungen, um bei der einen oder anderen europäischen Sache mitzumachen. Sie betrachten ihr Ziel dabei leider häufig als statisch und unterschätzen, dass sich das Ziel inzwischen weiterbewegt. Sollte Polen eine ähnliche Betrachtungsweise haben, hätten wir ein Problem, das wir ausdiskutieren müssten. Die Bundesregierung jedenfalls hat bekräftigt, dass in Nizza die letzte Regierungskonferenz vor der Erweiterung stattfinden wird.

Möglicherweise wird man sich in Nizza auf den weiteren europäischen Bauplan verständigen. Dabei würde es um drei Fragestellungen gehen: erstens die Vereinfachung der Verträge; zweitens die Integration der Grundrechtscharta in die Verträge und drittens um die Kompetenzverteilung. Diese drei Dinge zusammengenommen, entsprechen genau dem klassischen Verfassungsbegriff. Das jedenfalls kommt nicht erst in zwanzig Jahren, sondern vermutlich sehr schnell auf uns zu. Niemand sollte sich Illusionen hingeben, wir würden in zwanzig Jahren noch keine europäische Verfassung und keinen föderalen europäischen Staat haben.

Zwei praktische Beispiele mögen für unsere polnischen Freunde wichtige Hinweise geben. Das eine betrifft den Umweltschutz. Nach einer Untersuchung der Weltbank wären zwanzig Milliarden US-Dollar erforderlich, um in Polen die Trinkwasserrichtlinie der Europäischen Union umzusetzen. Es ist klar, dass Polen eine solche Summe kurzfristig unmöglich aufbringen könnte. Das heißt, in den Beitrittsverhandlungen wird es beim Thema Übergangsfristen zu erheblichen Auseinandersetzungen kommen. Da braucht man kein Prophet zu sein, um das vorherzusagen. Während unsere Industrie möglichst keine oder nur eine sehr kurze Übergangsfrist verlangen wird, wird Ihre Regierung für möglichst lange Fristen plädieren. Aber selbst wenn man Polen eine Übergangsfrist von, sagen wir,

zehn Jahren zugestehen würde, wären das immer noch jährlich zwei Milliarden Dollar, die Sie allein in die Verbesserung des Trinkwassers investieren müssten. Das ist eine beträchtliche Summe.

Auf der anderen Seite wollen Deutschland, Frankreich und andere Länder, die an der Spitze des umweltpolitischen Fortschritts marschieren, beim Erreichten nicht stehen bleiben. So haben wir bei uns in den vergangenen Jahrzehnten beispielsweise die Bleirohre durch Kupfer ersetzt und wollen auf diesem Wege fortfahren. Was nicht eintreten darf, ist, dass in Zukunft am Ratsstisch Staaten sitzen, die erklären, so viel Geld könnten sie für den Umweltschutz unmöglich aufbringen, und von uns verlangen, keine weiteren Fortschritte zu vereinbaren. Hier würde ein Zielkonflikt entstehen. Denn wir wollen durchaus beides: Sie möglichst schnell zu vertretbaren Bedingungen in die Europäische Union aufnehmen und zugleich die EU weiter verdichten.

Mein zweites praktisches Beispiel betrifft die Landwirtschaft. Das Thema Direktbeihilfen konnten wir aus Sicht der Bundesregierung leider bei der Agenda 2000 nicht hundertprozentig lösen. Die Gründe dafür sind bekannt. Eines dürfte aber klar sein: Es kann nicht angehen, dass noch jahrzehntelang knapp fünfzig Prozent des EU-Haushaltes dafür verwandt werden, der Aufrechterhaltung überkommener Strukturen zu dienen. Wenn die EU sich zu einem Global Player entwickeln soll, dann müssen wir einige Gelder in die Zukunftsbereiche umsteuern, zum Beispiel in die Forschung, die heute gerade einmal drei Prozent des EU-Haushaltes erhält, während wir für die Landwirtschaft vierundvierzig Prozent ausgeben. Dieses Missverhältnis muss geändert werden.

Kranz

Was hat das mit Polen zu tun?

Schweppe

Das bedeutet, dass die hohen Direktbeihilfen für die Landwirtschaft verringert werden und wir versuchen müssen, den landwirtschaftlichen Sektor insgesamt zu liberalisieren. Das kann aber unausweichlich zu Spannungen mit Polen und anderen Beitrittsländern führen. Wenn Sie also der EU in ihrer "bewährten Form" beitreten wollen, würde das bedeuten, es dürften keine weiteren Änderungen stattfinden. Das kann nicht sein. Wir wollen beides: eine möglichst schnelle Aufnahme und zugleich Veränderungen, an denen die Europäische Union nicht gehindert werden darf.

Goulard

Ähnlich wie Herr Schweppe hat auch mich Ihr Statement besorgt gemacht, Herr Kranz. Wir versuchen in der Tat beides hinzubekommen - darin stimmten auch Fischer und Chirac überein - die Erweiterung und die Vertiefung der Union. Wer das anders sieht, wird in den nächsten Jahren Schwierigkeiten bekommen. Wir unterstützen die Idee der Erweiterung und wollen alles tun, um uns darauf vorzubereiten, aber wir verzichten nicht darauf, die Integration zu vertiefen, wenn die neuen Länder nicht bereit sind, dabei mitzumachen. Das wäre der falsche Ansatz.

Herr Kranz sagte, eine Avantgarde oder Verstärkte Zusammenarbeit sei möglich, wenn diejenigen, die dabei nicht mitmachen wollen oder können, ihre Zustimmung geben. So wird es aber nicht gehen. Das würde bedeuten, Verstärkte Zusammenarbeit nur außerhalb der Verträge durchzuführen. Ich denke nicht, dass dies wünschenswert ist, weder für uns noch für die kleinen Länder noch für die Kandidaten.

Herr Schweppe hat die europäische Agrarpolitik angesprochen, ein, wie Sie wissen, außerordentlich sensibles Thema für Frankreich. Ich bin nicht unbedingt glücklich darüber, wie Frankreich hierbei seine Interessen verteidigt hat, aber da liegt sehr viel Zündstoff, sodass wir in dem Punkt sehr vorsichtig sein sollten. Bei der Zusammenarbeit unserer Planungsstäbe vom Auswärtigen Amt und vom Quai d'Orsay konnten wir über alles reden, nur nicht ohne Schwierigkeiten über die Agrarpolitik. Dieses Thema ist zwischen Deutschland und Frankreich weitgehend tabu.

Natürlich überspitzt Präsident Chirac, wenn er sagt: Nous sommes tous des paysans. Denn es gibt in Frankreich nicht nur Bauern. Aber keine französische Regierung kann dieses Problem ignorieren; denn das würde eine Revolution bei uns auslösen, wie wir sie beim Ancien Régime erlebt haben. Das hat etwas mit unserer Seele zu tun, würde ich sagen. Das gilt aber nicht nur für Frankreich. Auch in Deutschland ist es nicht ganz einfach, vor allem in den neuen Bundesländern, darüber zu reden. Dabei verkenne ich keineswegs, Herr Schweppe, dass eine gewisse Umsteuerung der Finanzen in die Zukunftsbereiche unbedingt notwendig ist.

Gasteyger

Die heutige Europäische Union ist doch noch keine geschlossene Einheit, Frau Goulard, wie man dies Ihren Worten entnehmen könnte. Ich denke beispielsweise an Englands und Schwedens und nun sogar nach einer Volksabstimmung auch Dänemarks Fernbleiben vom Euro. Auch bei der Formulierung der gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen. Solche Divergenzen dürften sich im Gefolge der Aufnahme von ost-mitteleuropäischen Ländern noch verstärken.

Goulard

In der Tat gibt es verschiedene Vorstellungen über die Zukunft der Europäischen Union. Das ist ja auch der Grund, warum wir befürchten, eine größere Anzahl von neuen Mitgliedern könnte den ganzen Prozess blockieren. Natürlich stimmen auch die Briten in vielen Punkten nicht mit uns Franzosen überein.

Mir geht es um die grundsätzliche Frage: Sehen wir die Union vornehmlich als eine Art wirtschaftlicher Freihandelszone, oder wollen wir eine politische Vereinigung? Wenn wir Letzteres anstreben, kommen wir um Reformen unserer Institutionen nicht herum. Mit dem Euro haben wir bereits einen wichtigen Schritt getan. Deshalb bin ich besorgt, wenn ich höre, dass bei künftigen Mitgliedern dezidiert andere Vorstellungen deutlich werden. Ich denke, wir - Deutsche, Franzosen - dürfen unseren Standpunkt verteidigen, auch wenn wir nicht in allem mit unseren Partnern einer Meinung sind.

Kranz

Es tut mir natürlich Leid, wenn ich mit meinen Äußerungen Herrn Schweppe und Madame Goulard besorgt gemacht habe. Darüber bin ich zwar nicht glücklich, möchte aber noch einmal betonen, dass wir ja keine Regierungsverhandlungen führen, sondern ich nur meine persönliche Meinung geäußert habe.

Das mag Ihnen zu konservativ erschienen sein. Ich bin aber nicht grundsätzlich gegen eine Avantgarde, und ich habe keineswegs damit gedroht, dass Polen Schwierigkeiten machen wird. Ich wollte Sie nur daran erinnern, dass es in der EU bis heute nicht gelungen ist, die Landwirtschaft zu reformieren - abgesehen von vielen anderen Dingen, bei denen eine Reform ebenfalls nicht vorangekommen ist.

Es kann keine Rede davon sein, dass Polen die europäische Agrarpolitik oder die Wahl eines Präsidenten der Europäischen Union torpedieren will. Ich möchte Sie also herzlich bitten, mir hier nicht etwas zu unterstellen. Aber vielleicht können sie mir erklären, Herr Schweppe, was damit gemeint ist, wenn Sie sagen: Die EU ist ein bewegliches Ziel.

de Maizière

Frau Goulard tritt zwar für ein modernes Frankreich ein, betont aber zugleich, dass die Franzosen wie ein Mann hinter einer bestimmten Agrarpolitik stehen. Ich denke, es wäre schon viel gewonnen, wenn wir unsere eigenen Interessen etwas nüchterner diskutieren würden. Das gilt auch für die innenpolitischen Debatten in Deutschland. Es ist zum Beispiel wenig hilfreich, wenn diejenigen, die für einen schnellen Beitritt sind, als die guten Menschen gelten, während diejenigen, die auf Probleme hinweisen, offenbar von minderer Qualität sein sollen.

Ich meine, wir müssten über einige Dinge offen diskutieren. Was bedeutet beispielsweise Beitritt zur EU? Geht es uns dabei primär um den Zugang unserer Wirtschaft zu neuen Märkten, oder sind wir bereit, uns auch für die Märkte der Beitrittsländer zu öffnen? Wie verhält es sich bei den Finanzen? Werden alle Beitrittsländer automatisch Ziel-eins-Gebiete, und was geschieht dann mit den bisherigen Ziel-eins-Gebieten? Woher nehmen wir die Mittel, wenn die Ziel-eins-Gebiete ausgeweitet werden? Was wird in diesem Zusammenhang aus dem Kohäsionsfonds? Wird er abgeschafft oder wird er erweitert und wie sollen die benötigten Mehrzahlungen aufgebracht werden?

Diese Fragen können nicht die Beitrittsländer beantworten, und sie haben auch nichts mit den institutionellen Reformen zu tun. Aber wir haben uns darüber noch nicht einmal ansatzweise öffentlich Gedanken gemacht.

Was meinen wir mit Übergangsfristen? Schutz unserer Absatzmärkte vor billigeren Kosten- und Produktionsbedingungen in Osteuropa? Wir können nicht auf der einen Seite unsere EU-Reservate verteidigen, in puncto Freizügigkeit lange Übergangsfristen fordern und auf der anderen Seite verlangen, dass die Beitrittsländer unsere Umweltstandards möglichst sofort übernehmen, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern. Wo sollen also die Schwerpunkte bei den Übergangsfristen liegen? Über all das wird in Deutschland kaum gesprochen, allenfalls in Expertenkreisen. Ich sage

ganz deutlich: Die Erweiterung wird nicht gelingen, wenn wir nicht ein Klima schaffen, in dem solche Fragen konstruktiv diskutiert werden.

Nyberg

Hans-Dietrich Genscher hat 1992 erklärt: Finnland war bisher ein Sonderfall; von nun an wird es keine Sonderfälle mehr geben. Entweder ihr akzeptiert die Aufnahmebedingungen für die EU oder ihr bleibt außen vor. Das Gleiche gilt heute für die neuen Beitrittsländer. In der finnischen Nachkriegsgeschichte haben wir unsere Sonderrolle voll genutzt mit der Folge, dass manches bei uns auch in die falsche Richtung gelaufen ist. Heute kann es in Europa solchen Sonderstatus nicht mehr geben.

Deshalb war Luxemburg 1997 so wichtig. Damals hätte es fast ein ernsthaftes Zerwürfnis zwischen der finnischen, der dänischen und der schwedischen Regierung gegeben, weil Finnland im Hinblick auf die baltischen Länder den Standpunkt vertrat: einen oder keinen. Wir wussten von unseren Gesprächen in Bonn, Paris, London, dass wir einen baltischen Staat durchbekommen, aber nicht alle drei. Der Luxemburger Beschluss hat dann die Letten und die Litauer mobilisiert, weil ihnen klar geworden war: Wenn sie in die EU hinein wollten, mussten sie etwas tun. Das heißt, jedes Land wird für sich beurteilt, und ich bin froh, dass Herr Reiter sagte, es gibt keine Sondertarife. Die können wir uns in der Tat nicht leisten.

Dabei unterstreiche ich: Wir brauchen Polen in der EU, nicht zuletzt wegen Kaliningrad, wegen Russland und wegen der Ukraine. Die Entwicklung in Russland und die äußerst schlechten Bedingungen in der Ukraine sind große Herausforderungen für die Europäische Union, die sie nur anpacken kann, wenn die Osterweiterung zustande kommt. Ich meine beispielsweise, dass Polen in Richtung Kaliningrad durchaus eine aktivere Rolle spielen könnte, als das heute erkennbar ist.

Brok

Die Argumente, die heute gegen einen Beitritt Polens und anderer Länder vorgebracht werden, sind im Grunde genau die gleichen, die in den achtziger Jahren vor allem in Frankreich gegen den spanischen Beitritt laut wurden. Es hat damals nicht geringer Anstrengungen bedurft, um die Bedenken zu überwinden. Heute nun gibt es von spanischer, französischer und deutscher Seite ähnliche Bedenken gegen den polnischen Beitritt. Vieles, was jetzt an Ängsten und Befürchtungen artikuliert wird, wurde seinerzeit auch gegen Spanien vorgebracht: dass sie uns mit billigen Arbeitskräften und billigen Produkten überschwemmen, zum Beispiel. Nichts davon ist eingetreten. Im Gegenteil, wir haben erheblich davon profitiert, dass Spanien Mitglied der Europäischen Union geworden ist.

Das Europäische Parlament wird in seinem nächsten Jahresbericht, der am kommenden Dienstag veröffentlicht wird, einmal mehr deutlich machen, dass jedes Beitrittsland für sich beurteilt werden muss. Es wird keine Gruppenaufnahme geben - keine Luxemburg und keine Helsinki-Gruppe. Es gibt keinen politischen Rabatt auf die Kopenhagener Kriterien. Das ist in der Tat eine Wettbewerbssituation, wie sie Herr Nyberg gegenüber den baltischen Staaten erwähnt hat.

Aus eben diesem Grund kann man heute auch keine Namen verbindlich nennen. Ein Land, das gegenwärtig am weitesten fortgeschritten ist, kann in den nächsten Jahren aufgrund innenpolitischer Entwicklungen wieder zurückfallen und den Anschluss verpassen. Deshalb ist es so wichtig, dass alle diese Länder den notwendigen Druck verspüren und sich weiter anstrengen.

Die Europäische Union wird Ende 2002 erweiterungsfähig sein, und es ist durchaus denkbar, die ersten Länder zu einem Zeitpunkt aufzunehmen, dass sie sich an den Europawahlen im Sommer 2004 beteiligen können. Das mag ein Ansporn sein. Aber welches Land zu den ersten gehören wird, das lässt sich zum heutigen Zeitpunkt nicht mit Sicherheit sagen. Seit wir jedoch den Wettbewerbsgesichtspunkt auch seitens der Kommission stärker ins Spiel bringen, sind beispielsweise die Verhandlungen über die Agrarpolitik zwischen der Europäischen Union und Polen plötzlich flexibler geworden. Doch ich sage noch einmal: Kein Land kann beanspruchen, aus historischen oder anderen Gründen automatisch in der ersten Runde dabei zu sein.

Übergangsregelungen - das ist doch kein neues Thema. Die hat es in der einen oder der anderen Form bei jedem Beitritt gegeben - selbst bei den neuen Bundesländern, beispielsweise im Umweltschutz. Das müssen wir nicht neu definieren, Herr de Maizière. Das gilt etwa auch für die Freizügigkeit von Arbeitskräften und für andere Bereiche.

In den jeweiligen Verhandlungen wird sich zeigen, welche Übergangsfristen wir auf weichen Gebieten einräumen. Die Frist gilt im Übrigen wechselseitig; denn auch die Europäische Union braucht sich in

diesem Zeitraum an bestimmte Regelungen nicht zu halten. Das ist ein Prozess auf Gegenseitigkeit, der seine Zeit braucht, da die Ausgangspositionen jeweils sehr unterschiedlich sind.

Was die Kohäsions- und Strukturfonds und die finanziellen Auswirkungen angeht, bin ich entschieden für Mehrheitsentscheidungen, um bestimmte Ausgabenblöcke von der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente abzukoppeln. Aus diesem Grunde ist es so wichtig, Herr de Maizière, dass wir in Nizza zu einer diesbezüglichen Entscheidung kommen. Wenn wir dort die Einstimmigkeitsregelung beibehalten, wird das Erpressungspotenzial sich noch erheblich verstärken. Wir müssen erreichen, dass die knappen finanziellen Ressourcen dorthin gehen, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Zum Thema Avantgarde und Verstärkte Zusammenarbeit: Das sind zwei ganz verschiedene Dinge, die leider immer wieder in einen Topf geworfen werden. Verstärkte Zusammenarbeit kann zum Beispiel heißen, dass sich bei einer bestimmten Militäraktion einige Länder im Bereich der zweiten Säule zusammenschließen. Oder einige Länder arbeiten zusammen, um die organisierte Kriminalität gemeinsam zu bekämpfen. Im Bereich der ersten Säule dagegen, also beim Binnenmarkt und ähnlichen Dingen, ist Verstärkte Zusammenarbeit nur sehr begrenzt möglich. Dort, wo es Mehrheitsentscheidungen gibt, dürfte sich Verstärkte Zusammenarbeit überhaupt nicht rechtfertigen lassen. In den Bereichen, in denen das Europäische Parlament ein Mitentscheidungsrecht hat, ist das ohnehin nicht möglich, denn das Parlament stimmt insgesamt ab und nicht nach verschiedenen Ländern. Bei der Binnenmarktgesetzgebung ist ein solches Verfahren jedenfalls undenkbar; hier wird Verstärkte Zusammenarbeit nicht funktionieren.

Anders ist es in der zweiten und der dritten Säule. Dort kann sich Verstärkte Zusammenarbeit als äußerst wirksam erweisen. Oder wenn uns zum Beispiel ein neues großes Projekt einfällt, bei dem wir zusätzliche europäische Zuständigkeiten brauchen. Bisher ist mir allerdings ein solches Projekt nicht bekannt geworden. Das sind zum Teil doch sehr theoretische Erwägungen.

Bei einer Avantgarde dagegen ist kein dauerhafter engerer Zusammenschluss von Ländern denkbar, der weniger Mitglieder aufweist als der Euro-Club; das heißt mindestens zwölf, bald möglicherweise mehr Länder. Ich sehe also nur wenige praktische Beispiele für eine Avantgardelösung.

Ich plädiere dafür, uns weniger mit solchen theoretischen Erwägungen zu beschäftigen, sondern die Erweiterungsverhandlungen zügig voranzubringen, damit die Menschen in Mittel- und Osteuropa noch glauben können, dass wir es wirklich ernst meinen und keine theoretischen Spielchen zu ihren Lasten treiben.

Pflüger

Thomas de Maizière hat hier den Eindruck vermittelt, als ginge es vornehmlich um einen Konflikt zwischen den Euroidealistern auf der einen Seite, die auf Political Correctness achten und nicht über die harten Themen reden wollen, und den so genannten Machern auf der anderen Seite, die sich über die Kosten Gedanken machen.

Wenn wir das Thema der Erweiterung der EU unter rein materiellem Interesse sehen, dann ist nicht zu bezweifeln, dass die Deutschen und die Europäer insgesamt bisher daran verdienen. Seit 1997 ist der Außenhandel mit den zehn MOE-Beitrittsstaaten sogar schneller angewachsen als mit der übrigen Welt. Die EU erzielt inzwischen mehr als die Hälfte ihres Handelsbilanzüberschusses mit den östlichen Reformstaaten.

Seit 1993 hat sich der deutsche Außenhandel mit den beitragswilligen Ländern mehr als verdoppelt, nahezu in jedem Fall mit hohen und steigenden Exportüberschüssen. Die Absatzmärkte in Mittel- und Osteuropa übertreffen inzwischen den deutschen Handel mit den USA und sogar den Ostasienhandel. Polen hält heute Platz zehn im weltweiten deutschen Export. Und Frankreich exportiert gegenwärtig mehr in die mittel- und osteuropäischen Staaten als nach China.

300.000 deutsche Arbeitsplätze werden allein durch den Außenhandel mit Polen gesichert. Viele Unternehmen, vor allem im grenznahen Bereich, können heute überhaupt nur dadurch überleben, dass sie Teile ihrer Produktion ein paar Kilometer über die Grenze nach Osten verlagern. Ohne dass ich die Schwierigkeiten mit der Osterweiterung ignoriere, stelle ich fest, dass sie für uns auch große Vorteile bietet.

Nun hört man immer wieder besorgte Stimmen, die davor warnen, nach der Osterweiterung werde eine Vielzahl von Menschen aus dem Osten den deutschen Arbeitsmarkt überschwemmen. Ich denke, ganz im Gegenteil, es werden weniger kommen, als wenn wir die Osterweiterung ad calendae graecas vertagen. Warum verlassen denn Menschen ihre Heimat? Doch nicht, weil sie im Nachbarland ein

paar Mark mehr verdienen können, sondern weil sie perspektivlos sind. Wenn wir ihnen mit der EU-Mitgliedschaft eine Perspektive geben, werden sie eher in ihren Ländern verbleiben.

Alle diese Faktoren sollten wir in unserer Rechnung berücksichtigen. Euroidealismus ist das eine - der ist auch vonnöten;- , zugleich geht es aber auch um handfeste Interessen, wie sie im Übrigen die Polen, Tschechen, Ungarn und andere genauso im Blick haben.

Natürlich muss, wie Elmar Brok sagt, jeder Beitrittskandidat für sich beurteilt werden, und es darf keinen politischen Rabatt geben. Wenn in der Slowakei zum Beispiel bei den nächsten Wahlen Herr Mečiar wieder an die Macht kommt, fällt die Slowakei raus. Wenn Polen es nicht schafft, in diesem Jahr noch fünfzig wesentliche Gesetze zu verabschieden, um den Acquis Communautaire zu erreichen, wird sich die Aufnahme Polens verzögern. Das so genannte Regattamodell, das in Luxemburg kreiert wurde, hat sicher dazu beigetragen, dass sich alle angestrengt haben, um in der ersten Gruppe dabei zu sein.

Deshalb möchte ich Herrn Nyberg fragen: Nachdem wir alle ermutigt haben, sich zu bemühen und aufzuholen - was machen wir, wenn sich nach Vorliegen der Fortschrittsberichte der Kommission herausstellt, dass die Letten und die Litauer inzwischen zu den Esten und die Slowaken zu den Tschechen aufgeschlossen haben? Wie sollen wir dann noch differenzieren? Was macht es für einen Sinn, nur deshalb an der Bildung einer ersten Gruppe festzuhalten, weil wir aus innenpolitischen Gründen Befürchtungen hegen, uns zu allen zehn zu bekennen, wenn die zehn denn die Kriterien erfüllen?

Brok

Theoretisch.

Pflüger

Nicht nur theoretisch. Natürlich weiß ich auch, dass es politisch interpretierbar ist, ob die Kriterien erfüllt sind oder nicht. Aber wenn wir die Kriterien alle ganz strikt auslegen würden, gebe es auch einige Staaten in Westeuropa, die den Acquis Communautaire nicht hundertprozentig erreichen. Wir sollten also nicht päpstlicher als der Papst sein.

Hänsch

Was den Zusammenhang von Vertiefung, Erweiterung und Zeitplan angeht, habe ich den Eindruck, dass wir da mitunter einer gewissen Mythologisierung aufsitzen. Ich sage bewusst Zeitplan und nicht Datum. Im Grunde sind die Tatbestände klar: Die Agenda 2000 - bei all ihren Unzulänglichkeiten - hat festgelegt, dass bis 2006 genügend Mittel vorhanden sind, um die ursprüngliche Luxemburg-Gruppe, also sechs Länder, aufzunehmen.

Brok

Ab 2002.

Hänsch

Geplant war ab 2002. Aber wie auch immer, die Finanzierung der Erweiterung ist bis 2006 gesichert. Das ist ein wichtiger Punkt, der lediglich voraussetzt, dass wir die internen Anpassungen in der Agenda 2000 und die mittelfristige Finanzplanung hinbekommen. Dabei ist nicht entscheidend, welche Länder letztlich zu diesen sechs gehören; das gilt etwa auch für Litauen und Lettland oder die Slowakei, die nicht zur Luxemburg-Gruppe gehörten.

Bulgarien und Rumänien kommen mit Sicherheit nicht infrage. Wir wissen alle, dass diese beiden Länder die Kriterien auf keinen Fall erfüllen können; und bulgarische und rumänische Politiker sehen das genauso. Sie sagen selber, dass sie mehr Zeit brauchen.

Pflüger

Bei Rumänien, Bulgarien haben wir Konsens. Ich frage aber, ob Sie noch andere Länder aus der Gruppe herausnehmen wollen.

Hänsch

Fest steht indes, dass die fünfzehn Regierungen in Helsinki ihre Strategie geändert haben. Sie wollen mit allen Ländern verhandeln, und jedes Land soll individuell beurteilt werden. Danach richtet sich dann der Abschluss der Verträge. Wenn wir jetzt von dieser Strategie wieder abrücken, dann wird das die Verhandlungen zweifellos erschweren. Wenn sich aber am Ende der Verhandlungen zeigen sollte, dass im Laufe der Jahre 2003 oder 2004 eine bestimmte Gruppe von Ländern so weit ist, dann wird man für die ein einheitliches Datum festsetzen, so wie das ja auch in der Vergangenheit gehandhabt wurde.

Nun ist es durchaus auch im Sinne der beitretenden Staaten, wenn die Europäische Union garantiert, dass sie ab 1. Januar 2003 erweiterungsfähig ist. Bis dahin muss die Vertiefung zustande kommen. Zwischen Dezember 2000 und Dezember 2002 findet der Ratifizierungsprozess von Nizza statt, und ich rate dringend, diesen Ratifizierungsprozess nicht mit der Forderung nach einer neuen Regierungskonferenz zu belasten. Der dänische Premierminister - aber das trifft auch für andere Staaten zu - wird es schon schwer genug haben, Nizza durch sein Parlament oder durch eine Volksabstimmung zu bringen. Wenn er dann noch verkünden muss, die eigentlichen Fragen stellen sich erst danach, kann ich Ihnen garantieren, dass wir ein weiteres Fiasko erleben werden. Deshalb muss erst der Ratifizierungsprozess von Nizza abgeschlossen sein. Das heißt, vor Ende 2002 läuft weiter nichts.

Ich wiederhole, was ich ganz zu Anfang gesagt habe: Jede weitere Vertiefung muss unter Beteiligung von osteuropäischen Staaten erfolgen. Das heißt, wir können mit dem Beitritt nicht warten, bis die nächste Reform abgeschlossen ist, sondern die Neuen werden dabei sein. Ich bin mir der Schwierigkeiten bewusst, die damit zusätzlich verbunden sind; denn es wird mit 18 oder 20 Ländern sicher nicht einfacher - es ist schon mit 15 schwierig genug.

Von daher ist das Erweiterungsszenarium für die nächsten drei, vier Jahre eigentlich klar, und es ist gar nicht nötig, für jedes Land ein Datum zu nennen, was nur wieder zu einer Diskriminierung der Länder führt, deren Datum später liegt.

Herr Pflüger hat eben die Vorteile der Erweiterung eindringlich mit Zahlen untermauert. Ich will noch eine Zahl hinzufügen. Nach der mittelfristigen Finanzplanung der EU bis 2006 werden Vorbeitritt und Beitritt insgesamt 135 bis 140 Milliarden D-Mark kosten. Im gleichen Zeitraum wird die Europäische Union mit den Ländern Mittel-Osteuropas einen Handelsbilanzüberschuss von 180 Milliarden D-Mark erzielen. Das heißt, durch diese Exportüberschüsse entstehen Arbeitsplätze in den EU-Ländern und nicht in Polen, Ungarn oder in Tschechien. Es kann also keine Rede davon sein, dass wir den Osteuropäern irgendwelche Geschenke zugute kommen lassen, sondern die Erweiterung liegt in unserem ureigenen Interesse.

Aber ich füge hinzu, es geht hier nicht primär um materielle Interessen, um Gewinn oder Verlust - was einem sofort vorgeworfen wird, wenn man so argumentiert. Ich will genauso unmissverständlich sagen: Wir haben hier ebenso eine moralische Verpflichtung, die wir einlösen müssen. Nicht nur wir Deutsche, sondern auch die anderen Europäer.

von Thadden

Lassen Sie mich für die weitere Diskussion einige kurze Zwischenbemerkungen machen. Ich denke, über die Frage des Beitrittsdatums ist ausführlich genug gesprochen worden. Damit ist aber das Thema "Osterweiterung" noch keineswegs erschöpft. Darauf sollten wir ausführlicher eingehen.

Des Weiteren habe ich den Eindruck, dass wir die so genannten kleineren Länder noch einmal in den Blick nehmen sollten, die in Europa immer schon eine wichtige Rolle gespielt haben. Dabei will ich nur anmerken, Herr Brands, so klein ist Holland nicht gewesen, wenn ich etwa daran denke, welche bedeutsame Rolle dieses Land im 17. Jahrhundert gespielt hat.

Ich möchte auch an die Ausgangsfragestellung erinnern, was wir unseren Völkern eigentlich zumuten können. Das ist ja nicht nur für unsere Abgeordneten von Bedeutung, die sich in Wahlkämpfen behaupten müssen. Ist das Thema Europa eigentlich aus der Wählerperspektive wichtig? Frau Ackermann hat Umfrageergebnisse zitiert, die das Gegenteil vermuten lassen.

von Weizsäcker

In den Europadebatten wird besonders deutlich, Herr von Thadden, was Sie zuletzt angesprochen haben: Diejenigen, die die Verhandlungen führen, sehen sich in dem Dilemma, das, was sie eigentliche für vernünftig halten würden, mit den Zwängen demokratischer Abstimmungsprozesse in Einklang zu bringen. Was nützen alle Vernunftsgründe, wenn große Teile der Bevölkerung auf bestimmte Entwicklungen mit Unruhe, ja Angst reagieren? Das heißt, wir werden allenfalls immer nur

tragbare Kompromisse erreichen, auch wenn wir andere Entscheidungen für vernünftiger halten. Deshalb sollten wir schon ernst nehmen, wenn Janusz Reiter meinte: Theoretisch mögen unsere Überlegungen - beispielsweise in der Datumsfrage - schön und gut sein; aber für diejenigen, die in der Politik Verantwortung tragen, kann sich das sehr unpolitisch ausnehmen.

Ich kann mich zudem des Eindrucks nicht erwehren, dass wir in der bisherigen Diskussion zwar viele interessante Details zu Fragen der Institutionen-Reform und auch der Erweiterung gehört haben, aber doch noch allzu sehr in einem Nizza-Denken und was kommt danach befangen sind. Dabei verkenne ich nicht, dass alle diese Hinweise wichtig sind. Dennoch würde ich mir wünschen, dass wir bei den Institutionen- und Verfahrensfragen nicht stehen bleiben, sondern uns auch über die politischen Inhalte Gedanken machen, damit deutlicher wird, was an Aufgaben, die wir zu lösen haben, noch vor uns liegt. Wie steht es denn mit unseren unterschiedlichen Positionen und Einschätzungen in dieser Hinsicht?

So hat Herr Nyberg daraufhingewiesen, dass Finnland sich erst dann so richtig in Europa weiß, wenn die baltischen Republiken der Europäischen Union angehören. Anderenfalls wird womöglich erneut die NATO-Erweiterung Vorrang haben. Was würde das dann für unser Verhältnis zu Russland bedeuten?

Beim Kosovo-Konflikt haben wir erlebt, dass die Initiative und Führung unzweifelhaft bei den Amerikanern lag, während die Europäer in ihrer Jugoslawien-Politik nicht gerade eine überzeugende Rolle gespielt haben. Ich habe nicht den Eindruck, dass die meisten Europäer darüber glücklich waren, zumal die Amerikaner entschieden darauf bestanden, dass das Mandat natürlich in der Hand der NATO liegen müsse - nicht zuletzt angesichts einer sich selbst blockierenden UNO. Auf dem G-8-Gipfel in Köln hat dann die europäische, insbesondere die deutsche Seite doch noch mit Erfolg darauf bestanden, den Krieg zu beenden und die UNO wieder ins Spiel zu bringen. Anders hätte man schwerlich auch die Russen mit ins Boot bekommen. Deshalb noch einmal meine Frage: Welche Vorstellung haben wir in Bezug auf die russische Politik? Denn dies ist auch für den weiteren europäischen Einigungsprozess von erheblicher Bedeutung.

Herr Reiter hat in diesem Zusammenhang auf die östlichen Nachbarn Polens hingewiesen, auf Weißrussland und insbesondere die Ukraine. Ich war im vergangenen Jahr auf einer Konferenz in Warschau, auf der die Staatsoberhäupter der Ukraine, Litauens, Bulgariens und anderer osteuropäischer Länder vertreten waren und wo der polnische Präsident in einer Weise die Steuerung in die Hand nahm, wie wir uns das von Polen immer erhofft haben. Ich denke, Polen kommt in der Tat eine außerordentlich wichtige Rolle im Hinblick auf seine östlichen und südöstlichen Nachbarn zu. Welche Aufgaben sieht Polen hier, wenn es Mitglied der Europäischen Union geworden ist?

Und wie soll es auf dem Balkan weitergehen, wenn das Milosevic-Regime zu Ende ist? Da kommen neben Bulgarien und Rumänien zweifellos gewaltige Aufgaben auf Europa zu.

Schließlich: Wie halten wir es künftig mit den Amerikanern auch im Hinblick auf die Zukunft der Vereinten Nationen? Ich werde ja nicht müde, immer wieder mit Nachdruck zu betonen: Wenn ich kritische Fragen an unsere amerikanischen Freunde stelle, dann hat das weiß Gott nichts mit Antiamerikanismus zu tun. Wer jahrelang im geteilten Berlin gelebt hat und wer weiß, welche führende Rolle die Amerikaner bei der deutschen Vereinigung gespielt haben, dem sollte man es schon abnehmen, dass er die enge Verbindung zu den USA für unverzichtbar hält. Aber gerade eine solche Freundschaft braucht offene Worte.

Ich bin jedenfalls entschieden der Meinung, dass es Aufgabe der Europäer ist, die Amerikaner davon zu überzeugen, dass ihr Unilateralismus das Atlantische Bündnis schwächt und nicht stärkt. Darüber müssen die Europäer miteinander reden. Denn unsere beiden wichtigsten Nachbarn, die Franzosen und die Polen, vertreten in Bezug auf Amerika mitunter höchst unterschiedliche Positionen. Während die Franzosen gern gegen die Amerikaner sticheln, sind die Polen in mancher Hinsicht noch amerikanischer als die Amerikaner selbst und wir Deutsche stehen irgendwo dazwischen.

Wenn die inhaltlichen politischen Fragen klarer werden, dürfte das auch dazu beitragen, die bisher noch recht schwachen Instrumente der politischen Union in Europa zu stärken.

Brands

In der Tat, Herr von Weizsäcker, mit der politischen Union und einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die für Europa ungeheuer wichtig wäre, stehen wir erst ganz am Anfang. Europa ist bisher, könnte man auf Englisch sagen, "strong on soft issues but soft on strong issues". Auf dem Balkan haben wir gesehen, dass ohne amerikanische Führung überhaupt nichts gelaufen wäre. Und dass wir in Helsinki im Hinblick auf Planung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik

weitergekommen sind, ist zweifellos auf die negativen Erfahrungen im Kosovo-Konflikt zurückzuführen. Das sollte uns so nicht noch einmal passieren. Auch die Briten scheinen in dieser Hinsicht allmählich ihre Einstellung zu ändern, wie sich 1998 in St. Malo zeigte. Hoffentlich begegnen wir in allzu naher Zukunft nicht wieder einer derartigen Herausforderung, damit wir nicht erneut ein ähnliches Fiasko erleben.

Auf einer kürzlichen Konferenz über europäische Sicherheit in Berlin wurde beispielsweise gefragt: Was haben die Europäer im Tschetschenien-Konflikt getan? So gut wie nichts. Was können wir tun, wenn in der Ukraine etwas passiert? Auch darauf sind wir in keiner Weise vorbereitet.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf einen anderen Tatbestand hinweisen, der für Europa neu ist: Die EU agiert heute in Bosnien und im Kosovo als Schutzmacht. Diese Gebiete sind quasi europäische Protektorate, die ohne den dauerhaften Schutz der Amerikaner und Europäer nicht in Frieden leben können. Wer hätte vor zehn Jahren überhaupt daran denken können, dass es so etwas wie Protektorate wieder geben würde? Ich sehe jedenfalls nicht, dass wir diese Rolle in absehbarer Zeit aufgeben könnten. Solche EU-Protektorate wären auch im Kaukasus denkbar.

Ich will des Weiteren einen Interessenkonflikt deutlich machen. Die so genannten Territorialisten in Europa fordern von den europäischen Behörden, die Außengrenzen dichtzumachen. Sie verlangen etwa von Polen, seine Grenze nach Osten stärker abzuriegeln. Das heißt, in dem Moment, wo sich Polen um gutnachbarliche Beziehungen zur Ukraine und anderen östlichen Nachbarn bemüht, fordert die EU, die Tür dort geschlossen zu halten. Wie sieht man diesen Konflikt in Polen?

Im Übrigen will ich nur anmerken: Wenn es zu einer ernsten Krise auf dem europäischen Kontinent kommt - das haben wir in Bosnien gesehen;- , sind die Franzosen die Ersten, die nach amerikanischer Unterstützung rufen. Das heißt, bei den eigentlichen großen Sicherheitsfragen geht es nicht ohne die Amerikaner. Und da finde ich es schon sehr beunruhigend, wie schwer sich die US-Administration heute tut, um ihre außenpolitische Zielsetzungen im Kongress durchzubringen. Viele Abgeordnete sind ohnehin der Ansicht, Amerika solle sich nicht überall einmischen und die Außenpolitik müsse zurückgeschraubt werden. Das betrifft auch das Interesse an den europäischen Dingen. Einer der führenden Republikaner hat vor kurzem gesagt, er sei einmal in Europa gewesen und das genüge für ein Menschenleben. Natürlich gibt es auch andere Stimmen im Senat und im Repräsentantenhaus. Aber das Verhältnis zu Europa hat sich gegenüber früher grundlegend gewandelt.

Ich meine, die Europäer müssen in ihrem eigenen Interesse darüber nachdenken, welche Rolle sie nicht nur auf dem Balkan, sondern beispielsweise auch im Nahen Osten, der für Europa ungeheuer wichtig ist, spielen wollen. Bisher sind wir dort kaum präsent.

Abschließend will ich etwas zum Ausdruck bringen, das aus holländischem Mund vielleicht ein wenig befremdlich klingt. Viele Holländer - und das gilt auch für unsere Regierung - sind der Ansicht: Wenn die Deutschen nicht die Initiative ergreifen - ich sage nicht, die führende Rolle übernehmen; denn die anderen müssen schon dabei sein;- , dann bewegt sich in Europa kaum etwas. In der Hinsicht stimmen wir Außenminister Fischer voll zu. In der Sicherheitspolitik haben die Deutschen lange gezögert; Kosovo war für sie die erste Erfahrung, wo sie voll dabei waren. Aber wenn die Deutschen in Fragen einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik nicht den Anstoß geben, wird sehr wenig vorankommen.

In der Hinsicht sind wir ein wenig darüber besorgt, dass Deutschland den Franzosen weitgehend das Feld überlässt, deren Vorstellungen, insbesondere in der Sicherheitspolitik, sehr von den unseren abweichen. Die Deutschen befürchten offenbar, darüber mit ihren französischen Partnern in Konflikt zu geraten und halten sich deshalb zurück.

Aber ich betone noch einmal: Ohne eine starke Rolle Deutschlands in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wird sich wenig bewegen. In der Hinsicht haben die Holländer keinerlei Ängste mehr vor einer deutschen Führung - im Gegenteil.

Kranz

Ihr Hinweis, Herr von Weizsäcker, die Polen seien mitunter amerikanischer als die Amerikaner, ist sicher übertrieben. Aber Sie werden verstehen, dass sich Polen nach dem Umbruch 1989 zunächst auf die Sicherheitsaspekte konzentrieren musste, und da spielen die Amerikaner nun einmal die entscheidende Rolle, ob uns das gefällt oder nicht. Ich würde jedoch sagen, dass die polnische Politik in letzter Zeit der deutschen immer ähnlicher wird. So wie Sie die Rolle Deutschlands in Bezug auf Amerika zwischen Frankreich und Polen geschildert haben, entwickelt sich auch die polnische Einstellung zu den USA. Wir betrachten uns jedenfalls nicht als das Trojanische Pferd der Amerikaner in Europa.

Ich komme auf die Frage der Osterweiterung zurück, mit der sich in dieser Runde offenbar viele schwer tun. Dafür wurden verschiedene Gründe genannt. Ich möchte aber entschieden widersprechen, wenn Polen als eine Art Störfaktor hingestellt wird, so als ob wir nicht bereit wären, bestimmte Bedingungen zu akzeptieren. Davon kann in keiner Weise die Rede sein. Die europäische Integration ist und bleibt für Polen im hohen Maße attraktiv und unverzichtbar.

Wir sind auch bereit, uns an den laufenden Diskussionen zu beteiligen. Was ich indes kritisiere, ist, wenn von europäischer Seite der Eindruck erweckt wird, wir würden mit unseren Problemen in der Landwirtschaft die europäische Reform der Agrarpolitik behindern. Solche Argumentation stellt die Dinge auf den Kopf. Denn der EU ist es in den letzten Jahrzehnten nicht gelungen, ihre Agrarpolitik zu reformieren. Wenn Sie jetzt durch die Erweiterung dazu gezwungen sind, sollten Sie uns eigentlich dankbar sein.

Das Tagungsthema hier lautet: Ein föderatives Europa? Ich meine, die Frage ist falsch gestellt. Denn die Föderation ist kein Ziel an sich. Dass Deutschland ein föderaler Staat ist, sagt über die Ziele der deutschen Politik überhaupt nichts aus.

Natürlich ist die Frage der Kompetenzverteilung in der Europäischen Union von erheblicher Bedeutung, gerade im Hinblick auf die Erweiterung; denn mit 20 oder 25 Mitgliedsstaaten können die Dinge in Europa nicht einfach so weiterlaufen wie in der Vergangenheit. Wir sind auch nicht grundsätzlich gegen die Bildung von Avantgarden, aber wir sind der Meinung, dass wir weniger über solche Instrumente als vielmehr über die konkreten Inhalte und Probleme reden sollten.

Auf die Reden von Fischer und Chirac hat beispielsweise der französische Außenminister Védrine mit einigen sehr konkreten Fragen reagiert und die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, angesprochen. Es wäre sicher völlig verfehlt, deshalb in Védrine einen Gegner Europas zu sehen, und wenn Polen ihn darin unterstützt, uns antieuropäische Gefühle zu unterstellen. Denn wir sind an der Lösung dieser Schwierigkeiten interessiert.

Warum wird jetzt so viel darüber geredet, dass man in Europa neue Institutionen braucht? So wird die Zinshöhe heute von der Europäischen Zentralbank festgesetzt. Ihre Entscheidungen haben erhebliche Auswirkungen in anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik. Dafür müssten die europäischen Institutionen gestärkt werden, um auch die Probleme auf der wirtschaftlichen Ebene besser steuern zu können. In dieser Hinsicht gibt es auf polnischer Seite keinerlei Vorbehalte.

Wenn Sie aber die europäische Föderation gewissermaßen als Ultima Ratio hinstellen, dann halte ich das für eine rein theoretische Überlegung. Mag sein, dass es in 30 oder 40 Jahren zu einer Föderation in Europa kommen wird. Aber das muss sich in einem evolutionären Prozess Schritt für Schritt entwickeln. Denn nicht einmal in der heutigen Union der 15 werden Sie in der Bevölkerung die Akzeptanz für eine Föderation in 30 Jahren finden. Der Weg dahin geht nicht über eine Debatte zum Thema Föderation, sondern indem man sich über konkrete Sachfragen verständigt, etwa über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik oder das Schengen-Abkommen. Da müssen dann auch die neuen Länder mit eingebunden werden.

Die Frage der Kompetenzverteilung wird dann immer wieder mit dem Begriff der Subsidiarität in Zusammenhang gebracht. Aber die ausschließlichen Kompetenzen der EU haben mit Subsidiarität nichts zu tun. Nur bei den konkurrierenden Kompetenzen gibt es einen Spielraum für Subsidiarität. Die eigentlich schwierigen politischen Fragen betreffen jedoch die ausschließlichen Kompetenzen der Gemeinschaft. Und darüber muss man auch im Hinblick auf die Fischer-Rede eingehend diskutieren.

Auch Souveränität ist häufig ein falsch verstandener Begriff. Das ist übrigens nicht nur im Osten, sondern auch im Westen ein hoch sensibles Thema. Die Franzosen sind in der Hinsicht nicht weniger empfindlich als die Polen.

Souveränität im völkerrechtlichen Sinne ist ein Attribut des Staates. Wenn wir Verträge schließen, die gewisse Kompetenzen der einzelnen Staaten begrenzen oder diese an die Gemeinschaft abgeben und damit nicht mehr selbst ausüben dürfen, bedeutet das nicht, dass Deutschland oder Frankreich keine souveränen Staaten mehr sind. Im gewissen Sinne begrenzen auch unsere Verfassungen die Souveränität des Volkes. Letztlich geht es um die Legitimation der demokratischen Organe. Wir müssen aber zwischen Souveränität im Völkerrecht und im Verfassungsrecht unterscheiden.

Krzeminski

Ein wenig gebetsmühlenhaft wurde hier die Datumsfrage behandelt, und auch unter den Kandidaten gab es so eine Art Schönheitswettbewerb: Wer hat die besseren Aussichten, die Kleinen oder der Große? Das wird so weitergehen, bis die Osterweiterung vollzogen ist. Wir werden uns immer ein

wenig gegenseitig verpetzen und uns dann wieder versöhnen. Aber das ist normal und keine Katastrophe.

Nun bin ich in der Tat der Meinung, dass Polen zur ersten Gruppe gehören muss. Andernfalls dürfte das zu einer großen Verunsicherung in unserer Gesellschaft führen. Das Argument von Herrn Nyberg zieht hier nicht; denn man kann ein Land wie Finnland nicht mit unseren postkommunistischen Ländern vergleichen. Unsere Gesellschaften sehen sich vielfältigen Veränderungsprozessen gegenüber. Wir müssen nicht nur die Bedingungen der Europäischen Union erfüllen, sondern zugleich einen zivilisatorischen Sprung schaffen, der unsere gesamte Gesellschaft grundlegend transformiert. Damit sind für die Menschen erhebliche psychologische Irritationen verbunden. Ich plädiere hier nicht für Sonderkonditionen für Polen, aber ich bitte um Empathie, um Einfühlungsvermögen auch in politisch-diplomatischer Hinsicht. Wir sind nicht mit Ländern wie Österreich oder Finnland vor zehn Jahren zu vergleichen. Ich denke, es geht hier nicht nur um die politischen, sondern auch um die historischen Zusammenhänge.

Wie wird die Res Publica Europaea in fünfzig oder hundert Jahren aussehen? Wie Herr Kranz sagt, ist nicht die Föderation das Ziel, sondern es geht um Inhalte: Welche Entität ist hier im Werden, und welche Werte und Ziele wird sie verfolgen? Dies ist keine Frage kurz- oder mittelfristiger Entwicklung, sondern der langfristigen Perspektive im Hinblick auf die globale Verteilung der Rollen für das 21. Jahrhundert.

Wenn wir Polen heute möglicherweise sehr amerikanisch erscheinen, dann hat das nicht nur mit Sicherheitsaspekten und der NATO zu tun, sondern gilt auch für unsere wirtschaftliche Mentalität. Denn nach 1989 hat sich sehr schnell gezeigt, dass der so genannte rheinische Kapitalismus in Polen nicht eben stark verankert ist. Der Sozialstaat hat bei uns nie so richtig funktioniert, wie etwa in der DDR. Deshalb sind die Polen auch viel leichter mit den Schocktherapien nach der Wende fertig geworden. Es gibt eine klare Rechnung: Ein Drittel der Menschen bei uns sind die Gewinner dieses Prozesses; ein Drittel sind die Verlierer und ein Drittel gehört zwar nicht zu den Gewinnern, ist aber optimistisch, dass sich die eigene materielle Lage verbessern wird. Der Optimismus ist bei uns jedenfalls größer als in Ostdeutschland. Unsere Mentalität ist heute in dieser Hinsicht amerikanischer, wenn Sie so wollen.

Anfang der neunziger Jahre hatten wir eine stärker deutsch geprägte Phase. Damals haben wir wichtige institutionelle Lösungen von Deutschland kopiert, beispielsweise die Fünfprozentklausel, das Mitbestimmungsgesetz und anderes. Jetzt befinden wir uns gewissermaßen in einer angelsächsischen Phase. Wie es in zehn Jahren aussehen wird, ist schwer zu sagen. Wir stehen vor enormen Veränderungen - sozial, wirtschaftlich, kulturell. Unsere Gesellschaft weiß, dass sie 1989 das Ende einer 200-jährigen Geschichte der Teilungen, Aufstände, Besatzungsregime und Bevormundung erreicht hat und wir jetzt völlig neu über uns nachdenken müssen.

Was wir heute an Renationalisierung in Europa erleben, ist in Westeuropa vielleicht ausgeprägter als bei uns. Nationale Identität ist für uns kein vorrangiges Thema. Für uns ist die Frage viel wichtiger: Wie können wir uns europäisieren? Natürlich gibt es auch nationale Unterströmungen. Aber man sollte im Westen verstehen, dass wir uns von einem bestimmten kulturellen Code verabschieden. Wenn dann im Westen eine stärkere Rückbesinnung auf die nationalen Identitäten stattfindet, kommt es zu Reibungen, weil wir uns in die andere Richtung bewegen. Deshalb hielte ich es für wichtig, dass wir über all den technokratischen Überlegungen, die sicher notwendig sind, die psychologischen und mentalen Einflüsse nicht einfach ignorieren.

Ich will es ganz deutlich sagen: Mein Eindruck ist, dass Sie die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union nach wie vor weitgehend ohne uns führen. Das ist bedauerlich, aber offensichtlich nicht zu ändern. Die Reaktion auf die Fischer-Rede war in Polen eher verhalten. Die Rede wurde sofort veröffentlicht, aber man hat sich lange nicht dazu geäußert. Der vormalige Außenminister Geremek reagierte sehr vorsichtig; unser jetziger Außenminister Bartoszewski hat sich positiver ausgedrückt. Aber eine große Debatte über das künftige Europa hat es in Polen bisher nicht gegeben. Der Grund ist wahrscheinlich, dass wir uns ständig in einem Hase-und-Igel-Spiel befinden. Das heißt, wir hecheln bestimmten Normen, die wir erfüllen sollen, hinterher. Dazu gibt es auch kein Wenn und Aber. Aber kaum wähen wir uns in Reichweite, werden flugs neue Hürden aufgestellt der Igel ist immer schon da, und der polnische Hase darf weiterspringen.

Ich habe heute Nacht so bei mir gedacht: Was passiert, wenn Polen in der ersten und auch der zweiten Erweiterungsrunde nicht dabei ist - und unsere Bevölkerung zu einem späteren Zeitpunkt dann per Volksentscheid sagt: nein, nun wollen wir nicht mehr. Das wäre nicht nur für uns eine Katastrophe. Ich erinnere an die Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung, als Polen für ein halbes Jahr der eindeutige Verlierer der Vereinigung war, weil am 3. Oktober 1990 die Grenze zu Polen

geschlossen wurde. Bis zum 1. April 1991 mussten wir wieder lange vor der Deutschen Botschaft in Warschau anstehen, um ein Visum zu bekommen.

Jetzt, zehn Jahre später, verschiebt sich das Ganze gewissermaßen nach Osten, indem die Alteuropäer von uns erwarten, dass wir unsere Ostgrenzen schließen. Nun, das werden wir vielleicht eine kurze Zeit lang tun - wie die Deutschen 1990/91 uns gegenüber. Entscheidend aber ist: Wenn Polen in die Europäische Union aufgenommen wird, kommen die Europäer nicht darum herum, ihr historisches Bewusstsein zu erweitern. Polen ist kein weißer Fleck in der europäischen Geschichte.

Ich habe vorhin das 16. Jahrhundert angesprochen und mir vorgestellt, wie Polen und Litauer - also auch Ruthenen - damals in Krakau zusammensaßen. Es gibt historische Kontinuitäten, die wir nicht ignorieren können. Es ist sicher kein Zufall, dass der ukrainische Präsident Leonid Kutschma und der polnische Präsident Aleksander Kwasniewski so freundschaftlich miteinander umgehen.

Vor kurzem habe ich an einem Gespräch deutscher und polnischer Ostexperten teilgenommen. Es war verblüffend: Während die Deutschen zu neunzig Prozent auf Moskau nicht auf Russland - fixiert waren und dort über alles und jedes Bescheid wussten, kannten sich die Polen sehr genau in der russischen Provinz und vor allem in der Ukraine aus. Das betraf beispielsweise die Frage, wie die Gas-Pipeline verlaufen soll: von Russland über Weißrussland und Nordpolen nach Deutschland oder über die Ukraine und Südpolen das ehemalige Oberschlesien - nach Deutschland? Das sind strategische Entscheidungen.

Von Seiten deutscher Politiker hieß es dazu: Das müsst ihr Polen entscheiden. Das heißt, man wollte uns den schwarzen Peter zuschieben. Und unsere Antwort lautet: Nein, das müssen wir gemeinsam entscheiden. Polen wird sicher nicht zum Sprecher der Europäischen Union in Fragen der Ostpolitik werden, aber wenn wir Mitglied der Europäischen Union sind, muss die ostpolitische Rolle Polens mit bedacht werden - vielleicht heute schon. Sicher, Geremek und Fischer haben gemeinsam ein interessantes Papier veröffentlicht. Zwei Monate später hielt Fischer seine Rede in der Humboldt-Universität. Darin wurde Polen zwar erwähnt, aber das Schwergewicht dieser Rede war westwärts gerichtet.

Herr von Weizsäcker betont immer wieder: Wir müssen dieses Polen schon jetzt mit bedenken. Das ist völlig richtig. Wir können uns dem Westen nicht aufdrängen. Was wir brauchen, sind gewisse Freiräume, nicht weil wir etwas Besonderes sein wollen, sondern weil wir eine europäische Größe sind, die Ihnen, den Alteuropäern, nunmehr zuwächst.

von Weizsäcker

Ich denke, Herr Krzemiński, es ist unstrittig, dass Polen auf jeden Fall zu der ersten Erweiterungsgruppe gehören muss - nicht zuletzt aus den Gründen, die Sie genannt haben. Es mag ja sein, dass wir mit Polen größere Schwierigkeiten bekommen als mit einigen kleineren Ländern, sagen wir Slowenien oder Estland. Deshalb meinte Herr Pflüger, wir sollten überhaupt aufhören von erster und zweiter Erweiterungswelle zu sprechen, sondern wenn möglich gleich alle zehn Kandidaten aufnehmen, auch wenn es dann etwas länger dauern sollte.

von Thadden

Adam Krzemiński hat uns noch einmal die historische Dimension unseres Themas vor Augen geführt. Da trifft es sich gut, dass jetzt ein Historiker das Wort hat, nämlich Herr Koselleck.

Koselleck

Ich habe mich intensiv mit der europäischen, vor allem aber mit der deutschen Föderalismusgeschichte beschäftigt. Das beginnt bei uns mit dem 12. Jahrhundert. Seitdem lässt sich kontinuierlich eine Transformation von föderalen Elementen in den Deutschen Reichsverfassungen nachweisen, die im Grunde sämtliche Probleme, die wir jetzt in Europa ansprechen, implizit bereits enthalten haben. Wenn man untersucht, wie die Föderation im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation funktioniert hat, zeigen sich strukturelle Analogien vom Hochmittelalter bis in unsere Tage.

Zwei Maximen würde ich aus dieser historischen Erfahrung ableiten. Erstens: Alle Föderationen hatten zur Prämisse, dass ein Minimum an Gemeinsamkeit nötig war, um den Beteiligten ein Maximum an Unabhängigkeit zu sichern. Wohl änderte sich die Relation im Laufe der Jahrhunderte, aber immer war ein Minimum an Gemeinsamkeit die Voraussetzung für ein Maximum an Unabhängigkeit. Wenn diese Relation heute neu tariert werden muss, dann ist die Messlatte wiederum: Welches Minimum an Gemeinsamkeit bedarf es in Europa, um den Beteiligten ein Maximum an Unabhängigkeit zu sichern?

Das heißt, wenn man die Unabhängigkeit aufgibt, bekommt man keine Gemeinsamkeit hin. Das ist das föderale Element, um das es geht.

Die zweite Maxime lautet: Ungleiches muss gleich behandelt werden. Wie weit reicht diese Aussage? Von einem bestimmten Punkt an funktioniert dies nicht mehr und dann müssen die Dinge neu tariert werden. Das betrifft beispielsweise Fragen wie Stimmrechtsanteile oder auch die Zweite Kammer, bei der ich mit einiger Verwunderung die Einwände hier vernommen habe. Also wie weit kann Ungleiches gleich behandelt werden?

Einige Hinweise mögen das Problem verdeutlichen. Die Frage, wo die Grenzen der Europäischen Union liegen, ist bereits angesprochen worden. Dazu fällt mir eine Äußerung von Luther zum Schmalkaldischen Bund ein, jenem konfessionellen Bündnis, in dem die Protestanten sich organisiert hatten. Wir können die schwäbischen Städte nicht aufnehmen, meinte Luther; denn die Norddeutschen, vor allem Dänemark können sich nicht verantwortlich fühlen für das, was in Süddeutschland passiert. Das war die Grenze, jenseits derer sich keine Gemeinsamkeiten unter den damaligen Kommunikationsbedingungen herstellen ließ. Der Schwäbische Bund war damals eine europäische Großmacht, die in der Lage war, innerhalb von vier Wochen 12.000 Soldaten aufzustellen und damit den Bauernkrieg zu beenden. Kein europäischer Fürst wäre allein fähig gewesen, den Bauernkrieg innerhalb des deutschen Reichsverbandes zu beenden.

Mein Argument ist: Um in Europa ein Maximum an Selbständigkeit zu sichern, bedarf es eines Minimums an Ausdehnung. Wo dieses Minimum liegt, darüber müssen wir reden. Wenn man beispielsweise die Ukraine einbeziehen wollte, bekommen wir in Europa alle Kaukasus-Probleme vom Norden her auf den Tisch. Wenn wir die Türkei einbeziehen, hätten wir alle Kaukasus-Probleme vom Süden her in europäischer Gesamtverantwortung. Wollen wir das? Können wir damit umgehen? Natürlich müssen die Türken die Frage beantworten, wieweit sie bereit und in der Lage sind, ihre Minoritäten zu schützen. Die eigentlich brisante Frage ist jedoch: Können die Europäer sich in die Kurdenfrage im Iran, im Irak und in Syrien einmischen, weil das ein türkisches Grundproblem ist? Und was ist mit Armenien? Oder sollen wir mit der Ukraine von Norden her eine Gemeinschaft eingehen - im Bund mit den Russen oder gegen die Russen?

Ich entwickle hier nur ein Panorama von Problemen und Konflikten, die an der Testfrage hängen: Wie weit muss die Grenze Europas gezogen werden, um ein Maximum an europäischer Unabhängigkeit zu wahren bei einem Minimum an Gemeinsamkeit? Und dies Minimum muss definiert werden. Ich denke, das sind sehr grundsätzliche Fragen; den Praktikern unter uns mögen sie zu theoretisch klingen. Aber wenn wir uns darüber nicht klar werden, weiß ich nicht recht, wie es in der Praxis laufen soll.

Krzeminski

Mir geht es nicht darum, Herr Koselleck, die Ukraine in die Europäische Union hineinzuziehen. Ich weise nur daraufhin, dass diese Grenze im Osten, die eine Art Limes der Europäischen Union ist, für Polen insofern ein Problem darstellt, als wir zwar eine Grenze, aber keine Mauer haben wollen. Wir sind daran interessiert, unsere Beziehungen zur Ukraine offen zu gestalten. Ob die Ukraine irgendwann einmal europafähig sein wird, steht auf einem anderen Blatt. Wir reden darüber zurzeit nicht, aber von den Franzosen haben wir gelernt: nicht darüber reden, immer daran denken.

Koselleck

Aus der historischen Erfahrung lässt sich natürlich eine Vielzahl möglicher Inklusionen und Exklusionen ableiten. Es ist sicher eine mehr pragmatische Frage, wieweit man bei bestimmten Punkten Gemeinsamkeiten institutionell festschreibt und bei anderen nicht. Wenn man aber bestimmte Länder von vornherein ausschließt, besteht die Gefahr, dass sie sich minder bewertet fühlen. So könnte man zum Beispiel eingehender darüber nachdenken, ob man die Ukraine wirtschaftlich schneller an die Union anbindet als in politischer Hinsicht. Aber: "Cuius oeconomia, eius regio." Das ist das Problem.

Brok

Was Sie angesprochen haben, Herr Koselleck, ist nicht Theorie, sondern reine Machtpolitik. Ich denke allerdings, dass wir mit dem Begriff des Minimums an Gemeinsamkeit nicht weiterkommen. Denn erstens sind wir im europäischen Integrationsprozess schon ein Stückchen darüber hinaus, und zweitens stehen wir unter dem starken Druck, unsere Interessen in einer globalen Welt nur gemeinsam wahrnehmen zu können.

Ihre Definition von Souveränität, Herr Kranz, kann ich nicht akzeptieren. Aus meiner Sicht ist ein Land nur dann souverän, wenn es die Macht hat, seine Souveränität auch durchzusetzen, und eine solche Souveränität haben die einzelnen europäischen Staaten nur noch in einem sehr begrenzten Maße. Deshalb kommt es beim europäischen Integrationsprozess entscheidend darauf an, Souveränität gewissermaßen zu poolen, um wieder an Stärke zu gewinnen.

Die Frage, die sich von daher stellt, ist, welche Größenordnung und welcher institutionale Rahmen gegeben sein muss, damit dieser Prozess nach innen funktioniert und nach außen tragfähig ist. Wo liegen also die Grenzen für eine Gemeinschaft, um eine Überdehnung zu vermeiden? Aus der Geschichte wissen wir, dass mit der größten Ausdehnung eines Reiches meist schon sein Niedergang einsetzt. Aus diesem Grund ist die Diskussion über die Grenzen so wichtig.

Dazu gehört im Übrigen auch unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, das Herr von Weizsäcker erwähnt hat. Die USA, ich will es so deutlich sagen, haben uns die Türkei als Beitrittskandidaten aufgedrückt, und zwar aus rein sicherheitspolitischen Erwägungen, die mit der Konzeption der EU gar nichts zu tun haben. Inwieweit müssen wir uns darauf einlassen? Ist für die Europäische Union als Mitglied ein Staat tragbar, der über eine so ganz andere Rechtsordnung verfügt und zudem unmittelbarer Nachbar des Iran und des Irak ist? Inwieweit könnte das den inneren Zusammenhalt in der EU gefährden? Wäre es nicht viel vernünftiger, darüber nachzudenken, inwieweit wir Länder, an denen wir als Kooperationspartner durchaus interessiert sind und die auch ein Interesse an uns haben, in anderer Weise an uns binden, aber nicht in Form einer Vollmitgliedschaft?

Das heißt, sollten wir nicht ein Konzept entwickeln, um den europäischen Wirtschaftsraum in einer Weise zu öffnen - unter Einschluss von sicherheitspolitischen Überlegungen;-, dass wir den Türken, den Georgiern, den Moldawiern, den Ukrainern Perspektiven einer engeren Zusammenarbeit anbieten und sie - etwa im Falle der Ukraine - bei der Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit unterstützen?

Herr von Thadden sprach von Zumutbarkeit gegenüber den Wählern. Je länger ich in der Politik bin, desto mehr komme ich zu der Erkenntnis, dass wir es einfach einmal mit der Wahrheit versuchen sollten. Wenn wir den Bürgern die historischen Zusammenhänge und eine tatsächliche Kosten-Nutzen-Rechnung offen legen, stimmen sie meistens auch zu. Lassen wir doch all dieses populistische Getrickse! Natürlich bringt der polnische Beitritt für eine Übergangszeit Probleme für die Handwerker, sagen wir, in Görlitz, mit sich. Warum darum herumreden? Das alles bringt uns nicht weiter.

Deshalb bin ich auch für eine saubere Differenzierung beim Aufnahmeverfahren. Wenn wir mit einem Big Bang alle Kandidaten auf einmal aufnehmen, nimmt uns niemand ab, dass wir mit jedem einzelnen Land korrekt verhandelt haben, sondern dann ist sehr schnell von einem politischen Rabatt die Rede. Wir müssen glaubwürdig nachweisen können, dass jedes Land die Bedingungen tatsächlich erfüllt. Genauso klar ist aber auch - und daran lassen zumindest wir Deutsche keinen Zweifel;-, dass die Mitgliedschaft Polens der Kernpunkt der Osterweiterung ist. Darin liegt unser großes gemeinsames Interesse.

Was uns gegenwärtig die größten Schwierigkeiten in der Europäischen Union bereitet, ist die Konzeption des Ministerrates, und Außenminister Fischer liegt falsch, wenn er auf den Ministerrat als mögliche europäische Exekutive setzt. Der Ministerrat wird heute wesentlich durch Beamte aus den nationalen Ministerialbürokratien geführt. Sie sind nicht demokratisch legitimiert und tagen hinter verschlossenen Türen. Was dort stattfindet, ist eine ständige Vermischung von Exekutive und Legislative. Von diesen Verhandlungen dringt nie etwas nach draußen an die Öffentlichkeit. Diese Undurchschaubarkeit bereitet den Menschen starkes Unbehagen. Es ist also nicht die Kommissionsbürokratie, sondern die Ratsbürokratie, die diese Intransparenz verursacht. Deshalb plädieren wir mit Nachdruck dafür, die Fachministerräte zu Fachausschüssen zu machen. Der Ministerrat muss wieder legislativ tätig werden und öffentlich tagen wie der Bundesrat. Anders ist Transparenz innerhalb der Europäischen Union nicht zu Wege zu bringen.

Ein weiterer Punkt betrifft das Verhältnis von Bund und Ländern und die Kompetenzfrage. Bisher hat die Europäische Union als Ansprechpartner nur die Regierungen der Mitgliedsstaaten und sonst niemand. Wenn wir jetzt in einem Kompetenzkatalog ausdrücklich die Regionen berücksichtigen würden, wird das die Union nachhaltig verändern. Es kann aber nicht sein, dass die anderen Länder die gleichen Föderalstrukturen einführen müssten wie die Deutschen. Deshalb halte ich eine solche Kompetenzregelung nicht für machbar.

Es geht uns in Brüssel überhaupt nichts an, wie die Mitgliedsstaaten ihre innere Ordnung organisieren, ob sie Regionen haben und wie sie diese definieren. Eine klarere und bessere

Kompetenzregelung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten ist sicher vonnöten. Alles andere liegt allein in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips.

Bresson

Aus meiner Sicht hat die Erweiterung zwei Aspekte. Zum einen geht es dabei um technisch-ökonomische und juristische Fragen, dass die Beitrittsländer den Acquis Communautaire übernehmen. Der andere Aspekt ist: Wie können die Beitrittsländer in den laufenden Integrationsprozess hineinkommen? Den acquis communautaire halte ich nicht für das eigentliche Problem. Sicher, es wird komplizierte Verhandlungen geben, aber ich glaube nicht, dass beispielsweise die Agrarpolitik, die immer wieder genannt wird, ein unüberwindliches Hindernis darstellt.

Da ist die Rede davon, die französischen Bauern würden wegen der polnischen Bauern auf die Straße gehen. Ich sehe das nicht. Im Gegenteil, die französischen Bauernverbände stehen seit langem in Kontakt mit den polnischen Bauernverbänden.

Kranz

Die werden gemeinsam auf die Straße gehen.

Bresson

In der Tat - um vermutlich die jetzige Agrarpolitik gegen die deutschen Bauern zu verteidigen.

Anders liegen die Dinge bei dem zweiten Aspekt. Wir führen gegenwärtig eine grundsätzliche Debatte über das Ziel, die Finalität der Integration. Gehen wir beispielsweise in Richtung eines europäischen Föderalismus? Was bedeutet das? Herr Kranz sagt: Das ist keine aktuelle Zielsetzung, lassen Sie uns über konkrete Dinge reden! Wir Polen, fügen Sie hinzu, kommen mit unserer eigenen Geschichte in die Gemeinschaft. Das ist richtig. Auch die Spanier und die Engländer sind mit ihrer Geschichte in die Gemeinschaft gekommen. Das gilt letztlich für alle Länder der Union. Die Grenzfrage stellt sich nicht nur für Polen, sondern genauso für Spanien mit dem Mittelmeerraum. Die Finnen haben entsprechende Grenzfragen gegenüber Russland. Diese Grenzfragen stellen sich für die Europäische Union generell, und sie muss darauf als Gemeinschaft antworten.

Die grundsätzliche Frage, die wir heute in Europa stellen, ist, ob wir den Schritt in Richtung einer politischen Integration gehen oder nicht. Herr Hänsch hat das klar zum Ausdruck gebracht. Es mag sein, dass Nizza nicht sehr viele konkrete Ergebnisse bringen wird. Aber eines wird wichtig sein: Machen wir den Schritt in Richtung politische Integration oder nicht? Darin liegt die eigentliche Bedeutung der Rede von Fischer, der fordert: Wir müssen jetzt springen, sonst schaffen wir es nie. Und wenn wir den Sprung nicht machen, wird auch die Erweiterung nicht gelingen, weil dann die erweiterte Gemeinschaft nicht funktionsfähig ist. Das ist die eminent politische Frage, und der müssen Sie sich stellen.

Bei der letzten Erweiterung haben wir gedacht: Schweden und Österreich haben das gleiche Wirtschaftssystem und dieselben liberalen Traditionen; das dürfte keine großen Probleme bereiten. Jetzt stellen wir fest, dass uns die Skandinavier politische Schwierigkeiten bereiten - die Dänen beispielsweise -; ausgenommen die Finnen. Diejenigen, die bei uns die politische Integration wollen, sehen das mit sehr gemischten Gefühlen. Aber darüber findet in Europa zurzeit eine intensive politische Debatte statt.

Sie sagen, Herr Krzeminski, dass auch in Westeuropa die Frage der nationalen Identität ein Problem ist. Das trifft zu; denn diejenigen, die gegen eine politische Integration sind das reicht von Chevènement in Frankreich bis zu den Konservativen in England und den Antieuropäern in Dänemark;-; versuchen mit allen Mitteln, gegen diese politische Zielsetzung anzugehen. Niemand weiß, wer am Ende gewinnen wird; ich hoffe, es werden die integrativen Kräfte sein. Und meine Hoffnung ist auch, dass sich die Polen in diese Debatte einmischen werden. Ich würde es wirklich bedauern, wenn die Polen der Gemeinschaft beitreten und dann erklären: Diese ganze Debatte interessiert uns nicht; für uns ist nur wichtig, unsere Geschichte zu verteidigen und Sicherheit in der NATO zu finden.

Fugmann-Heesing

Wir sind jetzt an einem wichtigen Punkt: Was bedeutet die Einbeziehung Polens in die Europäische Union für unser Verhältnis zu den Staaten, die weiter östlich liegen? Ich stimme Herrn Koselleck zu,

dass man ein Minimum an Gemeinsamkeiten braucht. Aber die Möglichkeiten, dieses Minimum zu entwickeln, sind heute ganz andere, als es damals der Fall war.

Wir sind uns hier alle einig, dass Polen auf jeden Fall zu den ersten gehören muss, die in die Europäische Union aufgenommen werden. Dann stellt sich aber in der Tat die Frage, was das für das Verhältnis der EU zur Ukraine, zu Russland und zu weiteren Staaten im Osten bedeutet. Dass Polen in dieser Hinsicht, wie Herr von Weizsäcker sagte, eine besonders wichtige Rolle zukommt, ist unbestritten. Wenn die Europäische Union nicht zuletzt das Ziel verfolgt, Sicherheit in Europa zu gewährleisten, dann ist dies nur möglich, wenn die Osterweiterung nicht zu einer Abschottung der Grenzen nach Osten führt.

Herr Hansen hat etwas apodiktisch formuliert, die Erweiterung der Europäischen Union müsse Grenzen haben, damit sie handlungsfähig und für die Menschen erfahrbar bleibt. Das ist im Prinzip zwar richtig, schließt aber nicht aus, die wirtschaftliche Kooperation und auch die politische Kommunikation über diese Grenze hinaus mit zu bedenken. Und dafür kommt Polen eine außerordentlich wichtige Rolle zu. Das heißt, Polen muss die Kontakte und Verbindungen zu den östlichen Nachbarn aufrechterhalten und zugleich den diesbezüglichen Diskussionsprozess in der Europäischen Union befördern. Diese doppelte Aufgabe Polens halte ich für besonders wichtig.

Ehlermann

Wir wissen von früheren Beitritten, welche Anforderungen an die Kandidaten gestellt werden und wie man mit Schwierigkeiten fertig wird. Möglicherweise müssen die jetzigen Beitrittsverhandlungen wegen der großen Zahl der Kandidaten ein wenig anders geführt werden.

Die Übernahme des *acquis communautaire*, der inzwischen eher umfangreicher als kleiner geworden ist, impliziert die Frage nach Übergangszeiten, über die bisher erstaunlich wenig geredet wird. In der Vergangenheit haben Übergangszeiten stets eine wichtige Rolle gespielt, und zwar sowohl im Interesse der Gemeinschaft als auch der Kandidaten. Wenn ich mich recht erinnere, haben beispielsweise die Spanier und die Portugiesen dreizehn Jahre warten müssen, bis sie in den Gewässern der Mitgliedsländer voll fischen durften. Ähnlich war es in puncto Freizügigkeit von Personen.

Nun hat der gemeinsame Binnenmarkt zweifellos eine neue Dimension geschaffen, die es notwendig macht, den Wirtschaften der Beitrittskandidaten die Anpassung zu ermöglichen. Aber die Frage, ob ein Beitrittsland bereits an den gemeinschaftlichen Beschlussfassungsverfahren teilnehmen darf, obwohl es aufgrund der Übergangsfristen noch nicht voll dem Binnenmarkt angehört, hat in früheren Beitrittsverhandlungen keine Rolle gespielt. Ich denke, solche Gesichtspunkte sollten wir nicht außer Acht lassen.

Wenn Polen der Union beitrifft, kommt ihm aufgrund seiner geografischen Lage und der Nähe zu den Nachbarn weiter im Osten ohne Frage eine besondere Bedeutung zu. Bisher hat Finnland diese Rolle mit Erfolg allein innegehabt. Und im Süden: Wer vertritt die Interessen der Gemeinschaft gegenüber dem Mittelmeerraum effizienter und nachdrücklicher als Spanien? Nicht ohne Grund ist der Dialog mit dem südlichen Rand des Mittelmeeres in Madrid angesiedelt und nicht in Helsinki oder Stockholm.

Einen sehr wichtigen Punkt hat Herr de Bresson angesprochen. In der Tat findet heute in der Gemeinschaft eine Verfassungsdebatte statt. Das heißt, den jetzt anstehenden Beitritten ist eine Vertragsrevision vorgeschaltet. Bei früheren Erweiterungen war die sehr schwierige Frage der Anpassung der Institutionen auf die Zeit nach dem Beitritt verschoben - mit all den Risiken, die das beinhaltete. Das wird heute anders gehandhabt. Ich begrüße es, dass wir jetzt eine grundsätzliche Diskussion über die Zukunft der Gemeinschaft führen - unabhängig von den Fragen der Anpassung der Organe bezüglich der Beitrittskandidaten - und über die Überbleibsel von Amsterdam.

In diesem Punkt, Herr von Weizsäcker, ist die Frage: Was ist wichtiger: die Diskussion über Inhalte oder über die Verfassung? Intergouvernementalisten halten die Diskussion über die Inhalte für wichtiger. Tatsache ist jedoch, dass die Verfassungsdiskussion sich nachhaltig auf die Bestimmung der Inhalte auswirken wird. Denn bestimmte Inhalte lassen sich mit dem Einstimmigkeitsgebot nicht regeln.

Was ich an dem jetzigen deutsch-französischen Dialog so erfreulich finde, ist, dass inzwischen mehr Einvernehmen darüber zu bestehen scheint, Teile des zweiten Pfeilers in den ersten zu überführen und nicht umgekehrt. Des Weiteren machen sich die Beteiligten ernsthafte Gedanken über die Grenzen der Union. Dabei ist interessant, dass die Ukraine außerhalb der Gemeinschaft gesehen wird, während dies bei anderen Ländern - beispielsweise Moldawien - offen bleibt.

Natürlich muss man für die Durchlässigkeit der Grenzen angemessene Lösungen finden, die einerseits mit Schengen vereinbar sind, andererseits aber den erwähnten brisanten politischen Problemen, die etwa für Polen mit der neuen Außengrenze verbunden sein können, Rechnung tragen. Hier wären Zwischenlösungen denkbar. Eine Teilmitgliedschaft ist aus politischen Gründen bisher immer abgelehnt worden. Aber Frans Andriessen, damals Vizepräsident der Kommission, hat bereits gesagt, dass man darüber nachdenken müsse. Auch in deutsch-französischen Gesprächen werden inzwischen solche Teilmitgliedschaften nicht mehr völlig ausgeschlossen.

Darüber eingehender nachzudenken, ist besonders dann wichtig, wenn man bestimmte Länder definitiv von einer Vollmitgliedschaft ausschließt, um die Aufnahmefähigkeit der Union nicht zu überspannen. Hier muss über flexible Angebote nachgedacht werden, und darauf scheinen einige deutsch-französische Überlegungen hinauszulaufen.

von Mangoldt

Ich kann hier direkt anschließen. Sie weisen darauf hin, Herr Ehlermann, dass wir uns Gedanken darüber machen müssen, wie wir unsere Beziehungen zu den Ländern gestalten wollen, die nicht Mitglied der Union werden können. Sicher stand hinter der Europäischen Union von Anfang an immer auch eine politische Vision. Genauso unzweifelhaft ist aber auch, dass die einzelnen Entwicklungsschritte jeweils durch ganz andere Erwägungen mitbedingt waren.

So beruhte die Gründung der Montanunion zum einen auf den Visionen von Schuman, zugleich aber wollte man damit eine einseitige besatzungsrechtliche Kontrolle des Ruhrgebietes verhindern. Als Großbritannien in die EWG aufgenommen wurde, sahen diejenigen, die ein Zuviel an Supranationalst befürchteten, darin auch die Chance, solche Ansprüche zurückzuschrauben. Als Spanien, Griechenland und Portugal Mitglieder wurden, wollte man damit zugleich die demokratische Entwicklung in diesen Ländern prämiieren, ihre Abkehr von autoritären oder diktatorischen Herrschaftsverhältnissen.

Das heißt, in fast allen Fällen ging es bei den Erweiterungen nicht nur, oder sogar primär, um Erwägungen, die mit dem ursprünglichen Gegenstand des Vertrages zu tun hatten. Überlegungen - wie sie auch hier angestellt werden;- , ob sich beispielsweise der polnische Beitritt rechnet und was wir dabei gewinnen, klingen dann doch sehr merkantilistisch. Worum es immer gegangen ist, sind spezifische Vorstellungen von einer europäischen Ordnung. Das zeigte sich etwa in der historischen Perspektive, die in Helsinki deutlich wurde und die einerseits Russland, andererseits Schweden und im Weiteren den kur-/livländischen Raum betraf.

Diese Perspektive betrifft nicht nur Polen, sondern ebenso Ungarn, also Länder, denen man, wie es heißt, eine Rückkehr nach Europa ermöglichen will. Mit anderen Worten: Bei allen Beitritten und Erweiterungen waren es nicht in erster Linie Erwägungen, die aus dem Vertrag resultierten und die sich an der Frage des Nutzens für die Gemeinschaft orientierten, sondern stets spielten Aspekte der europäischen Friedensordnung eine tragende Rolle. Ich denke, das sollten wir nicht außer Acht lassen, wenn wir beispielsweise den Beitritt Polens diskutieren.

Wenn wir des Weiteren die politische Union betrachten, sollten wir nicht übersehen, dass die Europäische Union mit ihren drei Säulen eine Integration anstrebt, die auf einer partiellen Supranationalst beruht. Bei der zweiten Säule haben wir es sicher mit Staaten zu tun, die in gewissem Sinne souverän bleiben und die in den internationalen Organisationen, insbesondere in den Vereinten Nationen, nach wie vor ihre Rolle zu spielen haben. Diese Rolle können sie aber nur wahrnehmen als voll verantwortliche Wirkungseinheiten des zwischenstaatlichen Rechts. In dieser Hinsicht kommen durchaus die Souveränitätserwägungen von Herrn Kranz zum Tragen.

Wenn also die politische Union im Rahmen der EU entschieden weitergetrieben würde, ließe sich kaum noch rechtfertigen, dass Frankreich und Großbritannien ihre Sitze im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen behalten. Damit würde dann überhaupt die Rolle dieser Staaten im Weltkonzert infrage gestellt. Dabei hat die Gruppe der 77 vorexerziert, dass man mit einzelnen Staaten mehr Stimmen - und Gewicht - hat, als wenn man als Block auftritt. Es ist sicher kein Zufall, dass wir europäischen Staaten in der WTO mit mehreren Mitgliedschaften sehr erfolgreich gewesen sind. Und es ist auch kein Zufall, dass im IWF trotz kommender einheitlicher europäischer Währung nach wie vor die Mitgliedsstaaten das Sagen haben.

Wir sollten deshalb bei der Entwicklung der zweiten Säule immer daran denken, dass es um eine partielle Integration geht und dass in den internationalen Organisationen nach wie vor die souveränen Staaten agieren und handlungsfähig sein müssen. Insofern pflichte ich dem Souveränitätsargument von Herrn Kranz bei.

Wenn, wie Herr Brok sagt, Souveränität die Macht ist, eigene Vorstellungen durchzusetzen, dann trifft das im Grunde nicht einmal mehr für die einzige verbliebene Supermacht, nämlich die USA, zu, sind selbst sie nicht souverän. Man stelle sich nur vor, die Vereinigten Staaten versuchten, in China ihre Auffassung von den Menschenrechten durchzusetzen. Doch eine solche souveräne Macht, ein solches Souveränitätskonzept, hat es selbst bei Bodin nie gegeben. Deshalb führt nach meinem Dafürhalten die Definition der Souveränität so wenig weiter wie eine Definition des Verfassungsbegriffes oder des Föderalismus. Ich denke, wir sollten mit Begriffen nicht die Sache vernebeln.

Welle

Herr Koselleck hat anhand der deutschen Verfassungsgeschichte den bemerkenswerten Satz geprägt: Es ging immer um ein Minimum an Gemeinsamkeit für ein Maximum an Unabhängigkeit. Entscheidend ist für mich bei dieser Formulierung der Hinweis auf die Unabhängigkeit; denn dieser Begriff ist auch im europäischen Zusammenhang heute von erheblicher Bedeutung, um Missverständnissen, die mit der europäischen Integration verbunden sind, zu begegnen.

Wofür steht die Europäische Union im Kern? Dafür, die Handlungsfähigkeit Europas nach innen und nach außen zurückzugewinnen, die es in zwei europäischen Bürgerkriegen in diesem Jahrhundert eingebüßt hat. Europa ist quasi an den Rand der Geschichte geraten, abgelöst durch den Aufstieg der beiden Flügelmächte Russland, beziehungsweise die Sowjetunion, auf der einen und die USA auf der anderen Seite. Worum wir uns heute in Europa bemühen, ist, die verlorene Unabhängigkeit gemeinsam zurückzugewinnen.

Und wir haben in dieser Hinsicht Fortschritte gemacht, etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik. Vor fünf Jahren hätte das noch niemand zu prognostizieren gewagt. Aber wir haben begriffen, dass Handlungsfähigkeit nur gemeinsam zurückzugewinnen ist.

Eine zweite wichtige Erfahrung ist, dass durch den europäischen Binnenmarkt, also die offenen Grenzen im Binnenverhältnis, aber auch durch die Einführung des Euro und die damit verbundenen strengen Stabilitätskriterien, letztlich keine Möglichkeit mehr für eine keynesianische Wirtschaftspolitik auf nationalstaatlicher Ebene besteht. Deficitspending ist nur noch begrenzt möglich, und die offenen Grenzen führen dazu, dass bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht nur im eigenen Land wirksam werden, sondern womöglich im Nachbarland. Damit hat der Nationalstaat ein wichtiges Instrument der Wirtschaftspolitik verloren.

Die Frage stellt sich, ob wir auf europäischer Ebene gemeinsam Instrumente in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, über die der Nationalstaat nicht mehr verfügt - unter den Bedingungen von Globalisierung, Eurokriterien und offenen Grenzen;- neu etablieren können. Das betrifft beispielsweise die Diskussion über eine gemeinsame Steuerpolitik, aber auch andere Fragen, die etwa mit Euro 12 zusammenhängen. Zu wie viel an Gemeinsamkeit sind wir in der Hinsicht letztlich bereit?

Handlungsfähigkeit bedeutet für mich - und da bin ich vielleicht begrifflich flexibler als die Juristen - Souveränität. Wer nicht handlungsfähig ist, ist auch nicht souverän. Souveränität heißt also, die eigenen Geschicke selber bestimmen zu können. In diesem Verständnis geht es somit nicht darum, Souveränität abzugeben, sondern gemeinsam wieder souverän zu werden. Insofern ist Souveränität kein Nullsummenspiel, wo der einzelne Nationalstaat verliert, wenn die Gemeinschaft etwas hinzugewinnt, sondern durch die Zusammenarbeit gilt es, den gemeinsamen Kuchen zu vergrößern.

Wenn dies das zentrale Element der europäischen Integration ist, dann ist auch die Frage an die Beitrittsländer legitim, ob sie grundsätzlich bereit sind, nicht nur die Beitrittskriterien zu erfüllen, sondern sich an diesem Prozess der Rückgewinnung von Handlungsfähigkeit zu beteiligen. Gerade nach den Erfahrungen mit Dänemark, mit Schweden oder mit Großbritannien ist das eine besonders wichtige Frage.

Wie werden wir uns als Gemeinschaft mit 25 oder 30 Staaten weiterentwickeln? Bedeutet die Integration neuer Mitglieder, dass dieser Prozess verlangsamt oder gar aufgehoben wird - durch zunehmend negativ ausgehende Referenden beispielsweise;- oder ist der Wille bei den politischen Eliten und auch in den Bevölkerungen der Beitrittsländer so ausreichend, dass wir gemeinsam die Handlungsfähigkeit ausbauen können?

Kühnhardt

Ich würde hinzufügen, Herr Welle: Wie groß muss das Minimum an Gemeinsamkeit nicht nur in den Institutionen, sondern auch in unserem Bewusstsein sein? Herr de Bresson sagte: Jedes Land kommt

mit seiner eigenen Geschichte und auch mit seiner eigenen Geografie nach Europa. Aber wie steht es mit unserer jeweiligen Wahrnehmung in Bezug auf die Nachbarstaaten jenseits der künftigen Grenzen der EU? Reicht es aus, dass wir beim Handeln und auch in unserem Bewusstsein eine Art Arbeitsteilung postulieren nach dem Motto: Die Polen müssen sich stärker um ihre östlichen Nachbarregionen kümmern und die Franzosen um Algerien? Immerhin liegt der Süden von Algerien weiter von Algier entfernt als Algier von Genshagen.

Die Franzosen könnten beispielsweise daraufhinweisen, dass wir in Europa eine gemeinsame Migrations- oder Konfliktregulierungspolitik brauchen, um zu verhindern, dass der Islamismus und der Bürgerkrieg in Algerien nicht in den nächsten Jahren etwa auf Marokko übergreift. Solche Tatbestände sind uns in unserem deutschen Bewusstsein noch keineswegs präsent. Es reicht jedenfalls nicht, die Franzosen aufzufordern, sich für unsere deutsch-polnische ostpolitische Perspektive zu öffnen und von den Polen zu erwarten, dass sie auf die Annäherung der Ukraine an Europa Einfluss nehmen. Während die einen auf der harten Durchsetzung der Schengen-Kriterien beharren, plädieren die Polen zu Recht für offene Grenzen zu ihren Nachbarn, um den Wirtschaftsgrenzverkehr nicht zu gefährden. Da liegt sehr viel Konfliktstoff, den wir nur gemeinsam entschärfen können.

Reicht es in dieser Hinsicht aus, wenn Deutschland versucht, angesichts des arbeitsteiligen Bewusstseins die Rolle des vermittelnden Dirigenten zwischen den künftigen EU-Mitgliedsländern im Osten und den bisherigen Mitgliedern im Süden und im Westen zu spielen? Kann sich daraus nicht ein Konfliktszenario zwischen Deutschland und Brüssel über die Frage entwickeln, wer in dieser Situation der Dirigent sein muss, solange es noch kein gemeinsames europäisches Bewusstsein diesen Fragen gegenüber gibt?

Und was die Handlungsfähigkeit angeht, Herr Welle, meine ich, ist die Klärung unseres Verhältnisses zu den USA von besonderer Bedeutung. Ich denke, Herr von Weizsäcker, wir können uns vor dem amerikanischen Unilateralismus nur schützen, indem wir die Weltfähigkeit Europas stärken. Es ist nicht die Schuld der Amerikaner, wenn die europäische Außen- und Sicherheitspolitik nicht funktioniert oder wenn unsere Spitzenuniversitäten nicht so gut sind wie die amerikanischen. Sicher, wir leben nicht mehr im Artikel-5-Zeitalter, wo die territoriale Landesverteidigung die Grundlage der transatlantischen Beziehungen darstellte. Aber wir müssen uns aus Eigeninteresse darüber Gedanken machen, wie wir die Machtücke zwischen Europa und den USA schließen können, um das politische Verhältnis zu den USA und zu Kanada dauerhaft auf eine solide Grundlage zu stellen.

Es gibt bis heute keinen transatlantischen Vertrag zwischen der EU und den USA. Es ist hoch an der Zeit, dass dies auf die Tagesordnung kommt, um ein weiteres Auseinanderdriften der transatlantischen Welt zu verhindern. Ich sehe dabei angesichts unserer eigenen Unzulänglichkeiten eine Bringschuld auf europäischer Seite.

Herr Brands stellte die Frage, wie wir mit den teilweise schon vorhandenen Protektoraten oder Semiprotektoraten umgehen, die sich an der Peripherie von Europa gebildet haben und die möglicherweise, beispielsweise im Kaukasus, noch zunehmen könnten? Das ist auch eine Frage an unsere Intelligenz und Fantasie. Während wir in der Europäischen Union von geteilter oder gebündelter Souveränität sprechen, tun wir in Bezug auf den Kosovo oder auf den Kaukasus so, als würde es da immer noch entweder um volle Souveränität und staatliche Unabhängigkeit gehen oder um die Aufrechterhaltung der bisherigen Strukturen, die die Völker im Kosovo oder in Teilen des Kaukasus ablehnen. Wäre es nicht an uns, fantasievollere und intelligentere Autonomiekonzepte für all diese Kummerregionen Europas zu entwickeln, statt nur in Kategorien der Beibehaltung der Einheit Jugoslawiens oder der nördlichen Kaukasusregion in ihrem Verhältnis zu Russland zu denken? Sind dort beispielsweise Formen abgestufter Autonomiekonzepte sinnvoll und möglich?

Müssen wir uns nicht vielleicht weniger an den Souveränitätsvorstellungen Frankreichs, Deutschlands oder Polens orientieren, als vielmehr an, sagen wir, Andorra mit seiner zweigeteilten Staatspräsidentenschaft oder an Liechtenstein mit seiner gemeinsamen Währung mit der Schweiz und außenpolitischen Repräsentanz durch die Schweiz? Wenn wir in Europa Handlungsfähigkeit wiedergewinnen wollen, sollten wir uns nicht ausschließlich über militärische Instrumente unterhalten, sondern vielmehr auch neue konzeptionelle Vorstellungen entwickeln, um mit Phänomenen wie den Protektoraten an der Peripherie der EU sinnvoll umzugehen.

Brands

Protektorat, Herr Kühnhardt, ist natürlich ein umstrittener Begriff, und man sollte alles tun, um in den betreffenden Gebieten die politische Selbstbestimmung wiederherzustellen - vorausgesetzt, dass für die dortigen Minderheiten ein Mindestmaß an Sicherheit gewährleistet ist. Aber wenn ich diese Regionen realistisch betrachte - und wir haben ja einige Erfahrungen in dieser Gegend;- , dann ist zu

befurchten, dass in dem Augenblick, in dem die Amerikaner und die Europäer sich zurückziehen, das Leben von unzähligen Menschen gefährdet ist. Eine abgestufte oder geteilte Souveränität kann ich mir da sehr schwer vorstellen. Vergleiche mit Andorra oder Liechtenstein werden uns in Kosovo wenig helfen.

von Mangoldt

Zum Thema Protektorat: In Artikel 2 Absatz 1 der UN-Charta heißt es: The organization is based on sovereign equality of all its members - souveraineté égale im Französischen. Protektorate kann es nach dieser Formulierung nicht geben. Es gab in den Vereinten Nationen so etwas wie das System der Treuhandschaft, das ist aber völkerrechtlich etwas anderes als das Protektorat und hat mit abgestufter oder geteilter Souveränität nichts zu tun.

Im Kosovo hatten wir diesbezüglich erhebliche Schwierigkeiten. Während die einen von humanitärer Intervention sprachen, betonten andere das Selbstbestimmungsrecht, das dann zur Verselbständigung hätte führen können, vielleicht sogar müssen. Dritte redeten von Nothilfe bei einem Konzept entstehender Staatlichkeit. Das sind ganz verschiedene Konstruktionen. Der Westen hat sich in dieser Hinsicht allerdings völlig widersprüchlich verhalten, und die Folgen haben wir soeben bei den jugoslawischen Wahlen im Bereich des Kosovo erlebt. Einerseits hieß es, der Kosovo bleibe eine Provinz Serbiens und damit Bestandteil der jugoslawischen Bundesrepublik, und andererseits hat man sich größtenteils anders verhalten.

Wir haben insoweit auch deutlich unterschiedliche Konzeptionen in Europa auf der einen und in den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite. Vom Unilateralismus der USA war die Rede. Man kann es noch schärfer formulieren. 1958 haben die USA ohne Rücksicht auf das Völkerrecht in Santo Domingo interveniert; ähnlich war es in Nicaragua. Als die USA daraufhin vom Internationalen Gerichtshof verurteilt wurden, kündigten sie ihre Mitgliedschaft zur Fakultativklausel, ihre Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit auf.

Im Kosovo-Konflikt hat Russland im UN-Sicherheitsrat der Intervention nachträglich zugestimmt. Wenn Sie jetzt die Kaukasus-Region ansprechen, Herr Brands, und beispielsweise auf Tschetschenien verweisen, wäre die Frage, ob die Russische Föderation bereit wäre, eine vergleichbare Lösung dort, wie im Kosovo, nachträglich mit einem UN-Stempel des Sicherheitsrats zu versehen. Dann müsste die Russische Föderation gegen sich selbst stimmen. Die Frage erledigt sich von selbst. Das heißt, ich sehe keine Chance für ein Konzept abgestufter Souveränität.

Kann Europa seine "Unabhängigkeit" wiedergewinnen, wie hier gefordert wurde? Als sich die Bundeswehr nach dem Ende der Bombardierungsphase im Kosovo beteiligen wollte, müsste sie die Hilfe der Luftwaffe der Ex-Sowjetunion in Anspruch nehmen. Denn deutsche Panzer konnten nicht auf dem Landweg in den Kosovo gelangen, und für den Lufttransport fehlte es an den notwendigen Kapazitäten. Das heißt, die Europäer waren überhaupt nicht in der Lage, das zu leisten, was die US-Luftwaffe von Italien und anderen Orten aus im Kosovo tun konnte.

Die Rechtslage hinsichtlich des Kosovo ist im UN-System also völlig ungeklärt angesichts der Vetomächte im Sicherheitsrat. Im Übrigen haben dort zwar Frankreich und Großbritannien einen Sitz, eine politische Europäische Union aber nicht. Damit war die Intervention nur durch die NATO unter Einbeziehung der USA und auch anderer Nichteuropäer möglich. Wie es im Kosovo weitergehen soll - rechtlich und faktisch;-, weiß zurzeit niemand, wie die jugoslawischen Wahlen gezeigt haben.

Sie sprechen von einer Dirigentenrolle, Herr Kühnhardt, vielleicht sogar von deutscher Seite. Herr Brands hat für eine führende Rolle Deutschlands in der europäischen Integration plädiert. Ich finde das sehr liebenswürdig, wenn ein Niederländer das sagt - bei all den Schwierigkeiten, denen man als Deutscher in den Niederlanden immer noch begegnen kann.

Brands

Da hat sich bei uns einiges geändert.

von Mangoldt

Wenn ich mir eine führende Rolle Deutschlands vorstelle, dann sehe ich sofort die Dänen auf den Schanzen, die die Preußen einst erobert haben. Anders lässt sich das Abstimmungsverhalten der Dänen zu Europa wohl nicht interpretieren. Zumindest gilt das für die Neinsager, wie wir es jetzt gerade zum zweiten Mal erlebt haben.

Wenn Sie mit führender Rolle meinen, dass Deutschland in der Europäischen Union sozusagen Positionen der Kleineren mitvertritt und ihnen dadurch mehr Gewicht verleiht, würde mir das sehr viel mehr einleuchten. Solange aber in der Kommission auch die kleinen Staaten mindestens einen Kommissar haben und im Rat bei je einem Vertreter pro Staat das Staatsangehörigkeitsprinzip aufrechterhalten bleibt, ist es auch auf der supranationalen Seite viel besser, wenn die kleinen Staaten ihr Geschäft selbst besorgen und in Mehrheitsfragen unter Umständen Koalitionen bilden, so wie das seinerzeit im Bundesrat des Norddeutschen Bundes und später im Deutschen Reich bismarckscher Prägung der Fall gewesen ist. Damit würden sie ein Stück weit ihre Selbständigkeit bewahren und nicht nur zu vermittelten Existenzen werden. Genau das ist doch das zentrale Problem, wenn die Europäische Union nach ihrer Mitgliederzahl zu groß wird.

Im Übrigen würde mit der "führenden Rolle" wieder eine Art Direktorsmodell ins Spiel kommen, indem nicht nur ein Dirigent, sondern mehrere konkurrierende Dirigenten agieren würden. Wie wir wissen, verderben viele Köche den Brei. Mit einem französischen, einem englischen, einem deutschen und womöglich einem italienischen Dirigenten - ich kann mir schwer vorstellen, wie das gehen soll.

Die Unabhängigkeit Europas wiedergewinnen? Eine europäische Unabhängigkeit hat es auch vor den beiden Weltkriegen nie gegeben. Es gab lediglich ein eurozentristisches Völkerrecht, in dem die Staaten die Akteure waren. Die Wiedergewinnung von Unabhängigkeit ist nicht möglich. Staatlichkeit ist nach wie vor Grundlage der Souveränität. Darauf bauen auch die Vereinten Nationen auf, nicht anders als früher beim Völkerbund.

Brands

Ich habe betont: Mit Führungsrolle meine ich, dass dies im Konzert mit anderen stattfindet. "Cooptive power", wie die Amerikaner sagen. Es muss ein wichtiges Mitglied die Initiative ergreifen, um zu versuchen, die anderen in eine bestimmte Richtung mitzuziehen. Luxemburg oder Holland können das nicht. Ich denke, bei allen Vorbehalten, die es dagegen auch geben wird, es muss zumindest den Versuch einer Koordinierung geben, sonst weiß ich nicht, wie wir in Europa weiterkommen wollen.

Kirt

In der UNO-Charta ist zwar von der souveränen Gleichheit der Staaten die Rede, die aber zugleich wieder aufgehoben wird. Sie haben den Sicherheitsrat erwähnt, Herr von Mangoldt. Der amerikanische Politologe Morgenthau spricht von den Vereinten Nationen als einem System der sovereign inequality. Selbstverständlich gehen wir Luxemburger von der rechtlichen Gleichheit der Staaten aus. Wir sind uns aber zugleich bewusst, dass es eine faktische Ungleichheit zwischen den Staaten gibt: große und kleine Staaten; arme und reiche Länder; Nuklearstaaten und Nicht-Nuklearstaaten - ich könnte weitere Kategorien nennen. Die Politik muss zusehen, dass die faktische Ungleichheit zu einer Kooperation führt, die in unserem internationalen System Bestand hat.

Als Kleinstaatler weiß ich sehr wohl, dass einige Staaten gleicher sind als andere. Und damit sind wir sofort wieder in der Diskussion über die Avantgarde. Tatsache ist aber auch, dass die "gleicheren" Staaten auf den verschiedenen Gebieten immer andere sind, und eben das macht im Grunde die Funktionsfähigkeit der Europäischen Union aus.

Welle

Ich bin davon überzeugt, dass Deutschland eben die Rolle spielen muss, die Herr Brands angedeutet hat. Das erklärt im Übrigen auch die Reaktionen auf die Fischer-Rede. Denn inhaltlich hat er sich eher widersprüchlich geäußert und sehr viele Optionen offen gelassen. Entscheidend war die Erleichterung darüber, dass Deutschland nach zwei Jahren des Stillschweigens wieder bereit war, diese Rolle zu spielen und noch dazu in einer Art und Weise, die mit den französischen Positionen vereinbar war, wie sich dann bei der Chirac-Rede gezeigt hat.

Wenn die deutsche Politik diese Aufgabe nicht wahrnimmt, nehmen andere sie wahr, und das hieß in den vergangenen zwei Jahren, dass die Führung in der Europäischen Union wesentlich von Großbritannien und Spanien bestimmt wurde, die intergouvernemental auf eine Wirtschaftskooperation ausgerichtet war, während die Integrationsfragen eher vernachlässigt wurden. Es ist das große Verdienst von Joschka Fischer, deutlich gemacht zu haben, dass Deutschland und Frankreich nach wie vor den politischen Willen besitzen, die Integration voranzubringen.

Ziebur

Ich habe zu Beginn grundsätzlich nach dem Sinn von Institutionen gefragt, und zwar unter dem Aspekt ihrer Fähigkeit, mit Herausforderungen und Problemen fertig zu werden, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges und angesichts der zunehmenden Globalisierung für uns stellen. Institutionen sind für mich kein Selbstzweck, sondern Instrumente zur Durchsetzung politischer Inhalte.

Von daher würde ich die Frage stellen: Vor welchen konkreten Veränderungen der Machtverhältnisse steht die europäische Einigung am Beginn des 21. Jahrhunderts? In dem Zusammenhang sehe ich für Europa drei Haupteinflussfaktoren, die aber ganz unterschiedlichen, sogar widersprüchlichen Logiken gehorchen, nämlich erstens Globalisierung, zweitens Vertiefung und drittens Erweiterung.

Zunächst zur Globalisierung. Sie fördert die zentrifugalen Kräfte, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft, vor allem der Finanzen. Diese Kräfte sehen nicht mehr den europäischen Markt, schon gar nicht die nationalen Märkte, sondern den Weltmarkt als ihr Hauptspielfeld an und sie unternehmen alle Anstrengungen, um auf diesem Markt mithalten zu können. Die großen Fusionen zum Beispiel dienen nicht der Stärkung europäischer Positionen, sondern zielen darauf ab, europäische Unternehmen zu Global Players zu machen.

Diese Entwicklung ist mit erheblichen gesellschaftlichen Veränderungen verbunden, auf die die Länder mit unterschiedlichen Instrumenten zu reagieren versuchen, wie sich gerade bei den Folgen der Ölpreiserhöhungen gezeigt hat. Die Frage ist, ob wir in Europa auf solche Herausforderungen nicht allmählich gemeinsam reagieren müssen, um weltpolitisch und weltökonomisch handlungsfähig zu werden.

Eine Erklärung für den schwachen Euro lautet ja, dass die internationalen Finanzmärkte damit gewissermaßen die politische Schwäche der Europäer bestrafen wollen. Mit anderen Worten, die internationalen Finanzmärkte sind nicht davon überzeugt, dass die Europäer mit ihren innerpolitischen Problemen - und auch nicht mit der Erweiterung - fertig werden. Inwieweit die ökonomischen und sozialen Probleme irgendwann auf europäischer Ebene mit so etwas wie einer europäischen Gesellschaftsstruktur besser gelöst werden können, ist eine Frage, die auch für die Beitrittsländer wichtig wäre. Gelingt es den Europäern in der globalen Welt, ein gemeinschaftliches Projekt so zustande zu bringen, dass Europa eine starke, stabilisierende Position einnimmt und damit auch die Zustimmung in der Bevölkerung zu Europa wächst?

Dann zweitens zur Vertiefung, die zur Erweiterung in einem gewissen Gegensatz, zumindest Spannungsverhältnis steht; denn jede Vertiefung macht die Erweiterung schwieriger.

Da stellt sich beispielsweise die Frage nach der Avantgarde. Herr Koselleck hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es eines Minimums an Konsens bedarf, damit Institutionen überhaupt funktionsfähig sind. In welchen Bereichen soll die Integration vertieft werden? In der Energiepolitik, in der Sozialpolitik oder wo noch?

In der Außen- und Sicherheitspolitik beispielsweise steht wiederum die Institutionenfrage im Vordergrund. Die Inhalte dagegen: Wie stehen wir zu Russland, oder was machen wir auf dem Balkan? werden eher vernachlässigt. Herr Solana, heißt es, soll der europäischen Außenpolitik ein Gesicht geben. Wie soll er das aber tun? Schließlich ist er davon abhängig, inwieweit sich die Mitgliedsstaaten über die politischen Inhalte verständigen können. Er kann in keiner Weise entscheiden, dass Europa diese oder jene Politik macht. Diese zusätzliche Institution in der Person von Herrn Solana vergrößert nur das Institutionenwirrwarr und dient gerade nicht dem Ziel, die europäische Außenpolitik intern und nach außen verständlich zu machen. Statt sich zunächst über die politischen Inhalte zu verständigen, schafft man eine neue Institution, die überhaupt nichts voranbringt.

Verstärkte Zusammenarbeit - eine weitere Institution. In welchen zentralen Bereichen soll sie stattfinden? Eine europäische Energiepolitik beispielsweise dürfte sehr schwierig sein. Sehen Sie sich nur die unterschiedlichen deutschen und französischen Positionen in dieser Hinsicht an. Bisher jedenfalls müssen die Nationalstaaten solche Probleme jeweils für sich lösen.

Schließlich drittens die Frage der bevorstehenden Erweiterung, mit der wir zumindest über Westeuropa hinausgehen. Ich sehe allerdings einen fundamentalen Unterschied zu den bisherigen Erweiterungen, die stets marktwirtschaftlich organisierte Länder betraf. Das ist mit den postkommunistischen Ländern etwas völlig anderes, von denen ganz andere Anpassungsleistungen verlangt werden als von früheren Beitrittskandidaten.

Es heißt, damit müsste auch die bisherige Europäische Union sich verändern. Aber was soll konkret geändert werden? Geht es nur um Änderungen der Institutionen oder betrifft das auch die politischen

Inhalte? Entscheidend ist doch, dass wir eine Antwort auf die Herausforderungen finden, dann werden sich auch die institutionellen Lösungen leichter gestalten lassen. Sonst greifen auch alle noch so gut gemeinten Reformen nicht.

Baron d'Aligny

Ein Wort zur Rolle der Banken auf den Finanzmärkten. Die Banken - sie sind ja einer der verschiedenen wichtigen Akteure - verfahren mit den Währungen genauso wie mit den Zinsen und den Aktien. Sie führen Analysen durch und sprechen Empfehlungen aus. Die Rolle, die sie dabei wahrnehmen, ist zwar wichtig, sollte aber nicht überschätzt werden. Die Währungen unterliegen genau wie die Aktienmärkte sehr kurzfristigen Entscheidungen, wobei die Einführung des Euro einen bemerkenswerten Beitrag zur Währungsstabilität weltweit herbeigeführt hat. Man mag es bedauern, dass in der Weltwirtschaft heute immer kurzfristiger agiert wird. Die Volatilität nimmt zu mit der Konsequenz, dass langfristige Entscheidungen immer häufiger von kurzfristigeren Gesichtspunkten erheblich beeinflusst werden. Aber ich weiß auch nicht, wie man das ändern könnte. Damit müssen wir uns wohl abfinden.

Ich will jedoch hinzufügen, dass die Bewertung des Euro - wie auch der Aktien - erheblichen Schwankungen in der Einschätzung unterliegt. Ich weiß nicht, ob der Euro heute tatsächlich schwach ist. Denn ob sich die Schwäche oder Stärke einer Währung wirtschaftlich hundertprozentig messen lässt, ist sehr die Frage. So wie zurzeit viele Leute die Meinung vertreten, der Euro sei schwach, kann es morgen genauso viele geben, die sagen, der Euro sei zu stark. Ich denke, das muss man sehr relativ sehen. Es gibt gute Argumente für die eine oder die andere These, aber der Markt wird sehr oft das letzte Wort haben.

Im Zusammenhang mit dem Euro gilt es auch die Situation der Europäischen Zentralbank (EZB) anzusprechen: Sie lässt sich etwa mit der FED (Federal Reserve Bank) in den USA vergleichen, die allerdings schon sehr viel länger existiert und einen größeren Aufgabenbereich hat. Außerdem hat die FED eine Organisationsform, die sie in die Lage versetzt, den eigenen Akteuren sehr viel mehr an Disziplin abzuverlangen. Die EZB muss zudem der Tatsache Rechnung tragen, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU sehr unterschiedliche makroökonomische Situationen haben. Vielleicht dürfen wir unsere Erwartungen an die EZB nicht zu hoch schrauben. Ich denke, man muss ihr ein wenig Zeit lassen, bis sie mehr Disziplin einfordern kann und der Präsident des Direktoriums der EZB mehr Macht erhält.

Zum Thema Föderalismus will ich nur anmerken - und als Franzose werde ich Sie damit wahrscheinlich nicht überraschen;- , dass es meines Erachtens bestimmte Bereiche geben muss - die Währung, der Euro gehört dazu;- , die nur zentral gesteuert werden können. Anderenfalls ist die Folge jene Konfusion, die wir zurzeit erleben. Dazu gehört auch, meine ich, dass die EZB ihre Aufgabenbereiche erweitern muss, indem sie sich beim Thema Wirtschaftswachstum engagiert, so wie die FED für das Wirtschaftswachstum in den USA mitverantwortlich ist.

Diese Aufgabe sollte die Europäische Zentralbank übernehmen. Dazu gehört dann ebenfalls, dass der Präsident des Direktoriums der EZB intern mit mehr Macht ausgestattet werden sollte, um seine Kollegen gegebenenfalls zu mehr Disziplin aufrufen zu können, wenn sie sich öffentlich zu Dingen äußern, zu denen sie nicht befugt sind.

Schließlich: Wie lässt sich die wirtschaftliche Konvergenz unter den Mitgliedsländern der EU erhöhen? Wenn es weiterhin so ist, dass ein Premierminister genau das Gegenteil von dem verkündet, was kurz zuvor in Frankfurt oder in Brüssel beschlossen wurde, gibt es ein Glaubwürdigkeitsproblem. Das sollte bei der EZB möglichst schnell überwunden werden.

Ehlermann

Herr d'Aligny, ich erinnere sehr wohl die Diskussion über: Wie viel Föderalismus erträgt der Euro? Jacques Delors war immer davon überzeugt, dass Währungsfragen nur zentralistisch behandelt werden können. Aber der Zentralismus im Währungsbereich genügt Ihren Analysten und Ihrer Bank offenbar nicht, um an den Erfolg des europäischen Projekts zu glauben. Sollte beispielsweise der Präsident der EZB hinsichtlich der Besteuerung von Benzin und Gas einen anderen Kurs fahren wollen, würde sich das auf die Regierungsfähigkeit der Union negativ auswirken. Und es ist höchst unerfreulich, wenn sich das dann bei einem Referendum wie in Dänemark in hoher Ablehnung niederschlägt.

Aber wie viele solcher Ereignisse kann sich die Union bei einer einheitlichen Währung zumuten, um nicht die Gefahr eines Rückschritts zu laufen?

Baron d'Aligny

Sehr wenige.

Ehlermann

Das ist in der Tat auch meine Auffassung. Denn wir haben es hier mit einem gemeinsamen Besitzstand zu tun, den es zu verwalten gilt. Wenn das nicht geschieht, hat dies enorme negative Konsequenzen - Souveränität hin oder her. Das schlägt sich dann als Drama im Portemonnaie des Bürgers nieder.

Mit anderen Worten: In der Debatte um die Institutionen in Europa haben wir es jetzt mit einem völlig neuen Phänomen zu tun, das bislang unterschätzt wird, aber nichtsdestoweniger eine Realität ist. Man braucht nur regelmäßig die Meinungen der Analysten in der Financial Times zu verfolgen.

Baron d'Aligny

Das Drama im Portemonnaie sehe ich weniger, Herr Ehlermann. Ich denke, in Europa sind alle seit Jahren daran gewöhnt, dass beispielsweise die D-Mark im Verhältnis zum Dollar einmal schwach war, während auf der nächsten Amerikareise die D-Mark wieder stark war. Die Volatilität der Währungen - ob nun bei der D-Mark oder jetzt beim Euro gegenüber Drittwährungen wird inzwischen auch vom normalen Bürger in Kauf genommen. Was die Akzeptanz in der Bevölkerung in diesem Zusammenhang angeht, da mache ich mir keine allzu großen Sorgen.

Aber die Voraussetzungen für das Überleben des Euro sind sicherlich zum einen größere Disziplin und zum anderen, so schnell wie möglich eine wachsende Konvergenz der makroökonomischen Situation in den einzelnen Mitgliedsländern zu erreichen. Das ist im Hinblick auf die Erweiterung natürlich eine große Herausforderung.

Brands

Es war von einem Minimum an Gemeinsamkeit und einem Maximum an Unabhängigkeit die Rede. Aber wie steht es um die Konkurrenz der Mitgliedsstaaten? Denn die Folgen der Globalisierung sind für die einzelnen Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich. Das heißt, die Gemeinsamkeit stößt sehr schnell an Grenzen, wie sich etwa bei den geplanten steuerpolitischen Maßnahmen zeigt.

Einige Länder sind auf die Globalisierung besser vorbereitet als andere und konnten auch mehr Kapital aus dem Ausland anziehen. Damit unter den Mitgliedsländern die Konvergenz gestärkt wird: Soll das zentral gesteuert werden, oder will man dabei mehr auf die Marktkräfte setzen - natürlich unter Einhaltung bestimmter Rahmenbedingungen? So wird etwa beklagt - von amerikanischer Seite hört man derartige Vorwürfe;- , die Arbeitsmobilität sei in Europa zu niedrig und müsse gesteigert werden. Aber wenn die Wirtschaft in der einen Region besser läuft als in der anderen, dann kann Brüssel nicht für mehr Mobilität sorgen, um einen Ausgleich herbeizuführen. Hier stößt der Zentralismus an seine Grenzen. Das würde sich auch auf die Arbeitsmarktpolitik innerhalb der EU keineswegs positiv auswirken.

Die nationalen Unterschiede, auch innerhalb der Union, nehmen natürlich Einfluss auf die Kapitalströme - im positiven wie im negativen Sinn. Ich will nur noch darauf hinweisen: Wenn Polen Mitglied der EU ist, wird es - wie einige andere Beitrittskandidaten auch - vermutlich sehr bald Mitglied des Euro-Clubs werden wollen.

Groebe

Das Europäische Medieninstitut in Düsseldorf, das ich leite, führt unter anderem für die Europäische Kommission Medien-Monitorings durch, beispielsweise bei Wahlen in Ländern Ost- und Mitteleuropas, in Russland und auch im Kosovo bei den jetzigen jugoslawischen Präsidentschaftswahlen. Wir befassen uns mit Fragen der Medien, der europäischen Identität und auch der künftigen Gesellschaftsentwicklung. In unserem Institut arbeiten meist junge Leute aus achtzehn verschiedenen Ländern. Das Spektrum reicht von Russland, der Ukraine, Rumänien bis hin zu Frankreich und England.

In unseren Medienanalysen zeigt sich recht klar, dass so etwas wie ein umfassendes europäisches Bewusstsein in den Bevölkerungen bisher so gut wie überhaupt nicht existiert. Europa wird meist mit negativen Tatbeständen assoziiert. Und die außerordentlich positive Errungenschaft, nämlich die Abwesenheit von Krieg in Westeuropa, ist in der Bevölkerung wenig präsent; das hält man für völlig

normal. Das heißt, die Abwesenheit von etwas wird als das Normale, nicht Erwähnenswerte wahrgenommen.

Uns liegt gerade eine Studie vor, an der wir selbst mitgewirkt haben, in der die Frage gestellt wurde, was die Menschen mit Europa verbinden. Die Antworten sind bezeichnend. Die Europäische Kommission, heißt es etwa, sei zuständig für die Standardisierung der Krümmung von Bananen; sie verfüge, dass alle europäischen Fischer in Zukunft Haarnetze tragen oder dass Kondome Standardmaße haben müssten. Diese Überregulierung sehen die Menschen außerordentlich kritisch, während der eigentliche Europagedanke, der positive Wert der europäischen Vereinigung, kaum im Bewusstsein ist.

Unsere Analysen machen unter anderem deutlich, dass zwischen den Medien der europäischen Länder, bilateral oder gar multilateral, nahezu kein Austausch stattfindet. Das gilt für Presseerzeugnisse genauso wie für Filme oder Fernsehproduktionen. Die wenigen Ansätze zu europäischen Medien sind so gut wie alle gescheitert. Die Zeitschrift "The European" hat nur marginale Bedeutung, wenn sie überhaupt noch existiert. Im Fernsehen kann Euronews von den meisten Bürgern gar nicht empfangen werden. Das heißt, eine mediale europäische Kommunikationsstruktur, die die Bürger für Europa interessieren könnte, fehlt nahezu völlig. Eine Ausnahme ist vielleicht die Fernsehsendung "Big Brother", eine holländische Erfindung, die man offensichtlich in ganz Europa empfangen kann.

Herr Welle hat in einem früheren Beitrag die Bedeutung von Personen angesprochen, etwa im Hinblick auf die Wahl eines europäischen Präsidenten. Das mag ein interessanter Ansatz sein. Was uns in Europa aber vor allem fehlt - beispielsweise im Vergleich zu den USA;-, sind gemeinsame Mythen und Symbole. Versuche in dieser Richtung stammen von PR-Agenturen in Brüssel. Aber das, was dabei bisher herausgekommen ist, kann man nur als Schrott bezeichnen. Zu meinen, mit Comicfiguren könne man ein europäisches Bewusstsein schaffen, ist totaler Unsinn, der nur viel Geld kostet.

Ich denke, wir sollten über einen anderen Ansatz nachdenken, der anknüpft an das, was hier zur Globalisierung gesagt wurde und mit Telekommunikation und Neuer Ökonomie zu tun hat. Der ökonomische Wandel, den wir erleben, verlangt nicht zuletzt auch nach neuen Bildungskonzepten. Das heißt, wir sollten anknüpfen an die recht positiven Erfahrungen, die wir in den 60er-Jahren zwischen Deutschland und Frankreich auf dem Bildungs- und Hochschulsektor mit gemeinsamen Einrichtungen gemacht haben. Vielleicht brauchen wir eine Art von Schengen auch auf dem Bildungs- und Kommunikationssektor, zum Beispiel mit einem Europa-Internet-Portal als Ausgangspunkt. Ebenso könnte die Greencard eine Möglichkeit sein, um mehr europäische Computerexperten nach Deutschland zu holen - vielleicht weniger aus Indien, sondern mehr aus Ländern wie der Ukraine, um beispielsweise über gemeinsame Ausbildungseinrichtungen ein Bewusstsein der Zusammengehörigkeit zu schaffen. Das ist natürlich ein weiter und schwieriger Weg, aber wir müssen hier "evolutionär" denken.

Kirt

Ich habe in den Jahren, in denen ich in Brüssel gearbeitet habe, die Erfahrung gemacht, dass das Interesse der Bürger an Europa an dem Grundsatz orientiert ist: Liberté, Égalité, Portemonnaie - mit dem Akzent auf Portemonnaie. Wir werden ab dem 1. Januar 2002 in EU-Europa etwas haben, das symbolkräftiger ist als die europäische Fahne oder die Europahymne, nämlich den Euro, der sich in den Portemonnaies der Bürger wiederfindet. Ich denke, über den Euro wird sich das Interesse an Europa verstärken, ohne dass wir dafür irgendwelche PR-Agenturen brauchen.

Ackermann

Herr Groebel hat das Thema Akzeptanz und Öffentlichkeit angesprochen und Herr Brands hatte zu einem früheren Zeitpunkt gesagt, hinsichtlich der Osterweiterung, ja, was das Europa-Projekt insgesamt angehe, könne man allenfalls von einer passiven Akzeptanz in der Bevölkerung sprechen. Dazu will ich deutlich sagen: Die Diskussion über die Zukunft Europas wird vornehmlich von den politischen und gesellschaftlichen Eliten, in Expertenkreisen geführt, und wir sollten uns Gedanken darüber machen, wie wir diese Basis verbreitern können.

Ich denke, es reicht nicht aus, nur eine Metadiskussion über Europa zu führen, sondern wir brauchen ein öffentliches Gespräch darüber, welche Vorstellungen in den Bevölkerungen über die Ziele der europäischen Einigung tatsächlich bestehen. Das kann nicht von oben herab quasi verordnet werden nach dem Motto: Wie schaffen wir es, das Wahlvolk zu einer breiteren Akzeptanz zu bringen, sondern

dafür benötigen wir eine lebendige Debatte, die über Expertenkreise wie hier in Genshagen hinausgeht.

So verdienstvoll und notwendig solche Expertengespräche auch sind, damit ist es nicht getan. Deshalb fand ich die kürzliche Veröffentlichung in der FAZ von Janusz Reiter, Henri Ménudier und Ludger Kühnhardt über das Weimarer Dreieck ausgesprochen wichtig, um einem größeren Leserkreis bewusst zu machen, welche politischen Vorstellungen sich hinter diesem Begriff verbergen. Das müsste sehr viel häufiger geschehen. Wer weiß beispielsweise, dass es eine deutsch-französische Planungskommission gibt, und was sie macht?

Auf diese Weise könnte man die jeweils sehr national geprägten Debatten in den einzelnen Mitgliedsländern vielleicht ein wenig offener gestalten, sodass über die teilweise sehr unterschiedlichen Vorstellungen zu Europa eine Diskussion in Gang kommt und eine breitere Öffentlichkeit daran beteiligt wird.

Kirt

Herr Groebel und Frau Ackermann haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir in Europa verstärkt in die Bildung investieren sollten. Ich bemühe mich seit Jahren in Luxemburg, dass Europa zu einem Unterrichtsfach sowohl in den Primarschulen als auch in den Gymnasien wird. Bisher ohne großen Erfolg. Lediglich in der staatlichen Verwaltungsschule gibt es einen Kurs: "Die Europäische Union und ihre Institutionen."

Wir bemühen uns in Luxemburg, die Laborfunktion, die wir als Kleinstaat immer wahrgenommen haben, auch hier wieder anzustoßen. Ich denke, "Europa in die Schulen" wäre ein lohnendes Projekt. Das heißt, unsere Kinder müssten von klein auf an die Europathematik herangeführt werden, damit dies zum ganz normalen Bildungsgepäck gehört. Darauf könnte auch Ihr Europäisches Medieninstitut hinwirken, Herr Groebel.

von Thadden

Ich habe vor kurzem in Luxemburg in einer Diskussion erlebt, was vergleichendes Denken heißt - etwas, das in europäischen Diskussionen viel zu wenig stattfindet. Nun ist Luxemburg dafür natürlich von seiner Geschichte her prädestiniert mit seinen zwei Kulturen, der französischen und der deutschen, die zum ständigen Vergleichen herausfordert. Das beginnt schon in der Schule und wird durch die Mehrsprachigkeit sicher unterstützt.

Ich denke aber, dass vergleichendes Denken für uns alle in Europa, ob kleine oder große Länder, von wachsender Bedeutung ist, und dies muss man gewissermaßen von klein auf trainieren. Mein verehrter Lehrer, Helmut Plessner, der nach Holland emigrierte deutsche Philosoph, hat dafür eine andere sehr schöne Bezeichnung gefunden: "Mit anderen Augen sehen." Man könnte auch sagen: "Mit den Augen anderer sehen." Das bedeutet, sich vorzustellen: Wie wirkt das, was ich als Deutscher sage, auf einen Franzosen, Holländer, Polen oder wen immer? Entsprechend wäre es auch zwischen Angehörigen verschiedener Professionen, Juristen und Historiker etwa, äußerst hilfreich, einmal mit anderen Augen zu sehen. Das gehört jedenfalls für mich wesentlich zum Aufbau Europas, wenn dieses große Projekt gelingen soll.

Erfreulicherweise haben wir uns in diesem Gespräch nicht mit einer großen Begriffsdiskussion zum Thema Föderalismus aufgehalten, wie wir Deutsche das sonst so gerne tun.

Stattdessen haben wir uns auf andere Kategorien konzentriert, beispielsweise die Handlungsfähigkeit von Institutionen und eben auch von Gemeinschaften. Wir hätten ebenso über Europa als Wertegemeinschaft reden können.

Ich las gestern, man habe sich bei der Diskussion über die Europäische Charta bei bestimmten Formulierungen nicht einigen können. Die Lösung war dann, den französischen Text anders zu fassen als den deutschen. Die Deutschen bestanden auf dem Begriff der geistig-religiösen Orientierung. Dem wollten die Franzosen mit ihrer laizistischen Tradition nicht zustimmen. Man einigte sich schließlich auf den Begriff "spirituel". Mitunter geht es in Europa kabarettreife zu.

Ein Thema scheint mir in unserem Gespräch zu kurz gekommen zu sein, nämlich das, was unter das Stichwort "neuer Nationalismus" oder auch Rechtsextremismus in Europa fällt. Mit oder ohne Föderalismus, Tatsache ist, dass sich in nahezu allen Ländern Europas nicht nur in Österreich wegen Haider - eine andere Wirklichkeit zu Wort meldet, die wir, wenn wir über Europa reden, gern vernachlässigen. Nicht zuletzt in den neuen Bundesländern zeigen sich Elemente eines neuen Nationalismus, zum Teil gepaart mit Gewalttätigkeit, und die Personen, die da beispielsweise von

"national befreiten Zonen" faseln, liegen fernab jeglichen Verständnisses der Dinge, über die wir uns hier Gedanken machen.

Wenn ich nach Frankreich komme, ein Land, das mir aus vielen Gründen sehr am Herzen liegt, mache ich auch beunruhigende Erfahrungen, wobei man dort aus alter Tradition politischer agiert als in Deutschland. Die Wurzel liegt in der "peurs identitaires", ein Begriff, den man in Frankreich häufiger hört, als bei uns den der "Identitätsängste". Das sind bestimmte tief liegende Empfindungen, die sich nur undeutlich artikulieren lassen. Ich meine, wenn wir über die künftige Gestalt Europas nachdenken, sollten wir diese untergründigen Strömungen, die sich uns entziehen, nicht vernachlässigen, denn sie können gefährlich werden.

Das betrifft auch und gerade die Osterweiterung der Europäischen Union, wo es diese Ängste auf beiden Seiten gibt, in den alten Mitgliedsländern genauso wie in den Beitrittsländern. Viele Argumente, die in unseren Kontext gehören, sind auf solche Ängste zurückzuführen. Da ist dann die Rede davon, die Polen würden massenhaft nach Deutschland kommen und die Arbeitsplätze wegnehmen. Und in Polen heißt es, die Deutschen wollten letztlich Pommern und Schlesien zurückhaben. Diese Ängste einschließlich der nicht verarbeiteten Konflikte aus der Vergangenheit müssen wir uns bewusst machen und auch den Mut haben, sie deutlich anzusprechen.